



94. Sitzung

Mittwoch, 21. November 2007

Vorsitzende: Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	4963 A	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	4963 A	
Aktuelle Stunde	4963 A	Große Anfrage der Fraktion der SPD: Gebühren-, Tarif-, Steuer-, Beitrags-, Miet- und Abgabenerhöhungen
Faktion der GAL:		– Drs. 18/7076 – 4978 D
Kohlekraftwerk Moorburg: Von Beust verheizt den Klimaschutz		Walter Zuckerer SPD 4979 A
Christa Goetsch GAL	4963 A, 4974 C	Egbert von Frankenberg CDU 4980 B
Hartmut Engels CDU	4963 D, 4978 B	Dr. Willfried Maier GAL 4981 A
Dr. Monika Schaal SPD	6964 D, 4972 C	Ingo Egloff SPD 4982 B
Christian Maaß GAL	4965 C, 4971 D	Rüdiger Kruse CDU 4983 A
Rüdiger Kruse CDU	4966 B, 4973 B	Besprechung erfolgt 4984 C
Gesine Dräger SPD	4967 B, 4974 A	Antrag der Fraktion der CDU:
Jens Kerstan GAL	4968 B	"Stadthaushotel HafenCity" – Neubau eines integrativen Hotels mit dem Standort HafenCity
Axel Gedaschko, Senator	4969 A, 4975 D	– Drs. 18/7303 – 4984 D
Ingo Egloff SPD	4969 D, 4977 B	Hans-Detlef Roock CDU 4984 D, 4988 B
Gunnar Uldall, Senator	4970 C	Dirk Kienscherf SPD 4985 D, 4987 D
Dr. Diethelm Stehr CDU	4975 B	Claudius Lieven GAL 4986 C, 4988 D
Manuel Sarrazin GAL	4976 D	Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin 4986 D
Faktion der CDU:		Beschlüsse 4989 A
Eine runde Sache – Kreisverkehre in Hamburg		Senatsmitteilung:
Faktion der SPD:		Krankenhausplan 2010 der Freien und Hansestadt Hamburg
Der doppelte Beust: In Berlin mehr Volksnähe fordern – in Hamburg gegen das Volk handeln		– Drs. 18/7221 – 4989 B
		Harald Krüger CDU 4989 B

Tanja Bestmann SPD	4990 C	zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Jüdischen Gemeinde in Hamburg und zur Änderung des Gesetzes über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen	
Katja Husen GAL	4991 C		
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	4992 A		
Beschluss	4992 A		
Kenntnisnahme		– Drs. 18/7266 –	5005 B
		Beschlüsse	5005 B
Antrag der Fraktion der CDU:			
Scientology		Bericht des Eingabenausschusses:	
– Drs. 18/7304 –	4992 C	Eingaben	
Brigitta Martens CDU	4992 D	– Drs. 18/7280 –	5005 C
Gerhard Lein SPD	4993 D, 4996 A		
Dr. Till Steffen GAL	4994 C	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Willfried Maier GAL	4995 B, 4996 A, 4996 D	Eingaben	
Viviane Spethmann CDU	4995 C	– Drs. 18/7281 –	5005 C
Kai Voet van Vormizeele CDU	4996 C		
Dr. Andreas Dressel SPD	4996 D	Bericht des Eingabenausschusses:	
Beschlüsse	4997 B	Eingaben	
		– Drs. 18/7282 –	5005 C
		Beschlüsse	5005 D
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Sammelübersicht	5006 A
Am Votum von 365.133 Hamburgerinnen und Hamburger nicht vorbeigehen: "Hamburg stärkt den Volksentscheid – Mehr Demokratie"		Beschlüsse	5006 B
– Drs. 7305 –	4997 B	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Dr. Andreas Dressel SPD	4997 B	Kontrolle und Instandhaltung Hamburger Brücken	
Kai Voet van Vormizeele CDU	4998 A	– Drs. 18/7163 –	5006 A
Farid Müller GAL	4998 B	Kenntnisnahme ohne Besprechung	5006 B
Beschlüsse	4999 B	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Nagels Wortbruch bei unserer Feuerwehr – zulasten der Feuerwehrleute, zulasten der Sicherheit	
Keine Benotung in Integrationsklassen		– Drs. 18/7164 –	5006 B
– Drs. 18/7323 (Neufassung) –	4999 C	Beschluss	5006 B
dazu		Besprechung beschlossen	5006 B
Antrag der Fraktion der CDU:		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Schulversuch "Moderne Kompetenzmessung und -beschreibung"		Bestandsaufnahme des Stadtteils Billstedt	
– Drs. 18/7405 –	4999 C	– Drs. 18/7165 –	5006 B
Christa Goetsch GAL	4999 C, 5004 C	Kenntnisnahme ohne Besprechung	5006 C
Robert Heinemann CDU	5000 C	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Wilfried Buss SPD	5002 D	Akzeptanz für Ahndungen von Ordnungswidrigkeiten bei Verschmutzungen im öffentlichen Raum	
Beschlüsse	5004 D	– Drs. 18/7250 –	5006 C
Bericht des Verfassungsausschusses:			
Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag			

Dr. Monika Schaal SPD	5006 C	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:
Klaus-Peter Hesse CDU	5007 C	Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren
Christian Maaß GAL	5007 D	– Drs. 18/7302 –
Kenntnisnahme		5008 D
		Beschlüsse
		5009 A
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		
Erweiterung des Angebotes zur Bekämpfung von Kriminalität und Prostitution bei Minderjährigen – Drs. 18/7269 –	5008 A	Bericht des Kulturausschusses:
		Änderung des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes
		– Drs. 18/7311 –
Beschluss	5008 A	5009 B
Kenntnisnahme	5008 A	Beschlüsse
		5009 B
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktion der CDU:
Suchtberatung für Empfänger des Arbeitslosengeldes II – Drs. 18/7273 –	5008 A	Ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierte Haushaltssteuerung in der Haushaltbewirtschaftung
		– Drs. 18/7306 –
Beschluss	5008 B	5009 C
Kenntnisnahme	5008 B	Beschluss
		5009 C
Bericht des Sozialausschusses:		Antrag der Fraktion der CDU:
Bestattungsvorsorge nicht für Pflegekosten auflösen! – Drs. 18/7267 –	5008 B	Erreichbarkeit der Hamburger Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrestes auf Hahnöfersand mit öffentlichen Verkehrsmitteln optimieren
dazu		– Drs. 18/7307 –
		5009 C
		Beschlüsse
		5009 C
Antrag der Fraktion der SPD:		Antrag der Fraktion der CDU:
Sterbegeldversicherungen zum Schonvermögen zählen! – Drs. 18/7403 –	5008 B	Änderung des Hamburgischen Beamten gesetzes
Beschlüsse	5008 C	– Drs. 18/7308 –
		5009 D
Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses:		dazu
Ein Tideelbmanagement zur dauerhaften Sicherung der seeschifftiefen Zufahrt zum Hamburger Hafen – Drs. 18/7276 –	5008 C	Antrag der Fraktion der SPD:
Beschluss	5008 C	Sicherstellung angemessener Bearbeitungszeiten für Beihilfe-Anträge
		– Drs. 18/7404 –
		5009 D
		Beschlüsse
		5009 D
Bericht des Haushaltsausschusses:		
Anpassung der Epl. 1.2-1.8 an die neue Organisationsstruktur der Bezirksamter ab Haushaltsjahr 2008 sowie weitere haushaltsneutrale Veränderungen – Drs. 18/7284 –	5008 C	
Beschlüsse	5008 D	

A

Beginn: 15.01 Uhr

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates sind die Fraktionen übereingekommen, dass auch der Tagesordnungspunkt 38 vertagt werden soll. Es handelt sich dabei um den Antrag der GAL-Fraktion aus der Drs. 18/7324.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Kohlekraftwerk Moorburg: Von Beust verheizt den Klimaschutz

von der CDU-Fraktion

Eine runde Sache – Kreisverkehre in Hamburg

und von der SPD-Fraktion

Der doppelte Beust: In Berlin mehr Volksnähe fordern – in Hamburg gegen das Volk handeln

Wird das Wort zum ersten Thema gewünscht? – Frau Goetsch, bitte.

B

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. Das wissen wir und business as usual führt geradewegs in die Klimakatastrophe. Insofern müssen wir entschlossen handeln, wenn wir Klimaveränderungen begrenzen wollen. Das ist nicht irgendwelcher öko-fundamentalistischer Alarmismus, sondern das ist wohl begründet und ist auch das abgewogene Urteil der internationalen Forschergemeinschaft. So steht es im IPCC-Synthesebericht, der vor einigen Tagen in Valencia vorgestellt wurde.

Während dort der Klimarat noch tagte, hat der Hamburger Senat vorschnell dem Stromkonzern Vattenfall die vorzeitige Baugenehmigung für das Steinkohlekraftwerk in Moorburg erteilt. Der Senat hat alle Hindernisse aus dem Weg geräumt, damit mitten in Hamburg ein 1.600 Megawatt-Kraftwerk entstehen kann, das mindestens 40 Jahre lang acht Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen wird.

Mit diesem Beschluss ist Ole von Beust im klimapolitischen Führerhäuschen angekommen, nur leider in der Rolle eines eifigen Heizers, der kräftig immer noch eine Schippe Kohle drauflegt. Wo es lang geht, bestimmt nicht er, sondern Vattenfall, der Kohle- und Atomstromer.

Es geht mit Volldampf in die falsche Richtung, es geht mit Volldampf in die energiepolitische Steinzeit und es geht mit Volldampf in die Klimakatastrophe.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Denn es bleibt dabei, dass mit dem Kohlekraftwerk Moorburg und seinen gigantischen CO₂-Emissionen alles das, was wir durch Einsparungen erreichen könnten, zunichte gemacht wird. Gegen diese einfache Feststellung, die so klar ist, hat sich der Senat, hat sich die CDU dann auch noch mit dem Argument gewehrt, das sei Schornsteinpolitik, man müsse die Dinge doch im Zusammenhang betrachten, global, bundesweit. Das hört sich dann fast so an, als müssten wir die Klimamärtyrer sein, die sich

gerne mal acht Millionen Tonnen CO₂ auf die Schultern laden möchten. Aber nichts könnte falscher sein, denn gegenwärtig ist klar, dass in Norddeutschland gigantische Überkapazitäten mit fossilen Kraftwerken produziert werden. Das hat die Studie des Zukunftsrats deutlich gesagt und die wollen Sie anscheinend nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist nicht nur ignorant, sondern das ist dumm und verantwortungslos.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Kraftwerk Moorburg ist nicht notwendig, um die Energieversorgung sicher und kostengünstig zu planen und zu garantieren. Kohleverstromung ist keine Brückentechnologie, sondern eine Blockadetechnologie.

(Beifall bei der GAL und bei Michael Neumann SPD)

Wir werden die Emissionsminderungen vor allen Dingen nie bis 2050 erreichen. Wenn es gebaut wird, wird dadurch der Einstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung behindert. Kohlekraftwerke sind Technologien von gestern. Wer heute noch auf Kohle setzt, Herr von Beust, der hat keine weiße Weste.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Damit setzt der Erste Bürgermeister von Hamburg auch den Schlusspunkt hinter sein kurzes Zwischenspiel als Klimaschützer. Als Herr von Beust noch im Sommer erklärte, dass die CO₂-Emission in Moorburg nicht höher sein dürfe als beim Kraftwerk in Wedel und bei dem von der Affi geplanten Kohlekraftwerk auf der Peute, da schien es noch, dass eine Chance auf einen Politikwechsel möglich wäre, aber heute ist die Glaubwürdigkeit von Ole von Beust total zerstört. Er ist kein Klimaschützer, sondern ein Klimakiller.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Engels.

Hartmut Engels CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme gerade von einer längeren U-Bahnfahrt.

(Christiane Blömeke GAL: Einmal in der Woche!)

– Ja, wie es sich für einen Ökologen gehört.

Da erschien mehrfach der Spruch des Tages und der lautete: Der Kluge lässt sich belehren, der Unkluge weiß alles besser.

(Beifall bei der CDU)

Daran erinnerte mich in weiten Teilen Ihre Rede. Ich werde noch auf einzelne Punkte eingehen.

Es fällt mir nicht leicht, aber an dieser Stelle muss ich das doch einmal frohen Herzens und meine Gefühle richtig wiedergebend sagen: Der Senat und Vattenfall haben mit diesem Verhandlungsergebnis ein nicht nur für Hamburg bedeutendes Ergebnis erzielt, sondern ein für Deutschland und Europa vorbildliches Ergebnis. Ich gratuliere dem Senat dazu.

(Beifall bei der CDU)

Gerade auch unter ökologischen Gesichtspunkten, Frau Goetsch, gerade auch unter den Gesichtspunkten CO₂. Ich habe schon mehrfach betont, dass der Neubau eines

A effizienten, im Übrigen Kraft-Wärme-gekoppelten Kraftwerkes dazu beitragen wird, dass ineffiziente, auch CO₂-ineffiziente Kraftwerke den Betrieb in Zukunft einstellen müssen und allein aufgrund der Kraft-Wärme-Koppelung einen erheblichen Beitrag zur CO₂-Minderung leisten. Das ist doch auch Ihr Lieblingsgebiet. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso Sie dieses nicht erwähnen und außer Acht lassen. Mit diesem effizienten, modernen Kraftwerk setzen wir Maßstäbe und gehen nicht auf den Leim Ihrer grundsätzlichen Argumentation.

Ich möchte vor allen Dingen zeigen, wie einsam Sie eigentlich sind und im Grunde genommen auch, wie einsam die Hamburger SPD geworden ist. Ich darf einmal aus einem Hamburger Bundesparteitagsbeschluss zitieren und damit Herr Naumann nicht wieder rummeckern muss, zitiere ich ihn vollständig:

"Auch in der Industrie wollen wir erschöpfliche durch erneuerbare Rohstoffe ersetzen. Das ist insbesondere bei chemischen Grundstoffen möglich. Wiederverwertungsverfahren sparen Material ein, vermeiden Müll und Umweltschäden."

(Christiane Blömeke GAL: Es ist sehr spannend, Herr Engels, was Sie vortragen!)

Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe angewiesen sind."

Und jetzt kommt es:

"Als Brücke in ein solares Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und Gaskraftwerke [mit hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Koppelung]."

B

Nichts anderes ist das neue Kraftwerk Moorburg.

(Beifall bei der CDU – Karl-Heinz Warnholz CDU: Das ist ja interessant!)

Wir sind in der Tat auch dieser Brückenmeinung, wir wollen auch zu mehr regenerativen Energien, aber das ist noch ein weiter Weg und dazu sind Brücken notwendig, wie es hier auch steht. Aber wir wollen noch mehr. Wir gehen über den SPD-Bundesparteitag hinaus. Wir richten in Moorburg – und dazu haben wir Vattenfall verpflichtet –, ein CCS-System ein, das heißt, ein CO₂-abscheidendes und ein CO₂-speicherndes System.

(Nebahat Güclü GAL: Das gibt es ja noch gar nicht!)

Dies ist ein Verfahren, das gerade angesichts der CO₂-Situation, in der wir uns befinden, nicht nur ein höchst innovatives, sondern auch ein wegweisendes Verfahren ist. Dazu gratulieren wir insbesondere den beiden Verhandlungspartnern Vattenfall und Senat noch einmal ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie gratulieren zum Wolkenkuckucksheim!)

– Von wegen Wolkenkuckucksheim. Haben Sie eben nicht Ihren eigenen Bundesantrag gehört?

(Ingo Egloff SPD: Gibt es die Technik denn schon?)

Haben Sie nicht gemerkt, wie fehl Ihre Wahlkampfstrategie nach diesen Beschlüssen und dem Verhandlungsbeschluss von Senat und Vattenfall läuft?

(Ingo Egloff SPD: Wunschdenken!)

C

Merken Sie das gar nicht? Sie befinden sich in einer energiepolitischen Sackgasse und verstricken sich mit Ihren Bemerkungen immer weiter hinein.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Starke Worte ersetzen keine Argumente, Herr Engels!)

Ich hätte mir gewünscht, Herr Egloff, Sie wären ein Lehrer für Frau Dr. Schaal oder auch für Herrn Naumann gewesen, aber es scheint mit Ihren Zwischenrufen ganz anders auszusehen. Sie wollen sich weiterhin in diesem abgrundtiefen Irrtum verirren. Sie werden die Wahl mit solchen primitiven Sprüchen nicht gewinnen.

(Beifall bei der CDU)

Und das ist ein weiterer Ansatzpunkt für meine Kritik. Es handelt sich hier wirklich um eine wegweisende Entscheidung für Hamburg.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Engels, Sie sehen seit längerer Zeit das orangefarbene Licht.

(Beifall bei der GAL – Dr. Willfried Maier GAL: Es fehlt uns wieder die Wegweisung!)

Hartmut Engels (fortfahrend): Oh ja. Dann kann ich der Opposition nur sagen: Kehren Sie im Übrigen wie beim Klimakonzept – das haben Sie in weiten Teilen geschafft – zu einer konstruktiven Oppositionspolitik zurück und nicht zu einer bloßen Nein-Sagerei. – Danke schön.

D

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Engels, es kommt mir so vor, als würden Sie für das, was Sie da erzählen, bezahlt werden.

(Karen Koop CDU: Was soll das denn?)

Die SPD lehnt den Kohlekoloss in Moorburg ab. Wir wollen keine Dreckschleuder mitten in der Stadt, Herr Engels, und dabei bleibt es.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein kleines Gaskraftwerk. Das ist viel sauberer, hat einen höheren Wirkungsgrad und erzeugt nicht so viel CO₂ und das wissen auch Sie, Herr Engels, geben Sie es doch zu. Gas ist für uns in der Tat die richtige Brücke ins Solarzeitalter.

Mit der vorzeitigen Baugenehmigung für Moorburg hat der Bürgermeister seinem eigenen Klimakonzept den Todesstoß versetzt.

(Beifall bei Wilfried Buss SPD)

Wenn er dem Unternehmen angeblich so viel für den Klimaschutz abgerungen hat, dann sage ich nur – auch an Ihre Adresse, Herr Engels –, das sind alles Luftnummern.

Luftnummer 1 ist die vermeintliche Verbesserung der Klimabilanz. Welche Kraftwerke Vattenfall außer Wedel letztlich vom Netz nehmen will, bleibt doch deren

A Geheimnis. Statt zwei Millionen CO₂ werden dann ab 2012 acht Millionen CO₂ ausgepustet. Das ist für mich kein Gewinn für das Klima.

Lufnummer 2, Herr Engels, ist die angeblich erhöhte Effizienz von 200 Megawatt durch eine erhöhte Wärmeauskoppelung. Die Netzerweiterung in Richtung Harburg bis 2018 ist bei Vattenfall lediglich ein Gedankenspiel. Es ist nicht damit getan, dass man eine neue Leitung zieht, sondern man muss auch die Kunden dafür gewinnen. Hier sehen wir keine Möglichkeiten, schnell voranzukommen, denn der Senat lehnt bekanntlich den Anschlusszwang ab.

Lufnummer 3 ist das angeblich CO₂-freie Kraftwerk. Diese Technologie ist heute im industriellen Maßstab überhaupt nicht darstellbar. Wenn überhaupt – und das können Sie bei Vattenfall in den eigenen Broschüren nachlesen –, ist das CO₂-freie Kraftwerk erst ab 2020 verfügbar. Wer ein CO₂-freies Kraftwerk will, muss noch mehr Kohle hineinstecken und der Wirkungsgrad sinkt weiter rapide. Der Strom wird dadurch natürlich auch noch teurer und das weiß auch Vattenfall.

Wenn das CO₂-Kraftwerk dann doch nicht funktioniert? Im "Hamburger Abendblatt" war zu lesen, dass dann die Firma Vattenfall 11,5 Millionen Euro in einen Klimaschutzfonds zahlt. Das ist aber nirgends festgeschrieben. Muss es auch nicht, sagte uns gestern Staatsrätin Gundelach, denn der Senat geht davon aus, dass diese Technik funktioniert. So sicher ist sich da aber offensichtlich der oberste Boss von Vattenfall keinesfalls. In einem Interview "Der Zeit" hat er noch im April gesagt, wenn wir das CO₂ nicht wegbekommen, dann bekommen wir ein Problem, dann müssen wir die Deiche höher bauen. Das ist an Zynismus nicht zu übertreffen und das nimmt der Bürgermeister einfach so hin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die CO₂-Abscheidung ist zwar eine wichtige Option, aber sie ist noch so unsicher, dass man darauf keine Politik bauen darf. Das haben wir übrigens in unserer Anhörung gelernt. Selbst wenn die Technik funktionieren würde, ist noch nicht klar, wo das CO₂ dann eingelagert werden soll. Irgendwo in Norddeutschland oder vielleicht auch in Norwegen hat uns gestern Frau Staatsrätin Gundelach erzählt. Die Kosten für den Transport und die Einlagerung soll der Bund bezahlen, denn der schafft schließlich die Voraussetzungen und den rechtlichen Rahmen für die Einlagerung von CO₂. Wir erfahren jetzt auch, dass Vattenfall für die Fernwärmestraße noch Geld vom Steuerzahler abholen will. Es ist ein Skandal, dass der Bürgermeister das alles der Öffentlichkeit verschwiegen hat. Nach eigener Darstellung hat er unheimlich hart verhandelt, um etwas für den Klimaschutz herauszuholen und was ist dabei herausgekommen? Nichts weiter als die Baugenehmigung selbst. Es ging dem Bürgermeister als obersten Klimaschützer offensichtlich nur darum, das Gesicht zu wahren, denn er hat den Bau von Moorburg zugesagt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Kalt erwischt hat ihn dann die Kritik, sogar aus dem eigenen Senat. Senator Gedaschko hat das Kohlekraftwerk noch vor wenigen Wochen als politisch unerwünscht bezeichnet. Der Kluge lässt sich belehren, Herr Engels. Zu den Klugen gehört der Bürgermeister allerdings nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Gedaschko könnte direkt als Vorkämpfer für den Klimaschutz durchgehen, nicht aber der Bürgermeister und da bin ich mir einig mit Frau Goetsch: Er hat dem Klimaschutz den Todesstoß versetzt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte die Rede mit einem Zitat des Bürgermeisters beginnen, denn der hat in einem Interview mit der "Bild"-Zeitung vom 12. Juli auch einmal etwas Vernünftiges gesagt, woran er sich allerdings heute, glaube ich, nicht mehr so gerne erinnert. Er sagte:

"Das neue Kraftwerk [in Moorburg] darf das Klima nicht zusätzlich belasten, sondern muss es unter dem Strich verbessern."

– Nachfrage: Was heißt das? Antwort:

"Falls das Kraftwerk in Moorburg gebaut werden sollte, wird das Kohlekraftwerk in Wedel stillgelegt und das Kraftwerk der Norddeutschen Affinerie nicht gebaut. Wir wissen, wie viel Kohlendioxid das Kraftwerk in Wedel heute ausstößt und wie viel Kohlendioxid das Müll-Kraftwerk in die Luft blasen würde. Ein neues Kraftwerk soll deutlich mehr Strom und Fernwärme produzieren und weniger Schadstoffe ausstoßen als diese Werke. Das ist unsere Forderung an Vattenfall."

Mit anderen Worten: Der Bürgermeister ist in die Verhandlungen mit Vattenfall mit der Forderung gegangen, dass das neue Kraftwerk in Moorburg nicht mehr als 2,5 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen soll, denn das ist die Summe dieser beiden genannten Kraftwerke in Wedel und auf der Peute. 2,5 Millionen Tonnen durch das Kraftwerk Moorburg war die Messlatte, mit der Sie in die Verhandlungen hineingegangen sind. Klimapolitisch war das sicherlich nicht optimal, aber immerhin vertretbar. Sie hatten erkannt, dass diese acht Millionen Tonnen durch eine Doppelblockanlage klimapolitisch nicht vertretbar sind.

Vier Monate später sind die Verhandlungen beendet mit dem Ergebnis, dass Vattenfall diese Doppelblockanlage doch baut und acht Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen darf. Mit 2,5 Millionen Tonnen in die Verhandlungen gegangen, mit acht Millionen Tonnen herausgekommen, da kann sich eigentlich jeder Verhandlungspartner von Ihnen nur freuen, wenn er mit Ihnen Verhandlungen führen kann. Aber für das Klima ist diese Rückgratlosigkeit fatal.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dieses Scheitern – man kann es eigentlich nicht anders als ein deutliches Scheitern Ihrer Verhandlungslinie nennen – versuchen Sie jetzt mit einem ökologischen Deckmantelchen zu kaschieren. Bei genauerer Betrachtung sind diese vier Punkte, die Sie da anführen, nur heiße Luft. Ich möchte auch im Einzelnen auf diese eingehen.

Der erste Punkt ist die Laufwasserkühlung. Da verpflichtet sich Vattenfall zum Einbau einer Kühlung, dass die Elbe nicht mehr als drei Grad erwärmt werden darf. Na, super. Vattenfall verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Ein riesiger Verhandlungser-

C

D

A folg, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann kommt das Argument von Herrn Engels, der CO₂-Ausstoß würde sich bei deutschlandweiter Betrachtung um 2,5 Millionen Tonnen verringern. Diese Zahl soll auch der TÜV bestätigen. Aber wieso sind Sie eigentlich nicht in der Lage zu sagen, welche Kraftwerke abgeschaltet werden und wie viel CO₂-Einsparung sich daraus konkret ergibt. Sie müssen das doch auch einmal konkret vorrechnen. Diese abstrakte Rechnung, die Sie da aufmachen, geht nämlich nicht auf, wenn man das einmal konkret durchrechnet. Das einzige Kraftwerk, das konkret abgeschafft werden soll, ist das Kraftwerk in Wedel.

(Zuruf von Hartmut Engels CDU)

Wenn aber der spezifische CO₂-Ausstoß des Kraftwerks Wedel für die produzierte und genutzte Kilowattstunde Wärme und Strom geringer ist als beim neuen Kraftwerk in Moorburg, dann zeigt das doch, dass Ihre Rechnung nicht aufgeht, denn wer sagt denn, dass das Kraftwerk in Moorburg tatsächlich die alten Möhren, die schlechten und ineffizienten Kohlekraftwerke, die die Gelddruckmaschinen für die Energieversorger sind, abgeschaltet werden. Wer sagt denn, dass es nicht auch andernorts genauso ist wie in Hamburg, dass nämlich die kleinen, effizienten und klimafreundlichen Kraftwerke vom Markt verdrängt werden, weil die Energieversorger auf ihre großen zentralen Strukturen setzen. Ihre Rechnung geht schlicht nicht auf, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Dann das dritte Deckmäntelchen, die zusätzliche Wärmeauskoppelung. 200 Megawatt mehr Fernwärme sollen ausgekoppelt werden. Das wäre ein Vorteil, wenn dafür an anderer Stelle tatsächlich weniger Gas oder weniger Öl verbrannt werden würde. Aber Sie können nicht erklären, wo diese Wärme genutzt werden soll. In der Industrie haben wir seit 1987 Versuche, die Wärme über Kraft-Wärme-Koppelung zueinander zu bringen. Bisher ohne Erfolg. Bleiben noch die Gebäude als Wärmeabnehmer. Ich glaube, da sind wir uns einig, dass es im Bestand ziemlich schwierig sein wird, in nennenswerten Mengen Wärme an den Mann oder die Frau zu bringen. Bleibt also der Neubau. Wenn Sie dann die Rechnung aufmachen, sind wir uns, glaube ich, auch einig darüber, dass der Passivhausstandard in absehbarer Zeit das ist, was neu gebaut werden wird. Die vereinbarte Wärmeauskopplung von 200 Megawatt zusätzlich bedeutet, dass neuer Wohnraum geschaffen werden kann, um 1,5 Millionen Menschen neu nach Hamburg zu bringen, die in Passivhäusern wohnen. 1,5 Millionen Menschen bräuchten Sie, um die Wärme, die Sie zusätzlich vereinbart haben, überhaupt im Wohnungsneubau unterzubringen. Das ist absurd, was Sie hier vorrechnen, Herr Gedascho.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das letzte Deckmäntelchen, diese CO₂-Sequestrierung. Ich glaube, da hat Herr Neumann beim letzten Mal das Richtige gesagt. Sie setzen hier wirklich auf einen Warp-antrieb, bei dem niemand weiß, ob das jemals funktionieren wird. Wer so etwas macht, der spielt schlicht Russisches Roulette mit unserem Klima und das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Russisches Roulette ist Gazprom!) C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Maaß, ich weiß nicht, ob Sie gelegentlich zum Radiohören kommen. Es gibt ein nettes Lied mit dem folgenden von Grönemeyer gesungenen Refrain: Es könnte alles so einfach sein, ist es aber nicht.

Es könnte verdammt einfach sein. Wenn es so wäre, dass das, was wir uns wünschen, morgen in Kraft tritt. Wir alle wünschen uns für die Zukunft eine Energieversorgung, die klimaneutral ist. Ein vollkommen klarer Konsens. Sie sind allerdings die Einzigsten, die glauben, dass das mit dem Wunsch getan ist. Zeuge dafür, dass Sie die Einzigsten sind, ist der Bundesparteitag der SPD. Mein Kollege hat das schon gesagt, auch dort ist der Konsens als Brückentechnologie. Für die nächsten Jahre brauchen wir es, unter anderem auch, weil Sie einer anderen Brückentechnologie das Ende gemacht haben. Das heißt, auf die können wir nicht setzen.

Das Stichwort Russisches Roulette nehme ich gerne auf. Ihre Ersatzlösung ist nämlich Russisches Roulette, weil Sie gerne mit Herrn Schröder und seinem lupenreinen Demokratenfreund Putin Russisches Roulette mit Gas spielen. Das können Sie gerne machen.

(Beifall bei der CDU)

D Dann haben Sie gesagt, an die Zukunftstechnologien glauben Sie nicht. Diese Abschaltetechnik geht gar nicht. Ich habe mich gefragt, ob Sie das alte Handbuch der Windenergiegegner zu Rate gezogen haben. Das sind die gleichen Argumente wie gegen die Solarenergie und die Windenergie, die Sie doch kennen müssen. Jetzt kommen Sie selber damit und sagen, was es heute noch nicht gibt, kann es morgen auch nicht geben.

(Beifall bei der CDU – Antje Möller GAL: Aber nicht die CO₂-Abscheide!)

Wir investieren Milliarden in die Photovoltaik, obwohl sie heute noch nicht so ist, dass man sagen könnte, mit der heutigen Technik kann man die Welt versorgen. Trotzdem investieren wir in diesen Markt. Sie würden das nach dieser Logik nicht tun.

(Christian Maaß GAL: Wir setzen nicht alles auf eine Karte!)

– Nein, wir setzen nicht alles auf eine Karte, sondern wir setzen auf einen Energiemix. Vielen Dank für das Stichwort: Sie wollen auf eine Karte setzen, weil Sie im Prinzip nur noch auf Gas setzen wollen für die nächsten 20 Jahre. Es ist richtig, das Kraftwerk in Moorburg zu bauen, ist keine Revolution. Wenn Sie Effizienzsteigerung machen, dann ist das Fortschritt, aber das ist nur Evolution. Das ist nicht so dramatisch.

Wir haben gesagt, so wie das Kraftwerk geplant war, wollen wir es nicht. Haben wir unseren Standpunkt geändert? Nein, das haben wir nicht. Das Kraftwerk war mit unter 50 Prozent Effizienz geplant, es liegt jetzt bei 62 Prozent. Wer hat sich durchgesetzt? – Der Senat.

(Beifall bei der CDU – Lachen Gesine Dräger SPD – Michael Neumann SPD: Es geht morgens die

A Sonne auf! Das ist ein Erfolg des Senats! Und die Sonne geht abends unter, das ist auch ein Erfolg des Senats!)

– Herr Neumann, dieser Tag, an dem wir alle für fünf Minuten die Energie abschalten sollen, ist erst am 8. Dezember. Sie müssen heute noch nicht über.

Interessanterweise ist für Sie noch nicht einmal das Klima global. Selbst das wollen Sie nicht akzeptieren. Sie sagen, das tun wir nicht, dass wir in Hamburg eine Entscheidung treffen, die in Hamburg dann mehr CO₂ produziert und den Nutzen haben andere, nämlich die Gesamtbilanz. Nein, das wollen wir nicht. Jeder nur in seinem persönlichen Wolkenkuckucksheim. Die Gesamtbilanz ist logischerweise positiver, wenn wir darauf setzen, dass wir einen Energiemix haben, dass man dann moderne, effiziente Kohlekraftwerke baut. Das ist eine völlig logische Sache. Und was passiert? Sie verdrängen die schlechteren vom Markt und wissen Sie auch warum? Kronzeuge Herr Gabriel. Herr Gabriel hat sich den Presseberichten zufolge gestern ein bisschen Sorge gemacht, ob Vattenfall überhaupt alles bezahlen kann. Kann Vattenfall die Zertifikate bezahlen? Was bedeutet denn das? Der Druck, der wegen der Kosten der Zertifikate auf Vattenfall kommt, die Abscheidung zu bauen und die Möglichkeit, dass diese wirtschaftlich ist, hat Herr Gabriel damit bestätigt. Das heißt, wir sind wirklich auf der sicheren Seite, dass wir auf diese Technik setzen. Die Frage

Abschaltung ineffizienterer Kraftwerke hat Herr Gabriel für uns beantwortet, weil die Zertifikate ja teurer wären und das ist relativ logisch, dass wenn ich pro Energieeinheit weniger CO₂ verbrauche mit einem modernen Kraftwerk, dass ich dann wirtschaftlich besser bin und da reagiert die Strombörse so, dass dieser Strom gekauft wird. Das heißt, wir haben da schon richtig gerechnet und das wird auch vom TÜV Rheinland bestätigt. Wenn auch dieses Gutachten für Sie nicht in Ordnung ist, dann können Sie weder von mir noch von Herrn Neumann in Zukunft ein getüfteltes Auto kaufen. Das wäre die Logik.

Dieses Kraftwerk ist für den Energiemix und für die Energieversorgung von Hamburg und Deutschland der richtige Beitrag.

(Nebahat Güclü GAL: Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Kruse)

– Natürlich glaube ich das, sonst würde ich hier nicht stehen. Wir haben 63 Abgeordnete. Die können das genauso gut verteidigen.

Es ist nicht die technologische Revolution. Es ist eine Notwendigkeit, die Energieversorgung dieser Stadt

(Manuel Sarrazin GAL: Das wollen wir hören!)

– Das wollen Sie hören. Das wird eine lange Debatte, aber die werden Ihnen auch nichts anderes sagen als dass heute diese Entscheidung richtig ist, und zwar vor dem Hintergrund unseres Klimaschutzprogramms, das nämlich die Entscheidung für Morgen trifft und auch in Zukunftstechnologien investiert. Übrigens auch wieder welche, die Sie nicht wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Nein, Herr Kruse, diese Entscheidung ist falsch. Sie haben einige Dinge gesagt, bei denen man vielleicht ein bisschen zu den sachlichen Fakten zurückkommen sollte. Ich will anfangen – meine Kollegin Frau Dr. Schaal war schon damit angefangen – mit der Fernwärme.

Wir haben mit Vattenfall ein sehr ausführliches mehrstündiges Gespräch über die zukünftige Entwicklung der Fernwärme gehabt und haben uns genau darlegen lassen, welche Perspektiven die Fernwärme in Hamburg hat. Vattenfall hat dargelegt, dass es unter anderem auch aus unternehmensinternen und logistischen Gründen realistisch ist, eine Zunahme von durchschnittlich 5.000 Wohneinheiten pro Jahr anzubinden. Das sind Planungen, die ungefähr bis 2015, 2018 reichen, weil man sagt, dass man dann im Bestand Möglichkeiten schafft und durch kleinere Erweiterungsmaßnahmen des Netzes diese Ausweitung erreicht. Für 2018 haben die Vattenfallianer schon davon gesprochen, die Anbindung nach Süden zu machen, die uns Herr Gedaschko gerne als eine komplette Neuerung verkauft. Jedenfalls hat Vattenfall uns schon vor zwei Monaten davon berichtet. Wenn Sie das jetzt entdeckt haben, möchte ich Sie doch einmal fragen, welche Verhandlungspartner Sie da haben?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Erweiterung hat Vattenfall damals angekündigt, um auch nach 2018 weiterhin diese 5.000 Wohneinheiten pro Jahr erreichen zu können, also den Ausbau des Netzes.

Wenn man sich gleichzeitig die Zahlen der zahlreichen anderen Erweiterungen anschaut – 400 Megawatt weniger für Wedel, aber 450 Megawatt in der ersten Stufe Moorburg, andere Heizkraftwerke –, dann kommt man bei der Frage, wie viel Megawatt man jährlich für 5.000 Wohneinheiten braucht, wenn man alles addiert, zu dem Schluss, dass bei der Fernwärme insgesamt Überkapazitäten aufgebaut werden. Dazu sagt Vattenfall aufgrund seiner eigenen Zahlen, wir schaffen es in dieser Stadt nicht, das kaufmännisch abzusetzen. In dieser Situation verkünden Sie uns ganz stolz, Vattenfall würde jetzt 200 Megawatt mehr einspeisen. Wenn man das durchrechnet, optimistisch ist und statt 5.000 Wohneinheiten jährlich 10.000 annimmt, werden immer noch Überkapazitäten geschaffen. Das heißt, es wird nicht dazu kommen, dass aus Moorburg mehr Megawatt eingespeist wird, weil genug zur Verfügung steht. Ich habe mir diese Zahlen nicht in meinem stillen Kämmerlein ausgedacht, sondern wir haben sie von Vattenfall bekommen. Wenn Sie jetzt sagen, denen können wir nicht vertrauen, dann denken Sie einmal darüber nach, mit wem Sie verhandelt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum zweiten Thema nur einen Satz. Nach Aussagen von Vattenfall sind Gashändler unsichere Kantonisten. Das ist natürlich eine gute Begründung dafür, dass Vattenfall jetzt in das Privatkundengeschäft mit Gas einsteigt, weil man den Hamburgerinnen und Hamburgern für ihre Privathaushalte gern eine unsichere Energiequelle zur Verfügung stellt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das eine hat doch mit dem anderen nichts zu tun!)

Eine klasse Argumentation.

Jetzt kommen wir noch einmal zur Abscheidetechnik.

A Herr Engels liest in der U-Bahn, was auf den Monitoren steht. Ich höre vormittags ab und zu Radio. Heute Morgen war eine hochinteressante Sendung über Norwegen und die Endlagerung von CO₂. Es gibt dort Bedenken und große Schwierigkeiten bei den Tests zur Absicherung des Leckagerisikos.

(*Hartmut Engels CDU: Erdgas genauso!*)

Das heißt, auch in diesem Bereich gibt es große Unsicherheiten, wie es mit dieser Technik weiter geht. Sie haben eine merkwürdige Logik, Herr Kruse, wenn Sie sagen, dann dürfe man auch Fotovoltaik nicht fördern. Darum geht es gar nicht. Ich habe kein Problem damit, die Abscheidetechnik zu fördern. Aber diese Technik in einem Junktum zur Grundlage einer politischen Entscheidung, einer Baugenehmigung, zu machen, das ist falsch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein Letztes und deswegen habe ich mir ausnahmsweise einen Zettel mitgenommen. Der Bürgermeister hat in seiner Rede in Berlin gesagt:

"Ich glaube, die Menschen vertrauen uns Politikern – Bundestagsabgeordneter oder Landespolitiker, das ist wohl ganz egal – sie vertrauen uns oft nicht mehr, weil wir dazu neigen, unsere Interpretation der Stimmungen und Gefühle der Menschen als Allgemeinverbindlichkeit anzusehen, wir häufig zu exekutiv denken."

12.000 Menschen in dieser Stadt haben eine Volkspetition unterschrieben, mit der sie sich deutlich gegen das Kraftwerk in Moorburg aussprechen. Und was tun Sie? Sie exekutieren. Es wäre schön, wenn Sie sich selbst zuhören könnten, aber das geht ja leider nicht. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der letzten Woche ist der Bürgermeister mit stolz geschwellter Brust vor die Öffentlichkeit getreten und hat gesagt, er habe ein hervorragendes Verhandlungsergebnis für Hamburg und für die Zukunft des Klimaschutzes in dieser Stadt erzielt.

(*Hans-Detlef Roock CDU: Das ist richtig!*
– Gerhard Lein SPD: Vor der Presse!)

Heute, in einer Debatte, in der das Parlament vor der Öffentlichkeit darüber spricht, wäre es für einen Bürgermeister, der davon überzeugt ist, was er dort zum Vorteil der Stadt herausgehandelt hat, die beste Gelegenheit gewesen, das zu verkünden und dafür einzustehen. Das haben Sie aber nicht getan, Herr von Beust. Dieses Schweigen zeigt deutlich, Sie glauben selbst nicht an das, was Sie in der letzten Woche verkündet haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nach dem anfänglichen Presseecho ist deutlich geworden, dass Ihre Argumente schwach sind und dass Sie deshalb im Grunde genommen nach dem Motto handeln: Vor der Wahl wollen wir das Thema möglichst schnell vom Tisch bekommen, damit in drei Monaten niemand mehr darüber spricht, denn das Verhandlungsergebnis, das Sie dort erzielt haben, ist eine schwere Hypothek für

den Klimaschutz und auch für die Zukunft zukünftiger Generationen von Menschen in dieser Stadt. C

Herr Bürgermeister, Sie agieren in diesem Bereich als politischer Geisterfahrer. Sie tun genau das Gegenteil von dem, was konsequenter Klimaschutz in dieser Stadt erfordern würde und was an anderen Stellen in diesem Land passiert. Es werden in Norddeutschland im Moment an vielen Standorten Kohlekraftwerke geplant, allein in Brunsbüttel, in der Metropolregion Hamburg, drei Stück.

Wenn man die gesamte Kapazität dieser Kohlekraftwerke zusammenrechnet, dann erkennt man sehr schnell, dass dort eine Kapazität von Megawatt installiert wird, die mehr als ausreicht, die wegfallenden Atomkraftwerke zu ersetzen. An all diesen Standorten wird immer gesagt, man dürfe nicht das eigene Kohlekraftwerk ansehen, man müsse sehen, dass überall sonst Kraftwerke wegfallen würden. In Norddeutschland, meine Damen und Herren, geht diese Rechnung nicht auf. Wenn diese Kraftwerke inklusive Moorburg verwirklicht werden, wird der CO₂-Ausstoß massiv ansteigen.

Herr von Beust, wen wollen Sie eigentlich mit der Aussage täuschen, es gäbe gar keine andere Alternative. Im Moment wird der Bau eines Gaskraftwerks in Lubmin mit einer Leistung von 1.200 Megawatt verwirklicht. An allen anderen Stellen Deutschlands geht es anscheinend, moderne Kraftwerke zu bauen, die nicht den Klimakiller Kohle verwenden. Meine Frage an Sie ist: Warum war das in Hamburg nicht möglich und warum soll das ein gutes Ergebnis sein, das Sie dort erzielt haben?

Es gibt noch einen weiteren Punkt, meine Damen und Herren, um den Sie nicht herumkommen. Nehmen wir an, Sie würden argumentieren, weitere Kraftwerke, die ineffizient sind, würden abgeschaltet werden, was wir nicht glauben und wofür Sie auch gar keine Argumente hätten, dann haben Sie jetzt ein Kraftwerk gebaut, das 20 Prozent effizienter ist als der Standard von Kohlekraftwerken. Dieses Kraftwerk wird aber bis 2050 laufen. Wir alle wissen, dass wir, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, die Emissionen bis 2020 nicht um 20 Prozent, sondern um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent herunterfahren müssen. Jetzt erklären Sie mir einmal, wie wir dieses Ziel erreichen können, wenn Sie die Energieversorgung in Hamburg mit einem gigantischen Monsterkraftwerk, mit einer Überkapazität, planen, das verhindern wird, dass wir den CO₂-Ausstoß in Hamburg bis 2050 um mehr als 20 Prozent senken können. Wie soll diese Rechnung aussehen und wie können Sie ernsthaft behaupten, damit wäre eine positive Tat für den Klimaschutz in Hamburg verbunden?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Diese Frage müssen Sie beantworten. Dass Sie das nicht können, dafür spricht, dass weder Sie noch der zuständige Fachsenator, Herr Gedaschko, heute den Mumme oder auch die Überzeugung hatten, dieses Verhandlungsergebnis vor uns zu rechtfertigen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zur CO₂-Abscheidetechnik sagen, von der Sie immer sprechen. Sie haben nicht vereinbart, dass diese Technik, sobald sie technisch möglich ist, gebaut werden kann. Heute weiß noch kein Mensch, ob das der Fall sein wird. Es gibt zum heutigen Zeitpunkt kein einziges Kraftwerk, in dem diese Technik im Betrieb ist. Diese wird dann nicht gebaut, selbst wenn sie technisch möglich ist, sondern sie muss sich immer noch wirtschaftlich rechnen.

A (Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Auch diese Frage müssen Sie beantworten: Wie kann sich ein solcher zusätzlicher Kostenblock rechnen und warum wird das eingeführt, wenn das nur die Kosten erhöht?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Sympathisch, aber irrational, so hat Ihr Umweltminister eine vergleichbare Diskussion bezeichnet, die von BUND-Vertretern auf der Umweltministerkonferenz im April dieses Jahres vollzogen wurde.

Verehrte Damen und Herren, ich habe Ihnen heute etwas mitgebracht, und zwar ein Heft, das gerade vor einer Woche von Ihrem Umweltminister veröffentlicht wurde. Ich habe für die Presse den entsprechenden Fachauszug daraus mitgebracht, damit Sie nachvollziehen können, dass Ihr Umweltminister Folgendes gesagt hat:

"(...) klar ist jedenfalls, dass, wenn man aus der Kernenergie aussteigt, bis zum Jahre 2020, man die Frage beantworten muss, wie diese 75 Prozent dargestellt werden sollen."

Damit meint er die Energiemenge, die bis dahin nicht durch regenerative Energien gedeckt werden kann. Er führt weiter aus:

"Und das wird nicht mit Gas allein funktionieren (...) So viel Gas gibt es nicht auf der Welt, und wenn es das gäbe, wäre es eine verdammt teure Form der Energieproduktion, sodass es keine Alternative in Deutschland gibt, auch die Kohle, und zwar die Steinkohle und die Braunkohle, in unserem Land weiter zu nutzen. Jeder, der eine andere Debatte führt, muss entweder klar sagen, dass er dann der Überzeugung ist, dass die Kernenergie weiter genutzt werden soll oder er führt eine zwar sympathische [und da kommen wir zu dem Sympathischen] aber im Ergebnis nicht realisierbare Diskussion."

Am 22. März 2007, gerade vor Kurzem, wurde dieses noch einmal veröffentlicht.

(Beifall bei der CDU)

Das tut Ihnen weh, das sieht man. Sie haben Ihren Minister in Bedrängnis gebracht, als Sie ihn eingeladen hatten und Herr Naumann sekundieren sollte. Er hat eine Pirouette gedreht. Ich kenne Sigmar Gabriel aus seiner vorherigen Tätigkeit als Ministerpräsident in Niedersachsen. Ich habe ihn dort schon erlebt, als er im Jahre 2002 mit großen Worten über die Deiche geschritten ist, und ich weiß, dass er in den sozialdemokratischen Kreisen Niedersachsens wegen seiner bisweilen recht wetterwendischen Äußerungen beliebt ist. Das hat sich auf dem Bundesparteitag auch im Ergebnis gezeigt.

Gleichwohl, wir haben hier vor einem Wahlkampf etwas anderes zu tun, als reine Parteipolitik zu machen, wir haben für Hamburg verantwortungsvoll Energiepolitik zu betreiben.

C (Beifall bei der CDU)

Ich habe hier immer gesagt, dieses Kraftwerk von Vattenfall, wie es geplant war, ist politisch nicht gewollt gewesen. Was hat sich deshalb auch geändert?

(*Gesine Dräger SPD: Nichts!*)

Sie können die Erfolge jetzt natürlich nicht goutieren, das ist mir klar, wir sind im Wahlkampf und das tut Ihnen auch wieder weh. Von Ihnen wird gesagt, zur Kraft-Wärme-Kopplung hätte Vattenfall eine andere Darstellung gemacht. Vattenfall wird bis zum Jahre 2012 und nicht irgendwann "im Jahre Schnee" diese Hauptversorgungsleitung bauen. Wenn dann gesagt wird – es werden ganz irre Zahlen in den Raum gestellt –, es müssten 200.000 Wohnungen angeschlossen werden, ist das natürlich grober Unfug. Für diese Energiemenge brauchen Sie in etwa 20.000 Wohneinheiten. Die Wahrheit ist wie folgt: Wir bauen keine neuen Passivhäuser in dieser Größenordnung, Herr Maaß,

(*Christian Maaß GAL: Schade!*)

sondern – das muss unser Ansatz sein – die große Herausforderung für Hamburg und für Kraft-Wärme-Kopplung ist, dass wir dort, wo die alten Energieschleudern sind – unten in den Heizungskellern –, diese Energieschleudern abstellen und uns mit einer Kraft-Wärme-Kopplung, erzeugt durch die Fernwärme, versorgen können. Darum geht es und das bekommen wir auf diese Art und Weise, in einer Größenordnung, die real sonst nie möglich gewesen wäre, hin. Wir haben dadurch ein Kraftwerk, das hinsichtlich seiner Effizienz bundesweit einmalig ist. Das wird von Ihnen kleingeredet. Ich finde es schade. Sagen Sie doch einmal, dass das auch eine Leistung ist.

D (Beifall bei der CDU)

Es gibt immer diese Milchmädchenrechnung über die Mengen an CO₂, die dadurch bundesweit zur Verfügung stehen. Wie häufig sollen wir es noch sagen, es sind bundesweit TÜV-zertifiziert 2,3 Millionen Tonnen weniger CO₂ im Jahr. Akzeptieren Sie das einfach einmal. Wenn Sie dann noch sagen, Herr Kerstan – das ist "obermilchmädchen", sorry, ich schätze Sie sonst sehr –, die Effizienz dieses Kraftwerks würde gegenüber den alten Kraftwerken nur um 20 Prozent gesteigert werden, frage ich Sie, von welchen alten Kraftwerken Sie dann ausgehen. Alte Kraftwerke haben eine Effizienz, die um die 30 bis 33 Prozent liegen. Dieses Kraftwerk hat eine Effizienz von 62 Prozent. Wenn Sie 20 Prozent sagen,

(*Jens Kerstan GAL: Aber keine 80 Prozent!*)

dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg beim Erreichen der Fünfprozentklausel.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU: Armer Ingo!*)

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gedaschko, Sie können es noch so oft wiederholen, aber die SPD und auch die Hamburger SPD haben sich nie grundsätzlich gegen Kohlekraftwerke ausgesprochen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

A Wir haben uns nur gegen ein Kraftwerk in dieser Dimension ausgesprochen, wie Sie es bauen wollen und wofür Sie keine Erklärung geben können. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Was ist von Ihnen denn politisch nicht gewollt gewesen? Das von Vattenfall ursprünglich geplante Kraftwerk in der Größenordnung von 800 Megawatt? Und deswegen wird jetzt ein Kraftwerk mit 1.640 Megawatt gebaut? Das ist die Milchmädchenrechnung, die Sie hier aufmachen, Herr Gedaschko.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was Sie brauchten, um zu verhindern, dass auffällt, dass Sie vor Vattenfall eingeknickt sind, sind Begründungen gewesen. Die erste Begründung, die Sie gebracht haben, ist die Frage nach der Fernwärme. Vattenfall hat uns schon vor zwei Monaten, als wir mit ihnen diskutiert haben, über die Anbindung nach Süden berichtet. Da ist also nichts Neues, das benutzen Sie jetzt als Argument, um zu begründen, warum Sie diese zwei großen Blöcke haben wollen. Aber das ist eine falsche Begründung, Herr Senator Gedaschko.

(Beifall bei der SDP und vereinzelt bei der GAL)

Sehr komisch ist es auch, dass, nachdem Vattenfall Ihnen die Zusage gegeben hat, schon einmal beim Bundesministerium angefragt hat, ob man die Förderrichtlinien für die Fernwärme verändern kann, weil die Förderung, die der Bund dafür bezahlt, wegen der teuren Maßnahme der Untertunnelung der Elbe nicht in der Größenordnung ausfällt, wie Vattenfall es gern hätte. Da stellt sich die Frage, warum die das machen. Vattenfall hat Ihnen das zugesagt, damit Sie dem zweiten Block und den 1.600 Megawatt zustimmen, und versuchen auf der anderen Seite, sich dafür das Geld vom Bund zu holen, um anschließend zu bauen. Das ist unredlich, Herr Senator Gedaschko.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Und dann Ihre Worte zur Technik der CO₂-Abscheideanlagen. Es ist hier schon gesagt worden, dass sich die Frage stellt, ob die Technik funktioniert. Es gibt nicht einmal eine Pilotanlage. Vattenfall sagt selbst, dass in der Nähe von Cottbus eine Pilotanlage gebaut werden soll, die für einen halben Megawatt ausgelegt ist. Dann sagen Sie, 2020 sind wir vielleicht in der Lage, ein 1.000-Megawatt-Kraftwerk damit auszurüsten. Dieses Kraftwerk hat 1.600 Megawatt. Dann erklären Sie mir bitte, wo die Lagerräume für diese CO₂-Abscheidung in Norddeutschland sind und wie lange die reichen. Herr Minister Gabriel hat gestern gesagt, selbst wenn die Technik funktionieren würde und man sie einführen könnte, würde das für eine Kraftwerksgeneration reichen, aber für mehr nicht. Das ist eine Milchmädchenrechnung, die Sie hier aufmachen. Ich habe gesagt, das ist "Tetje mit de Utsichten" und nichts anderes. Das kann aber nicht als Begründung dafür dienen, das Kraftwerk in dieser Größenordnung hier zu bauen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der letzte Punkt, meine Damen und Herren: Die CO₂-Bilanz wollen Sie gern bundesweit betrachten. Wenn wir aber fragen, warum Sie nicht in der Lage sind, über einen norddeutschen Verbund von Kraftwerken nachzudenken, dann wird uns gesagt, nein, Hamburg müsste wegen der

C hiesigen Industrie selbst ein Kraftwerk haben. Das ist genau so ein Unsinn, als wenn Sie sagen, man müsse auf die bundesweite Bilanz gucken. Man muss sich das gesamte Land ansehen und dann gilt auch die Frage zu beantworten, ob es nicht sinnvoll ist, einen Verbund zu machen, weil, wie Herr Kerstan gesagt hat, in Brunsbüttel Kohlekraftwerke für 3.200 Megawatt beantragt worden sind. Schleswig-Holstein plant, 7.500 Megawatt aus regenerativer Energie zu erzeugen, und Sie sagen, man muss nicht darüber reden, wie das in einem norddeutschen Verbund stattfinden soll, nur weil Sie dieses Kraftwerk in dieser Größenordnung bauen wollen und weil Sie sich nicht trauen, zu Vattenfall Nein zu sagen. Das ist politisch armselig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme das letzte Wort von Ihnen, Herr Egloff, auf. Sie fragten, warum man das mit Brunsbüttel nicht vernünftig regeln kann, dort seien so viele Kraftwerke geplant. Ich kann wirklich nur sagen, eine Arbeitsteilung nach dem Geschmack aller bei SPD und Grünen,

(*Manuel Sarrazin GAL: Einmal kurz nachdenken!*)

nämlich den CO₂-Ausstoß nach Brunsbüttel und nach Schleswig-Holstein abzugeben und der Strom aber kommt nach Hamburg, hierfür werden Sie in Norddeutschland keine Mehrheit bekommen.

D (Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD: Was für ein hanebüchener Unsinn!*)

Ich möchte aus dieser Debatte in fünf Punkten ein Resümee ziehen.

Erstens: Die neue Kernkraftkapazität ist erforderlich. Es wurde sowohl von der SPD als auch von den Grünen gesagt, dass das Kraftwerk überdimensioniert sei. In den nächsten acht Jahren werden in der Metropolregion Hamburg die Kraftwerke Wedel, Brunsbüttel und Krümmel mit insgesamt 2.400 Megawatt vom Netz gehen. Neu gebaut wird in Moorburg eine Kapazität von 1.600 Megawatt. Dieses als Überdimensionierung zu bezeichnen, ist schlichtweg an den Tatsachen vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Feststellung: Erdgas scheidet als Energieträger aus.

(Glocke)

– Keine Zwischenfragen, das kann Kollege Egloff gleich noch einmal als Beitrag liefern.

Erstens ist Erdgas zu teuer, weil es an den Ölpreis gebunden ist, zweitens ist das politische Risiko einer Erdgasversorgung auf Dauer viel zu hoch

(*Manuel Sarrazin GAL: So ein Quatsch!*)

und drittens sagen die Wissenschaftler, Erdgas ist knapp und darf deswegen nicht verheizt werden.

Der Klimaforscher Nummer eins in Deutschland, Herr Professor Schellnhuber vom Institut in Potsdam, hat jüngst erklärt, ...

A (Glocke)

– Frau Präsidentin, ich möchte keine Zwischenfragen. Der Sinn einer Aktuellen Stunde liegt darin, dass man sich, wenn man etwas antworten möchte, anschließend zu Wort meldet.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Sie lesen Ihre vorbereitete Rede vor, Herr Uldall! Sie gehen doch gar nicht auf die Argumente ein!
– *Werner Dobritz SPD*: Nur fünf Minuten reden!)

Wenn Sie keine Zwischenrufe machen würden, Herr Kollege Neumann, dann würde ich mit meiner Zeit auskommen.

(*Michael Neumann SPD*: Kollegen sind wir noch nicht!)

Professor Schellnhuber aus dem Klimaforschungsinstitut in Potsdam hat erklärt, dass Kohle auf lange Zeit Energieträger bleiben muss. Gestern hat die Wirtschaftsministerkonferenz nach langer Diskussion mit dem Ergebnis 16 : 0 beschlossen, dass sie den Bau und den Weiterbetrieb hoch effizienter Kohlekraftwerke begrüßt.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: War er denn überhaupt da?)

Das heißt, es haben zugestimmt der Vertreter des rotgrünen Senats in Bremen, der Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident Beck, SPD-Vorsitzender, der Vertreter des rotroten regierten Berlin und der Vertreter von Mecklenburg-Vorpommern. Meine Damen und Herren, die Hamburger SPD hat sich in eine Ecke hineinmanövriert, sie steht isoliert da, sie kommt von dem Baum, auf den sie geklettert ist, nicht wieder herunter.

(Beifall bei der CDU)

Die dritte Feststellung, die ich treffen möchte: Die Wärmeversorgung für Hunderttausende Hamburger erfordert den Standort Moorburg. In Hamburg gibt es 50.000 Wohnungen, die an der Fernwärmeversorgung des Kraftwerks Wedel hängen. Diese Wohnungen liegen überwiegend in Eimsbüttel und in Altona, im Hamburger Westen. Das heißt, 25.000 Wohnungen der SAGA oder GWG müssten eine neue Fernwärmeversorgung bekommen, ebenso die Wohnungen des Altonaer Spar- und Bauvereins sowie die Wohnungen des Bauvereins der Elbgemeinden. Gehen Sie zu den Mietern und sagen Sie ehrlich, wer diese Umstellungskosten für Hunderttausende von Hamburger bezahlen soll.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Manuel Sarrazin GAL*)

Viertens: Die Arbeitsplätze in Hamburg brauchen eine sichere Energieversorgung. Es ist bekannt, dass die Norddeutsche Affinerie, dass die Aluminiumwerke TRIMET darauf angewiesen sind, durch kurze Leitungswege eine kostengünstige und sichere Stromversorgung zu bekommen. Ich möchte deswegen, weil Ihnen allen dieses Thema bekannt ist und Sie jetzt so tun, als wenn das keine Rolle spielen würde, keine weitere Begründung liefern, sondern ich möchte nur einen Satz zitieren, den der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie, Herr Schmoldt, gesagt hat:

"Diese Entscheidung [in Hamburg] ist ein Sieg der Vernunft, sie ist energiepolitisch wegweisend, nutzt dem Klima und setzt zugleich ein positives Signal für den Industriestandort Hamburg."

C Ich, als CDU-Senator, habe diesen klaren Worten von Herrn Schmoldt nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Meine fünfte und letzte Feststellung: Die Entscheidung für den Neubau in Moorburg verbessert die CO₂-Bilanz in Deutschland. Der Ersatz von wenig effizienten Kraftwerken

(*Claudius Lieven GAL*: Welche? Sagen Sie es doch einmal!)

durch bessere Kraftwerke ist exakt die rotgrüne Energiepolitik, die vor fünf Jahren in Berlin beschlossen worden ist. Es ist logisch, dass die CO₂-Bilanz zum Positiven in ganz Deutschland ansteigt, wenn Sie ein schlechtes, ein wenig effizientes Kraftwerk, eine Dreckschleuder durch ein besseres Kraftwerk ersetzen. Insofern ist es wichtig, was mein Kollege Gedaschko eben schon erwähnt hat, dass wir 2,3 Millionen Tonnen CO₂ Ausstoß in Deutschland weniger haben würden, wenn wir Moorburg realisieren.

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD*)

Rechnen Sie jetzt einmal um, Frau Schaal, was die Übertragung dieses Standards in Moorburg auf alle Kohlekraftwerke in der ganzen Welt bedeuten würde. Es würde eine Verbesserung der weltweiten CO₂-Bilanz in einer Größenordnung von 2 Milliarden Tonnen eintreten.

Meine Damen und Herren, die Einhaltung des Kyoto-Protokolls, das Erzielen der Wirksamkeit des Kyoto-Protokolls wäre überhaupt kein Problem, wenn möglichst viele andere Nationen unserem Weg in der Umstellung der Technologie folgen würden.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: An unserem Wesen soll die Welt genesen!)

Insofern möchte ich alle Debattenbeiträge von Rot und von Grün zusammenfassen und sagen: Sie sind nicht ehrlich, nicht verantwortungsbewusst, nicht regierungsfähig.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wie lange hat er jetzt schwadroniert?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Werte Herren Senatoren! Zunächst haben Sie, was die Kohlekraft angeht, etwas missverstanden.

(*Ingo Egloff SPD*: Haben die überhaupt etwas verstanden? – Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Bei der Frage, ob Kohlekraft nötig ist, sind wir uns insoweit einig, als dass niemand fordert, dass bestehende Kohlekraftwerke von heute auf morgen abgeschaltet werden sollen. Das waren die Atomkraftwerke, von denen wir das – mehr oder weniger – mit einer Übergangszeit fordern. Darüber, dass die Kohle für eine Übergangszeit noch einen Teil des deutschen Energiemixes darstellen wird, sind wir uns einig. Das muss so sein. Die Frage ist nur, ob wir uns für die nächsten 50 Jahre auf eine Technologie festlegen wollen, die uns in das Problem geführt hat, vor dem wir heute stehen. Wenn wir nämlich so wei-

A termachen, wird von dieser Stadt in einigen hundert Jahren die Hälfte unter Wasser stehen. Wir möchten nicht auf die Lösung setzen, die uns überhaupt erst in dieses Problem hineingeführt hat.

(Beifall bei der GAL und Michael Neumann SPD)

Wenn Sie von den Überkapazitäten sprechen, die die Studie des Bremer Energie Instituts und der arrhenius consult en detail nachgewiesen hat, dann dürfen Sie natürlich nicht nur das Kraftwerk Moorburg, das geplant ist und was gebaut wird, dagegen rechnen, sondern selbstverständlich auch die ganzen anderen Kraftwerke, die in Norddeutschland beantragt und zum Teil genehmigt worden sind. Kollege Egloff hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht, dass allein in Brunsbüttel eine Kapazität von 3.000 Megawatt beantragt worden ist. Das zeigt die Qualität Ihrer Rechnung, wenn Sie sagen, Moorburg ist ein bisschen kleiner, als wenn Sie alle AKWs zusammenrechnen, aber Sie vergessen die ganzen anderen Kraftwerke. Sie unterschlagen schlicht etwas, diese Rechnung ist ein bisschen durchsichtig gewesen.

Dann zum Stichwort Kraft-Wärme-Kopplung, dass 200 Megawatt zusätzlich nötig seien. Herr Gedaschko, ich weiß nicht, wie Sie auf diese Zahlen kommen, dass Sie alleine 20.000 Wohnungen benötigen würden, um diese Wärme abzusetzen. Diese Wohnungen müssen ziemliche Energieschleudern sein. Unsere Idee ist, es in den nächsten Jahrzehnten zu schaffen, alle Wohnungen auf einen Energiestandard zu bringen, der erstens nicht nur klimafreundlich ist, sondern zweitens auch dazu führt, dass die Leute das Geld nicht mehr zum Fenster hinaus heizen und überhöhte Gas- und Fernwärmerechnungen bezahlen müssen, sondern die Haushalte endlich wieder Geld für die nötigen Dinge haben. Das ist doch der Punkt, dass wir sparen müssen, anstatt Überkapazitäten zu schaffen, die dann abgezahlt werden müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Übrigen haben wir ungenutzte Wärmekapazitäten in Hamburg. Wieso gehen wir denn nicht dorthin und suchen uns diese Kapazitäten, von denen Herr Uldall und Herr Gedaschko genau wissen, wo sie sind, und warum geht dieser Senat nicht dorthin und sagt, wir setzen alles daran, über das Fernwärmennetz und auch über eine staatliche Einflussnahme diese Wärme so zu nutzen, anstatt sie in die Elbe und die Luft zu verheizen. Das wäre doch ein innovativer Ansatz, statt Vattenfall zu sagen, noch mehr Überkapazitäten zu schaffen, und im Übrigen bleiben noch viele Hundert Megawatt, mit denen die Elbe aufgeheizt werden soll. Es bleibt dabei: Das sind Überkapazitäten.

Dann zum großen Schreckgespenst Gas. Hier wird behauptet, der Umbau der Energieversorgung, so wie wir uns das vorstellen, hätte zur Folge, dass riesige Mengen Gas zusätzlich importiert werden müssten. Da muss ich Sie darüber aufklären, dass etwas anderes geplant ist. Im Moment haben wir das Problem, dass in den meisten Wohnungen Gas alleine dazu verbrannt wird, um die Wohnungen zu heizen. Gleichzeitig haben wir diese großen Kraftwerke, die Wärme in Hülle und Fülle haben, aber diese Wärme schlicht in unsere Flüsse pumpen. Die Idee ist doch, über Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung in den Mehrfamilienhäusern und den Hauskellern der Einfamilienhäuser das Gas zu verbrennen, den Strom zu erzeugen, den heute die Großkraftwerke erzeugen, und gleich-

C zeitig die Wärme zu nutzen. Das ist doch der Punkt und da geht es nicht darum, zusätzlich große Mengen an Gas zu importieren, sondern das Gas, das wir heute haben, sinnvoll und intelligent zu nutzen. Das ist der Punkt und in diese Richtung müssen Sie denken, anstatt nur in den großen zentralen Strukturen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bei den 2,3 Millionen Tonnen an Einsparungen, die Sie deutschlandweit erreichen wollen, unterstelle ich einmal, dass diese Zahl richtig ist; ich habe allerdings in der Sache Zweifel daran. Dann ist aber der Punkt, dass Sie schlicht zu kurzfristig denken. Wenn Sie im Zeitraum von Kyoto oder bis 2020 denken, dann ist es schlicht zu kurz, denn wir haben das Problem, erst zum Jahr 2050 unsere Emissionen um 80 Prozent herunterbringen zu müssen. Erklären Sie uns doch bitte einmal, wie das funktionieren soll. Wenn Sie heute Einsparungen von 30 Prozent haben, woher sollen die übrigen 50 Prozent kommen? Auf diese Frage müssen Sie antworten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall, es ist in der Tat interessant, dass die Wirtschaftsministerkonferenz sich so prompt zum Thema Moorburg ausgesprochen hat. Aber die Probleme in Hamburg lösen wir vor Ort, da setzen wir uns vor Ort mit Ihren Argumenten auseinander und da hat die Ministerkonferenz uns gar nicht hineinzureden. Es ist ein schlechtes Argument, was Sie uns hier vorhalten.

(*Bernd Reinert CDU: Das sieht Gerhard Schröder ganz anders!*)

Ein weiterer oft angesprochener Punkt in dieser Debatte ist, es gebe nicht soviel Gas. Das hat uns Vattenfall in der Debatte um das Kraftwerk Moorburg auch vorgehalten, und was lesen wir vor wenigen Tagen in der Zeitung? Vattenfall hat offensichtlich inzwischen so viel Gas, dass sie selbst etwas an die Hamburger Bevölkerung verkaufen können.

Spaß beiseite: Andere Energieversorger bauen und planen längst Gaskraftwerke. Ein guter Teil der Kraftwerke, die in Norddeutschland geplant sind, sind auch Gaskraftwerke, es gibt also genug Gas.

Dann zum nächsten Argument, wir machen uns damit vielleicht abhängig von Putin. Dazu muss man wissen, dass sich der deutsche Gasmarkt zu 35 Prozent aus sogenanntem Russengas speist. Wir beziehen darüber hinaus Gas aus Norwegen und den Niederlanden, wir haben auch selber in Deutschland Gas, was zugegeben zur Neige geht, und wir beziehen sogar Gas aus Libyen. Gegen diese Bezugsquelle hat offensichtlich niemand etwas.

Ein Argument muss noch aufgegriffen werden. Bei anderen Dingen sagen Sie immer, wir leben in einer globalisierten Welt. In einer globalisierten Welt muss es doch möglich sein, auch im Energiesektor einen Austausch zu haben, der nicht nur Waren nach draußen liefert, sondern auch Waren von außen bezieht. Je mehr Handel wir mit Ländern wie Russland oder auch Libyen haben, desto besser, denn wenn man Handel miteinander betreibt,

A dann schmeißt man sich keine Bomben auf den Kopf.

(*Ingo Egloff SPD*: Wie wahr, das hat schon im Kalten Krieg funktioniert!)

Ein immer gern gebrachtes Argument ist, die Gasversorgung sei so unsicher. Wir haben seit 40 Jahren einen Kontrakt im sogenannten Gasröhrengeschäft. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir innerhalb dieser 40 Jahre irgendwann einmal eine Unterbrechung der Gaslieferungen zu verzeichnen gehabt haben. Ich kann mich aber sehr wohl erinnern – da werde ich auch sehr polemisch, Herr Senator Uldall –, dass wir in den letzten Monaten und Jahren Hunderte von Stromausfällen in dieser Stadt hatten. Wir müssten eigentlich auch einmal über die Sicherheit der Energieversorgung diskutieren.

Was den Bedarf betrifft, wird Moorburg so viel Strom produzieren, wie die Stadt zurzeit verbraucht. Wir sind also in Hamburg versorgt, wir sind auch in Norddeutschland versorgt und wenn Sie darüber reden, dass die Atomkraftwerke vom Netz gehen, dann sollten Sie sich vor Augen führen, dass wir folgende Situation haben: Stade ist seit vier Jahren vom Netz, das hat kein Mensch gemerkt, Krümmel ist vom Netz, weil es kaputt ist, Brunsbüttel ist vom Netz, weil es kaputt ist; wir haben hier keinen Mangel. Wir müssen nämlich auch zur Kenntnis nehmen, dass in der Zwischenzeit ein Mix an Energie aus den erneuerbaren Energien herangewachsen ist. Wir haben eine eklatante Steigerung von Windkraft und das wird weiter wachsen. Hier sind offensichtlich Kräfte am Werk, die das regulieren. Wir haben eine gute Regulierungstechnik und wir sind weiterhin Exportland, was den Strom betrifft, um das noch einmal hinzuzufügen.

B Dann gibt es noch die Geschichte mit den Preisen. Die Preise, so wurden wir immer wieder in der Diskussion um die Gestehungskosten des Stroms aus Moorburg belehrt, werden an der Börse gemacht. Die Preise aus einem gasbetriebenen Kraftwerk, Herr Uldall, werden auch an der Börse gemacht. Insofern ist die Aussage, dass der Rohstoff teuer sei – das sagt Vattenfall uns auch immer –, überhaupt kein Argument. Wir müssen uns mit dem auseinandersetzen, was an der Börse passiert.

Wir haben im Moment die Situation, dass die Preise ansteigen. Wir haben oft genug in diesem Haus über den Preisdruck bei Strom geredet und Sie haben immer wieder gesagt, mehr Wettbewerb entstehe durch mehr Konkurrenz auf dem Markt. Wenn jetzt ein marktbeherrschendes Unternehmen noch mehr Kapazitäten auf den Markt wirft, wird seine Position im Markt gefestigt und der Wettbewerb wird weiter ausgebremst. Vor diesem Hintergrund erinnere ich einmal daran, was die Monopolkommission vor 14 Tagen gesagt hat. Die haben nämlich gesagt, dass wettbewerbsbeherrschende Unternehmen keine zusätzlichen Kraftwerkskapazitäten bauen sollten, damit der Markt sich wieder einrenkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Bernd Reinert CDU*: Da klatschen nicht mal die eigenen Leute, so platt war das!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Schaal, Sie haben bemängelt, dass es keinen Mangel gibt und haben immer betont, Kraftwerke seien zurzeit nicht am Netz und es

bestünde kein Mangel. Das kann ich Ihnen ganz einfach erklären: Mangel gibt es eigentlich nur im Sozialismus und da Sie nicht regieren, Frau Dr. Schaal, befinden wir uns natürlich in einer mangelfreien Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Sie sind so unheimlich witzig und qualifiziert! Das haut einen vom Hocker!)

Sehr schön fand ich dann, wie Sie versucht haben, ein Helmut-Schmidt-Wort zu recyceln, der einmal gesagt hat: Solange wir miteinander reden, schießen wir nicht. Sie haben das auf Russland bezogen und gesagt, solange die Russen uns Gas verkaufen. Fragen Sie doch einmal die Ukraine oder Weißrussland, wie die das fanden, als im Winter mal so kurz der Gashahn zugeschraubt worden ist.

(Beifall bei der CDU – *Glocke*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rüdiger Kruse (fortfahrend): Nein, die Redezeit von uns Abgeordneten ist leider begrenzt.

(*Michael Neumann SPD*: In Ihrem Fall Gott sei Dank!)

Ich habe mich sehr gefreut – auch wenn Frau Dr. Schaal das als Einmischung von außerhalb wertet, wenn sozialdemokratische Wirtschaftsminister etwas über Politik sagen –, dass sich die Wirtschaftsminister in Deutschland mit Klimatechnologie beschäftigt haben, dass sie Kriterien für eine wirtschaftliche Energieversorgung aufgestellt haben und dass sie auch den Klimaschutzaspekt ganz weit nach vorne schreiben.

Ein bisschen wehmütig bin ich, wenn ich die Argumentation von Herrn Maaß höre, jenen Personen, die einmal Vorkämpfer für den Bereich erneuerbare Energien waren. Wenn er dann sagt, ihr macht jetzt eine Technologie, die uns auf 40 bis 50 Jahre festlegt. Da können wir einmal zurückspulen. Es ist nicht die erste Moorburg-Debatte und ich kann mich an eine der ersten Debatten hier erinnern, in denen ich gesagt habe, dass wir das eigentlich auch nicht wollen, aber lassen Sie doch die Brückentechnologie, die schon installiert ist, ein bisschen länger laufen, zwölf bis 15 Jahre, damit wir den Weg für die erneuerbaren Energien und diese Investitionssummen frei haben. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten verhandeln können, weil Herr Maaß und seine Freunde einmal einen historischen Kompromiss für den Klimaschutz gemacht und gesagt hätten, wir springen über das Dogma Kernenergie. Dann hätte man wahrscheinlich 1,7 Milliarden Euro in erneuerbare Energien stecken können. Herr Maaß sagt, wir wollen in den nächsten Jahrzehnten die Wohnungen in Hamburg auf einen Standard bringen, dass sie nicht mehr so viel Energie verbrauchen; das wollen wir auch. Der Unterschied zwischen uns beiden ist nur, dass wir es tun werden. Bis man aber in den nächsten 30, 40 Jahren so weit ist, dass es reicht, mit einer Kerze zu heizen, wollen die Leute es auch warm haben und dafür haben Sie kein Angebot.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns, wie so oft, die Aufgabe hinterlassen, für die Versorgung der Menschen und die Zukunftssicherheit sowohl in energiepolitischer als auch in umweltpolitischer Sicht zu sorgen.

A Dann gibt es noch einen fundamentalen Irrtum. Sie machen einen auf grüne Festung Europa und sagen, Hamburg würde untergehen. Doch Hamburg und Deutschland wird es sich immer leisten können, Deiche oder Sperrwerke zu bauen, aber Bangladesch kann das nicht, die Menschen im Rest der Welt können das nicht. Und wenn Sie sich heute angucken, dass China auch die nächsten Jahrzehnte noch auf Kohle setzt, dann ist es vollkommen richtig, eine Technologie zu entwickeln, die auch in China eine umweltfreundlichere Produktion ermöglicht. Da die so gerne kopieren und am liebsten bei uns und das dann hinterher vielleicht noch ein Stück besser machen, sollen sie doch unser Kraftwerk mit 62 Prozent kopieren als die bisherigen mit 30 Prozent. Das ist doch die richtige Richtung, das müssen Sie einmal sehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man die Klimadebatte in Hamburg alleine gewinnen könnte, dann würden wir es tun, wir müssen sie aber weltweit gewinnen. Deswegen muss der Hamburger Beitrag stimmen und darum leisten wir auch einen Beitrag für den Klimaschutz, der über Hamburg hinausgeht.
– Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen ein paar Zahlen nicht ersparen,

(*Dr. Till Steffen GAL: Sie immer mit Ihren Zahlen!*)

aber ich versuche, es kurz zu machen.

Herr Gedaschko, Sie haben vorhin gesagt, man müsse 20.000 Wohneinheiten anschließen, um die 200 Megawatt Leistung, die neu hinzukommen würden, auf diesem neuen Strang zu verbrauchen. Wir haben im Moment 1.450 Megawatt für 410.000 Wohneinheiten, 200 Megawatt von 1.450 sind rund ein Siebtel. Rund ein Siebtel von 400.000 liegt irgendwo zwischen 50.000 und 60.000 Wohneinheiten, die man theoretisch anschließen könnten müsste. Wenn Sie sagen, Sie schaffen nur 20.000 Wohneinheiten mit diesen 200 Megawatt, dann kann man daraus nur den Schluss ziehen, dass das, was Sie machen, in allerhöchstem Grade ineffizient ist,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

weil Sie dann nämlich für diese anzuschließenden Wohneinheiten dreimal soviel Energie verbrauchen wie im Durchschnitt für die bisher bestehenden Wohneinheiten im Bestand. Das verkaufen Sie uns als Erfolg, eine merkwürdige Definition von Erfolg. Das war der erste Punkt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der zweite Punkt. Wann schaltet ein Stromunternehmen ein Kraftwerk ab? Ein Stromunternehmen schaltet nicht etwa ein Kraftwerk ab, weil es ein besseres gibt, sondern wenn sich dieses Kraftwerk nicht mehr lohnt, das heißt, wenn alle Kosten dieses Kraftwerks, insbesondere auch die Abschreibung, die bei alten Kraftwerken sehr gering ist, über dem liegen, was man am Markt bekommen kann. Die interessante Frage ist gar nicht, wie gut oder schlecht andere Kraftwerke sind, sondern wie sich der

C Marktpreis entwickelt. Deswegen ist es auch so schwierig, genau zu sagen, was eigentlich am Kraftwerkmarkt passiert, wenn ein neues Kraftwerk hinzukommt. Wenn man das anders haben wollte und sozusagen die Schwierigkeit umgehen würde, dann müsste man mit dem Kraftwerkbetreiber ganz konkrete Vereinbarungen über das Abschalten von Kraftwerken treffen und das nicht so im Allgemeinen stehen lassen und sagen, das passiert schon irgendwie von alleine; das ist einfach Unsinn.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun zu Ihrem wiederholten Versuch, zwischen uns und dem Bundesumweltminister und der Bundes-SPD eine Differenz herbeizureden. Herr Gabriel hat gestern gesagt – er ist nicht der Genehmigende, deswegen muss er die Entscheidung nicht treffen –, das Kraftwerk sei so, wie es ist, nicht gut. Das sagen wir auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte aufmerksam verfolgt und das hat mich alles nicht überzeugt.

Zum einen bleibt es dabei, dass Sie die acht Tonnen CO₂ nicht schönreden können. Zum zweiten haben Sie die Überkapazitäten nicht ausräumen können; die fachliche Debatte ist über meinen Kollegen Maaß eindeutig in Richtung dezentrale Gaskraftwerke gelaufen. Von den Abhängigkeiten von Russland zu sprechen, ist vollkommener Quatsch; selbst im Kalten Krieg ist das Gas geflossen. Und wenn Sie hier Vergleiche mit Ukraine und Weißrussland anstellen, dann frage ich Sie, warum Sie überhaupt noch die Pipeline bauen.

(*Bernd Reinert CDU: Die bauen wir doch nicht!
– Barbara Ahrns CDU: Die baut der Bund!*)

D Dann können Sie sich diese Milliarden Gelder nach Moskau auch schenken, wenn Sie denken, dass das nicht mehr funktioniert. Das ist alles an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass die Verhandlungen miserabel gelaufen sind, haben wir auch gehört.

Jetzt komme ich noch einmal zu Ihrem Argument, Herr Kruse, dass wir uns in die Ecke begäben, die Sie damals boykottiert haben: Windkraftwerke, Solaranlagen und so weiter. Dieser Vergleich hinkt total. Die CCS-Technik dieses Kraftwerks ist im Grunde genommen so entwickelt, als würden Sie sich in ein Auto ohne Bremsen setzen und die Forscher forschen noch, ob die Bremsen überhaupt funktionieren; so legen Sie los.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist eine fossile Technologie, die wir nicht wollen, und wir wollen uns nicht schon wieder eine Entsorgungsproblematik hereinholen. Es ist sicherlich nicht 1 : 1 vergleichbar mit den AKWs, aber eine weitere Entsorgungsproblematik entstünde und die wollen wir nicht. Wir müssen nach vorne gucken. Alles, was Sie jetzt machen, ist rückwärtsgewandt und hat mit modernen innovativen Technologien nichts zu tun und vor allen Dingen nicht mit regenerativen.

A (Beifall bei der GAL)

Ich möchte aber noch ein anderes Argument anbringen, das wir bisher noch nicht gehört haben. Ich habe vorhin über die Glaubwürdigkeit von Herrn von Beust gesprochen und mich hat schon irritiert, dass, nachdem diese Entscheidung gefallen war, Herr von Beust sagte, die Bevölkerung sei nicht direkt betroffen. Da kann man sicherlich sagen, CO₂ ist nicht direkt giftig, es ist ein bisschen schwerer als Luft, ansonsten tut es nichts. Aber wenn Sie sich erdreisten zu sagen, die Bevölkerung sei nicht direkt betroffen, dann frage ich Sie, ob Sie noch nie etwas von Feinstaub gehört haben, was die Bevölkerung im Umfeld extrem belastet.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Haben Sie noch nicht davon gehört, dass auch modernste KKW's großen Feinstaubausstoß haben, dass 65.000 Menschen im Jahr sterben, dass das Asthma-Risiko um 30 Prozent steigt?

Dann will ich aus "der tageszeitung" von heute zitieren, wo aufgezeigt wird, dass die Grenze, die das Bundes-Immissionsschutzgesetz auf 40 Mikrogramm Höchstwert festgelegt hat, schon nach 13 Tagen überschritten sein wird, wenn Moorburg gebaut wird. Haben Sie eigentlich gewusst, was diese 393 Tonnen Feinstaub bedeuten, die zusätzlich ausgestoßen werden, dass dies eine katastrophale Wirkung auf die Gesundheit der Kinder und der Bevölkerung dort hat? Und dann sagen Sie, die Bevölkerung sei nicht direkt betroffen. Wo ist da die Glaubwürdigkeit? Ganze Ärzteschaften im Saarland – 400 Ärzte im Saarland und im Ruhrgebiet – haben sich zusammengetan, um deutlich zu machen, dass sie es nicht mehr verantworten können, dass überhaupt nur ein einziges Kohlekraftwerk gebaut wird. Ich zitiere:

"Besonders betroffen werden die [...] Kinder sein, deren Atemwege während der Entwicklung und Ausreifung bereits dauerhaften Schaden durch [Feinstaub] erleiden müssen."

Es ist die ärztliche Pflicht, dass das gesagt wird, und dann soll die Aussage von Herrn von Beust glaubwürdig sein, dass die Bevölkerung nicht betroffen sei.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Stehr.

Dr. Diethelm Stehr CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bundesumweltminister Gabriel ist vorhin ein paarmal zitiert worden. Auch wenn ich in vielen Punkten seine Ansicht nicht teile, muss man ihm eines zugute halten. Er erkennt jedenfalls an, dass man bei einem Ausstieg aus der Kernenergie die Kohle braucht und nutzen muss und diesen Schritt haben Sie hier bislang verweigert.

Der zweite Punkt, den Sie als Alternative anbieten, sind die Gaskraftwerke. Wir unterscheiden Grundlast, Mittellast und Spitzenlast und Gas ist viel zu wertvoll, um es im Grundlastbereich zu verfeuern. Wir haben in Brunsbüttel ein Gaskraftwerk, das ein Spitzenlastkraftwerk ist, und diese Spitzenlastkraftwerke braucht man insbesondere dann, wenn man die regenerativen Energien stärker nutzen will, weil die nicht permanent laufen und man ohne diese Reserven überhaupt nicht auskommt; die müssen schnellstartfähig sein.

Dann haben Sie, Frau Dräger, etwas zu den Kosten gesagt. Es ist logisch, dass zunächst diese Kraftwerke im Verbund zurückgefahren werden, die die höchsten spezifischen Kosten haben, und das sind entweder die Gaskraftwerke, weil es die teuersten sind, oder die uneffizienten alten Kohlekraftwerke.

(Christian Maaß GAL: Ja, die Gaskraftwerke, das ist ja toll!)

Das geht vernünftigerweise nicht anders zu machen. – Ich komme gleich zu Ihnen, gedulden Sie sich, Herr Maaß.

Sie haben dann auf die Wohnungszahl abgehoben, das ist viel zu kurz gesprungen. Wir haben im Umweltausschuss heftig über die Industrienuutzung diskutiert. Sie können auch Industrie mit dieser Fernwärme versorgen. Wir haben über BP Oiltech, die Ölmühle, HOBUM und viele andere gesprochen, die auch Abnehmer von Wärme sind und gehört, dass die Verhandlungen stattfinden. Die sind natürlich heute noch nicht abgeschlossen, deswegen kann man das noch nicht abschließend bilanzieren, aber dieses erfolgt; das Kraftwerk ist schließlich heute auch noch nicht fertig.

(Bernd Reinert CDU: Richtig!)

Nun zu Herrn Maaß. Herr Maaß, Sie sprechen von dezentral, Frau Goetsch spricht von Vermeidung von Feinstaub. Wollen Sie denn diese dezentralen Kraftwerke, die Kleinkraftwerke, wirklich alle feinstaubeffizient filtern? Ich glaube, da sind Sie von der Realität weit entfernt. Der eine sagt hü, der andere sagt hott, aber so kommen wir nicht zu einer gemeinsamen vernünftigen Lösung. Dieses ist Wahlkampf pur und sonst gar nichts.

B

C

D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: – Herr Neumann, ich will nachher noch etwas zum Thema Warp-Antrieb sagen, aber vorher vielleicht etwas zum Thema Glaubwürdigkeit.

(Michael Neumann SPD: Das scheint Sie schwer beeindruckt zu haben!)

Wenn wir gerade hören, dass die Grünen die These vertreten, man solle die jetzigen alten Kraftwerke weiterlaufen lassen

(Christian Maaß GAL: Ein paar Jahre!)

– ein paar Jahre – und vorhin zur Kenntnis nehmen mussten, dass unser gemeinsamer Bundesumweltminister der festen Überzeugung ist, dass wir eine Riesenenergielücke haben, wenn wir nicht weiter mit Kohle arbeiten, dann sind das mehr als ein paar Jahre. Es werden Jahrzehnte sein, wenn wir das ernst nehmen, und das machen wir nicht mit. Wir wollen nicht die alten Kraftwerke laufen lassen, wir wollen nicht die Probleme haben, wie sie Frau Goetsch geschildert hat, wir wollen neue, wesentlich effizientere Kraftwerke haben. Darin liegt die Lösung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Warum braucht Hamburg ein eigenes Kraftwerk? Die Antwort konnten wir am vergangenen Freitag in "der tageszeitung" finden, die berichtete: Wenn es irgendwo

A Sinn mache, dann müsse so ein Kraftwerk mitten in die Stadt.

(*Bernd Reinert CDU*: Richtig!)

Warum? Weil schlicht und ergreifend die Leistungsverluste wesentlich geringer sind, als wenn man ein Kraftwerk irgendwo im Nirvana baut; erster Punkt.

(*Claudius Lieven GAL*: Wo steht Brunsbüttel, wo stehen die ganzen Kraftwerke?)

Zweiter Punkt. Wenn wir über Kraft-Wärme-Kopplung reden, dann macht es nur Sinn, ein Kraftwerk in der Stadt zu haben; ansonsten produzieren wir tatsächlich für die Elbe. Ihr Spitzenkandidat, Herr Egloff, hat ganz klar gesagt, dass er gegen ein solches Kraftwerk sei. Er wollte es irgendwo nach Schleswig-Holstein ins Nirvana stellen; das ist die Aussage der SPD gewesen.

(*Christian Maaß GAL*: Irgendwo bei Buchholz ist Nirvana!)

Dritter Punkt. Ich war heute Morgen bei TRIMET und habe mit den Mitarbeitern gesprochen. Fragen Sie einmal die Mitarbeiter, wie sie zu Ihrer Politik stehen würden, wenn es nämlich heißt, alleine dadurch, dass ein Kraftwerk weiter als 50 Kilometer von Hamburg entfernt ist, werden für TRIMET 3 Millionen Euro höhere Stromkosten im Jahr entstehen. Wir wissen, auf welcher Kippe die Arbeitsplätze bei TRIMET gestanden haben, und wer so etwas fordert, gibt leichtsinnig diese Arbeitsplätze wieder auf und das wollen wir nicht. Das heißt, wir reden hier auch ganz konkret über Arbeitsplätze in Hamburg.

(*Barbara Ahrons CDU*: Genau!)

Nächster Punkt. Wenn wir über Fernwärme reden und gesagt wird, das können wir auch mit Gas machen, dann wird völlig verkannt, dass, wenn wir zwischen Gas und Strom und Strombörse unterscheiden, der Fernwärmepreis nicht irgendwo in Leipzig gemacht wird, sondern innerhalb eines Fernwärmennetzes. Wir haben vor ungefähr zwei Wochen erlebt, dass ein Betreiber – es war nicht Vattenfall, es war ein anderer – eines Teilfernwärmennetzes, an dem 12.000 Menschen hängen und das mit Erdgas betrieben wird, die Preise um annähernd 20 Prozent erhöht hat.

(*Christian Maaß GAL*: Ach, und was sagen Sie in Hamburg!)

Wenn Sie das den Hamburgern in diesen 450.000 Wohnungen zumuten wollen, dann herzlichen Glückwunsch. Das wollen wir nicht, wir wollen, dass die Hamburger – es sind gerade die kleinen Wohnungen, die an diesen Fernwärmennetzen hängen – in diesen kleinen Wohnungen Energie zu bezahlbaren Preisen auch künftig noch erhalten können.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt. Es wird immer von einem norddeutschen Energiekonzept gesprochen; das ist schlicht und ergreifend lächerlich. Es gibt keinen norddeutschen Energiemarkt, es gibt einen deutschen Energiemarkt, das ist die Realität. Deshalb enthalten auch die Beschlüsse von Meseberg der Bundesregierung, wenn man von einem Energiekonzept spricht, ein solches Energiekonzept. In diesen Beschlüssen ist die Rede von 16 Kohlekraftwerken – übrigens hat auch hier Sigmar Gabriel diesem Beschluss zugestimmt –, die bundesweit zu errichten sind, um die alten Kraftwerke zu ersetzen. Ich halte das

für den richtigen Weg und würde mich freuen, wenn auch die Hamburger Sozialdemokratie der Bundesregierung dort ihre Unterstützung geben könnte.

C

Dann noch etwas zum Thema Russland und Zuverlässigkeit. Ich weiß nicht, wie kurz Ihr Gedächtnis ist. Erinnern Sie sich nicht mehr daran, dass Putin den Gashahn von einem Tag auf den anderen zugeschlagen hat, weil er Stress hatte? Es war Winter in Deutschland und es hätte keine Möglichkeit bestanden, diese fehlenden Gasmengen in Deutschland zu substituieren. Wer also da von Versorgungssicherheit und Zuverlässigkeit redet, Frau Dr. Schaal, hat ein extrem kurzes Gedächtnis.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Jetzt zu den Freunden von der Sozialdemokratie, insbesondere muss Herr Neumann noch einmal kurz tapfer sein. Ich möchte Ihren Bundesumweltminister ein zweites Mal zitieren, weil das so gut ist.

(*Michael Neumann SPD*: Unseren, Herr Gedaschko!)

"Wir müssen in die Effizienz von Kohlekraftwerken investieren und übrigens auch in die Entwicklung von CO₂-freien Kohlekraftwerken."

Dann führt er weiter aus:

"Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das tun müssen und ich bin froh darüber, dass die Europäische Union dazu beigetragen hat, hier die Forschungsvorhaben in Europa auf zwölf Modellvorhaben zu konzentrieren."

D

Europa wird im Januar die entsprechenden Rahmengesetzgebungsprojekte machen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat in der letzten Woche auf der jüngsten Umweltministerkonferenz gesagt, die Bundesregierung wird bei der Frage der Realisierung dieser Technologie eine maßgebliche Rolle spielen.

(*Michael Neumann SPD*: Dagegen spricht doch gar nichts!)

Und Sie sprechen von Warp-Antrieb? Also, schönen Gruß, reisen Sie einmal mit Warp zu Ihrem Bundesumweltminister und lassen Sie sich auf den Status quo bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Nach Paragraph 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung erhält jede Fraktion noch zusätzlich fünf Minuten Redezeit. – Herr Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz etwas zu dem Schreckgespenst eines derzeitigen russischen Präsidenten sagen, das hier immer an die Wand gemalt wird. Sie sollten schon verstehen, was der Unterschied zwischen Hamburg und Kiew ist. Das kann man vom Hamburger Senat erwarten – Herrschaftszeiten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie sagen, das Gas wäre uns abgedreht worden. Das ist nicht der Fall. Russland exportiert 70 Prozent seines Gases nach Westeuropa. Wir importieren als Westeuropa 30 Prozent unseres Gases aus Russland. Glauben Sie

A wirklich, dass es für Westeuropa unsicher ist, das Gas aus Russland zu bekommen, wenn eine derartige Devisenquelle in diesen Gasimporten existiert? Wenn Sie das glauben, dann denke ich, dass Sie politisch nicht richtig gewickelt sind.

(Beifall bei der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU:*
Das Gas nicht, Herr Sarrazin, aber der Preis!)

Wollen Sie wissen, was wir noch aus Russland importieren? Das ist unter anderem ein Großteil des Urans, das für Kernkraftwerke, die Sie als Brückentechnologie wollen, gebraucht wird. Wir bauen gemeinsam – übrigens nicht zur Freude von Ländern wie der Ukraine – für 5 Milliarden Euro eine Pipeline durch die Ostsee, um Gas – Schröder hat damals gesagt "im deutschen Interesse" – nach Deutschland zu bringen. Wenn Sie glauben, dass für uns das Gas aus Russland politisch unsicher ist, dann verhindern Sie, dass dort unsere Steuergelder hineingesteckt werden. Alles andere ist sonst einfach nur Quatsch, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Hans-Detlef Roock CDU:* Herr Sarrazin, das müssen Sie Herrn Schröder erzählen!)

Ich möchte nicht widersprechen, dass die Gaszufuhr für ein Land wie die Ukraine oder Weißrussland nicht ganz so gesichert ist. Aber ich vertraue auf die Intelligenz des Senats, dass er den Unterschied zwischen Weißrussland und Hamburg kennt. – Danke sehr.

Ich möchte aber noch einen weiteren Satz sagen. Ich habe die Debatte aus der letzten Reihe verfolgt und mich ziemlich aufgereggt. Wir müssen zwei Punkte noch einmal klarstellen. Sie argumentieren mit einem neuen Kraftwerk, das effizienter ist als ein bereits bestehendes. Das ist erst einmal logisch und das kann man auch nachvollziehen. Dann müssen Sie aber auch verschiedene Nachweise bringen. Erstens müssen Sie den Nachweis bringen, dass sichergestellt ist, dass für die neuen Kapazitäten in gleichem Maße auch alte Kapazitäten abgebaut werden, und zwar mit den Emissionen, die dafür aufzurechnen sind. Zweitens müssen Sie darstellen, dass es auch in Zukunft nicht effizienter ginge, mit einem anderen Modell eine emissionsärmere Versorgung sicherzustellen. Das haben Sie nicht geleistet.

Ich möchte als relativ junger Mensch noch Folgendes sagen: Herr Kruse hat zu Recht gesagt, der Klimawandel betrifft die Menschen in Bangladesch mehr als uns. Gerade deswegen müssen wir Vorbild darin sein, wie man emissionsarm Energie erzeugt, und wir dürfen nicht sagen, dann sollen die Chinesen mit einem Wirkungsgrad von 62 Prozent bauen. Die Chinesen wollen von uns erneuerbare Energien – Solartechnologie, Windenergie – und energieeffizientes Bauen kaufen. Ihre Behörde, Herr Gedaschko, hat in Shanghai im vorletzten Jahr eine ökoeffiziente Bauausstellung mitfinanziert, weil das die Zukunftstechnologien sind und nicht Ihre Kohletechnologie.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Gedaschko, ich stelle fest, dass Sie, obwohl Sie hier zweimal geredet haben,

(Michael Neumann SPD: Nichts gesagt haben!) C

keine Erklärung dafür abgegeben haben, warum Sie eine Verdoppelung der Kapazität dieses Kraftwerks wollen. Diese Erklärung sind Sie diesem Hause und der Öffentlichkeit schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Wo ist der Bürgermeister?)

Stattdessen suchen Sie nach Erklärungen dafür, warum das vielleicht sinnvoll sein könnte. Aber Sie und Ihre Behörde haben dafür gesorgt, dass von den ursprünglichen Planungen für ein Kraftwerk mit 820 Megawatt abgegangen worden ist und eine Verdoppelung auf 1.640 Megawatt geplant wird, ohne dass Sie es erklären können. Das ist Punkt eins.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Punkt zwei: Wenn man Vattenfall fragt, wird nicht gesagt, welche Kraftwerke abgeschaltet werden sollen. Gut, Wedel soll abgeschaltet werden, weil das Kraftwerk dann für die FernwärmeverSORGUNG nicht mehr benötigt wird. Wir haben aber auch mit Herrn Cramer gesprochen. Eine meiner ersten Fragen ist gewesen, welche alten Kraftwerke abgeschaltet werden, damit man diese Bilanz auch einmal real sehen kann. Die Antwort war: Das können wir Ihnen nicht sagen, das wird sich in der jeweiligen Situation ergeben. Auf diese jeweilige Situation, Herr Senator Gedaschko, möchte ich nicht vertrauen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Kai Voet van Vormizeele CDU:* Aber auf Herrn Putin!)

Der dritte Punkt: Der Strompreis für die Industrie. Wir haben in diesem Hause des Öfteren darüber diskutiert, insbesondere als die Hamburger Aluminiumwerke zugemacht wurden. Seinerzeit hat unter anderem Herr Dr. Marnette öffentlich gemacht, dass Vattenfall den Strom zwischen 22 und 24 Euro pro Megawattstunde produziert, aber immer behauptet, sie würden an der Börse seinerzeit 41 Euro und jetzt über 50 Euro erzielen.

(Gesine Dräger SPD: Tja!)

Es stellt sich jetzt die Frage, wie viel Strom an dieser Börse gehandelt wird. Wir haben im Wirtschaftsausschuss während einer Anhörung zum Thema Energieversorgung in Hamburg Herrn Cramer gefragt, wie viel Strom er von der Börse bezieht. Er sagte 12 Prozent. Ich stelle die Behauptung auf, meine Damen und Herren, dass die Strompreise, wie sie von den vier großen Oligopolen in diesem Lande gemacht worden sind, nicht wirtschaftlich begründet sind, sondern dass es ein Diktat der Stromkonzerne ist. Die Politik ist gefordert, für die deutsche Industrie zu sorgen, dass es anders kommt, als es im Moment ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Bisher wird doch der Strom auch nicht in Hamburg produziert, er kommt aus Brunsbüttel – wenn das Kraftwerk nicht gerade stillgelegt ist –, aus Krümmel, aus Stade. Das sind alles Kraftwerke, die nicht im Hamburger Stadtgebiet liegen. Suchen Sie also nicht nach irgendwelchen an den Haaren herbeigezogenen Argumenten, um Ihre Entscheidung hier zu begründen. Die verfangen nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der letzte Punkt, das Thema Versorgungssicherheit. Wir

A beziehen aus Russland seit den Siebzigerjahren Gas, auch zu Zeiten des Kalten Kriegs, auch zu Zeiten der Nachrüstung, zu Zeiten, als sich die beiden Blöcke unversöhnlich gegenüber standen. Sie wollen doch nicht im Ernst behaupten, Herr Senator Gedaschko, dass zu Zeiten der damaligen kommunistischen Regime die Energieversorgung für den Westen sicherer war, als sie im Moment ist? Das würde mich zumindest sehr überraschen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ein weiterer Punkt ist die Energiebasis. Die Steinkohle, die hier verheizt wird, ist mitnichten eine heimische Energiebasis. Ihrem Freund Röttgers und anderen ist es zu verdanken, dass die heimische Energiebasis im Ruhrgebiet zugemacht wird, das heißt, wir verheizen Importkohle, die aus Südafrika oder sonst woher kommt.

(Doris Mandel SPD: China!)

Wir könnten uns über die Frage der Versorgungssicherheit trefflich unterhalten, weil es auch hier nicht die Möglichkeit gibt, von heute auf morgen wieder deutsche Vorkommen zu erschließen, wenn die Kohlebergwerke im Ruhrgebiet zugemacht worden sind. Also lassen Sie die Kirche im Dorf und erklären Sie uns hier und heute, warum Sie die Verdoppelung dieser Blöcke beschlossen haben. Diese Erklärung sind Sie uns schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Engels.

B **Hartmut Engels** CDU: Frau Präsidentin! Gerade zu Ihren letzten Argumenten, Herr Egloff, sei Ihnen Folgendes klar gesagt: Erstens ist die Steinkohle in Deutschland um ein Vielfaches teurer als jedes im Moment vorhandene Importangebot. Zweitens sind die Importangebote insbesondere für eine Hafenstadt ausgesprochen günstig, weil die Liefermöglichkeiten erheblich besser sind.

(Jürgen Schmidt SPD: Das war doch gar nicht die Frage!)

Das heißt, eine Steinkohleversorgung aus Deutschland ist allein schon wegen der Transporte erheblich schlechter als die Möglichkeiten, weltweit reichlich vorhandene Steinkohle über den Import zu nutzen. Mit anderen Worten, Herr Egloff, Ihr Argument, das die Preise betrifft, zieht an dieser Stelle überhaupt nicht.

Weil Sie die Grundsatzproblematik angesprochen haben, will ich Sie noch einmal daran erinnern, dass wir in den nächsten Jahren in Deutschland aufgrund der Abschaltung verschiedener Kraftwerke – nicht nur der Kernkraftwerke, sondern auch der überalterten anderen Kraftwerke – einen erheblichen Bedarf in Höhe von 40 bis 50 Gigawatt haben werden.

(Ingo Egloff SPD: Erklären Sie uns doch die Verdoppelung!)

Allein in Norddeutschland haben wir einen zusätzlichen Bedarf von 12 Gigawatt. Angesichts dieses Bedarfs bricht Ihr Argument von der Überkapazität in sich zusammen. Das ist nur ein vorgeschoßenes Argument, das letzten Endes ein Verdummungsargument ist.

(Beifall bei der CDU)

C Wir bleiben dabei, dass dieses Kohlekraftwerk – auch wenn das Argument schon mehrfach gebracht worden ist – insbesondere wegen der CCS-Technologie eines der fortschrittlichsten und modernsten Kraftwerke nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa – in der Welt sowieso – sein wird. Sie werden den Innovativstandort Deutschland blockieren, wenn Sie zu Moorburg in dieser Form Nein sagen. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Schaal hat an der CCS-Technologie herumgemäktelt.

(Zuruf von Dr. Monika Schaal SPD)

– Das können Sie aber sehr gut.

Wer garantiert mir, fragten Sie, dass es nicht zu Leckagen kommt? Wissen Sie, wie die Erdgasvorräte, von denen Sie schwärmen, gelagert sind? Genauso unter der Erde wie auch das CO₂ sein wird. Diese Technologie ist ausgereift. In den USA gibt es bereits seit vielen Jahren Erfahrungen damit, auf Norwegen wurde bereits hingewiesen. Es handelt sich hier um eine Energie der Zukunft. Die GAL setzt immer auf regenerative Energien. Wir hoffen auch darauf, aber es gibt insbesondere bei der Frage der Grundlastversorgung erhebliche Unsicherheiten, auf die Sie keine Antwort geben. Wegen dieser Unsicherheiten wollen Sie jetzt auf eine Innovation verzichten, die weltweit eine Zukunftshoffnung darstellt, insbesondere angesichts der CO₂-Problematik. Nein, auf Innovationen können wir – insbesondere, was die CO₂-Entsorgung betrifft – nicht verzichten. Das sollten Sie als Grüne auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

D Meine letzte Anmerkung. Mit dem Bau des Kraftwerks in Moorburg werden im Übrigen erhebliche wirtschaftliche Impulse für unsere Stadt gegeben. Es gibt zahlreiche neue Arbeitsplätze, 370 allein bei Vattenfall. Durch den Bau werden noch einmal – wenn auch nur während der Bauzeit – 2.000 Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Langfristig beziehungsweise mittelfristig sind wegen der besseren Energieversorgung noch einmal mehrere tausend Arbeitsplätze zu erwarten.

Hamburg braucht nicht nur Versorgungssicherheit, sondern auch preisgünstigen Strom. Sie wissen genau, dass das mit Ihren Alternativvorschlägen nicht zu machen ist. Sie betreiben letzten Endes einen unsozialen Akt, weil nämlich gerade die Ärmsten der Armen unter erhöhten und überhöhten Strompreisen leiden werden.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt sind Sie der Retter der Enterbten? – Michael Neumann SPD: Arbeiterführer Engels!)

Gehen Sie von Ihrem Weg ab und gehen Sie in sich, auch Herr Neumann. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3, Drs. 18/7076, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Gebühren-, Tarif-, Steuer-, Beitrags-, Miet- und Abgabenerhöhungen.

A [Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Gebühren-, Tarif-, Steuer-, Beitrags-,
Miet- und Abgabenerhöhungen
– Drs. 18/7076 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Am 9. November hieß Bürgermeister von Beust seine Antrittsrede als Bundesratspräsident. Es war eine eher seltene Rede, denn Ole von Beust kritisierte die politische Kaste in Berlin und im Politikbetrieb. Es war auch eine nachdenkliche Rede. Wir würden uns allerdings wünschen, dass diese Nachdenklichkeit und auch diese Selbstkritik dann angelegt werden, wenn es um Hamburger Politik geht.

(Beifall bei der SPD und *Christian Maaß GAL*
– *Michael Neumann SPD*: Das Stichwort "Nachdenklichkeit" gibt es für den Bürgermeister nicht!)

Erlauben Sie mir im Auftrag meiner Fraktion einige Anmerkungen zur Alltagsferne der CDU-Politik in Hamburg. Zunächst ein Zitat von Bürgermeister von Beust:

"Man kauft jeden Tag zu Essen und zu Trinken; geheizt werden muss den ganzen Winter lang; und ein bisschen vergnügen will sich jeder; ins Lokal gehen, ins Kino. Und all das ist teurer geworden. Und zwar deutlich."

Meine Damen und Herren, wer wollte bestreiten, dass es teurer geworden ist. Ja, es ist in der Tat alles teurer geworden, aber nicht nur die Produkte und Dienstleistungen der Wirtschaft, sondern auch alle öffentlichen Dienstleistungen in Hamburg.

(*Ingo Egloff SPD*: Das will er nicht mehr hören!)

Der CDU-Senat hat nahezu alles, was der Stadtstaat Hamburg an Dienstleistungen, an Produkten, was er auch immer zur Verfügung stellt, mit neuen Preisen versehen oder die Gebühren erhöht.

(*Jan Quast SPD*: Wucher!)

Nun kommen wir zu diesen Gebühren: Gebühren für Vorschulen, Gebühren für das Mittagessen in der Kita, Gebühren für Schulbücher, erhöhte Fahrtkosten, Gebühren für Kurse, Gebühren für die Jugendmusikschule, Studiengebühren, Verwaltungsgebühren für das Studium und Gebühren für Wohnheime für Obdachlose. Ja, es gibt sogar Gebühren, die kein einziger Fachpolitiker – zumindest keiner der SPD – bis vor Kurzem kannte. Oder wussten Sie, meine Damen und Herren von der CDU, dass es eine Gebühr für die Ausstellung des Abschlusszeugnisses der Hauptschule gibt, falls dort nach Ihrem Schulsystem welche ausgestellt werden?

(*Michael Neumann SPD*: Die werden ja immer weniger!)

Jeder einzelne dieser Posten ist hier diskutiert worden. Die Senatorinnen und Senatoren, die dafür zuständig waren, haben das immer kleingeredet, aber zusammengekommen stellt das eine Belastung dar. Nach Ihren eigenen Zahlen wird der gesamte Bildungsbereich jährlich mit circa 70 Millionen Euro Gebühren belastet. Das ist das, was Sie gemacht haben, und Sie werden nicht behaupten können, dass das ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit in dieser Stadt ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C Aber das ist nicht alles. Kommen wir zu dem, was Daseinsvorsorge in Hamburg ist. Daseinsvorsorge sind zum Beispiel Wohnungen und Mieten. Die Mieten der SAGA für den öffentlich geförderten Wohnungsbau stiegen im Jahre 2005 um 3,39 Prozent, im Jahre 2006 um 3,49 Prozent. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang wieder zu erwähnen, dass die SAGA 500 Millionen Euro an den Hamburger Haushalt abführt. Das muss vielleicht erwähnt werden, weil sich deutlich daran festmachen lässt, dass wir unsere eigenen Unternehmen manchmal weniger zur Daseinsvorsorge als vielmehr zur Geldschöpfung benutzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL
– *Wolfhard Ploog CDU*: Das ist ein alter Hut!)

Kommen wir zu einem weiteren Bereich der Daseinsvorsorge, zum Hamburger Verkehrsverbund. 2005 gab es eine Tarifsteigerung in Höhe von 4,55 Prozent und 2006 in Höhe von 3,6 Prozent. Nun vergleichen Sie mit mir die durchschnittliche Steigerung der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren und die Entwicklung der Reallöhne in Hamburg. Die durchschnittliche Steigerung der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren war 2004 etwa 2 Prozent, 2005 1,7 Prozent, die Gehaltsentwicklung in Hamburg war 2004 minus 0,6 Prozent und 2005 plus 1,7 Prozent. Da Sie genauso gut rechnen können wie ich, werden Sie auch zu dem Ergebnis kommen, dass die durchschnittlichen Gebühren, Abgaben und Entgelterhöhungen – schlicht die staatlich administrierten Preissteigerungen – in Hamburg schneller gewachsen sind als die Realeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch als die allgemeinen Preissteigerungen für Lebenshaltung in der ganzen Republik. Das ist mindestens diskussionswürdig.

D

Vor diesem Hintergrund möchte ich Herrn von Beust erneut zitieren:

"Viele haben Recht, wenn sie sagen, dass vom Aufschwung nichts bei ihnen ankommt."

In der Tat, bei diesen staatlich administrierten Preisen kommt vom Aufschwung in dieser Stadt bei den Leuten, die auf einen starken Staat, auf einen Staat, der Verteilungsgerechtigkeit herstellt, angewiesen sind, nichts an. Wie sollte es auch?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Aufschwung in Hamburg ist in den Hamburger Staatskassen angekommen. Wir haben die besten Steuereinnahmen seit Jahren. Wir haben viel Geld und nicht nur die Einnahmen sind gesprudelt, sondern auch die Ausgaben dieses Senats. Sie haben in diesem Jahr 450 zusätzliche Millionen für Projekte ausgegeben. Sie haben 17 Millionen Euro – ursprünglich geplante Einsparungen – schlicht und ergreifend storniert. Sie haben mit der Konsolidierung aufgehört. Warum sage ich das? Alles das, was Sie an den Hamburger Schulen gemacht haben – Gebühren für Vorschulen, Gebühren für Mittagessen, Gebühren für Schulbücher, Fahrtkosten, Jugendmusikschule und so weiter –, kostet nicht mehr als 14 Millionen Euro. Sie hatten zwar Geld für 450 Millionen Ausgaben und Sie hatten Geld, um das Galoppperdy zu unterstützen, damit die Preisgelder erhöht werden konnten, aber ein soziales Herz, um 14 Millionen Euro zurückzunehmen, das hatten Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

A Ich sage Ihnen das auch vor folgendem Hintergrund. Ich zitiere wieder Ole von Beust. Einige von Ihnen werden sich vielleicht sehr entfernt daran erinnern, weil es mit der heutigen Realität so wenig zu tun hat. Am 29. Juli 2002 sagte Ole von Beust, er schließe eine Erhöhung von Steuern und Gebühren kategorisch aus.

Wohl dem, der es geglaubt hat. Gemacht haben wir in Hamburg etwas anderes.

Lassen Sie mich zu einem dritten Bereich kommen. Es gibt ein weiteres schönes Zitat von Ole von Beust und dieses Zitat lautet:

"Gute Politik erkennt man ihrer Alltagstauglichkeit."

Es stellt sich dann doch die Frage nach der Alltagstauglichkeit der CDU-Politik. Ist es alltagstauglich, wenn der Alltag von Familien mit Kindern in dieser Stadt nicht verbessert, sondern erschwert wird? Ist es alltagstauglich, wenn in einer Zeit, in der wir bundesweit über die Schwierigkeiten von Familien mit Durchschnittseinkommen diskutieren, Ihre Schwesterpartei über Erziehungsgeld und Entlastung von Familien und wir beide in der Großen Koalition über die Anhebung der Kindergelder diskutieren? Ist die Politik, die Sie hier betreiben, alltagstauglich? Mit der einen Hand geben und auf der anderen Seite diskutieren, dass vielleicht etwas genommen wird, so verhalten Sie sich.

Diese Politik ist nicht alltagstauglich, sie ist auch nicht sozial gerecht.

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

B Eine Politik, die nicht sozial gerecht ist, kann auch nicht alltagstauglich sein. Das, was Bürgermeister von Beust an der Politik der Bundesrepublik kritisierte, kann auf die CDU-Politik in Hamburg übertragen werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden es Ihnen am Wahltag schriftlich geben, was sie von der Alltagstauglichkeit Ihrer Politik halten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Zuckerer, das war eine Multi-funktionsrede. Wenn man in der Aktuellen Stunde nicht zum Zuge kommt, dann kann man in der nächsten Debatte noch einmal die gleiche Rede halten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Sehr richtig! Sehr klug! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Mal sehen, was Ihre Rede so taugt!)

Ansonsten war das ein ganz netter Vortrag, viel Rhetorik, aber inhaltlich war das in meinen Augen eher die Liga von Münchhausen. Das hatte etwas mit Alltagsferne zu tun. Ich hatte mich schon gewundert, als Sie das Thema angemeldet haben. Insofern ist die Spannung nicht allzu groß gewesen, denn es kam so, wie es kommen musste.

Zum Thema Gebühren möchte ich sagen, dass sie sich im Vergleich zu den allgemeinen Lebenshaltungskosten insgesamt moderat entwickelt haben. Insofern sind Ihre Aussagen dazu falsch, Herr Zuckerer.

Ich nenne als Beispiel die Lernmittelfreiheit. Was Sie aus Ihrer Zeit als Lernmittelfreiheit hinterlassen haben, ist in

C meinen Augen unzumutbar gewesen. Die Schulbüchereien waren nicht einmal mehr ein Antiquariat, das war mehr Bücherflohmarkt als alles andere. Ich habe in einigen Schulbüchereien Bücher aus meiner Schulzeit entdeckt und sie waren an den Stellen, an denen Namensstempel standen, von oben bis unten beschrieben.

(Beifall bei der CDU)

Dem geben Sie dann den Namen Lernmittelfreiheit. Das ist ja eine tolle Sache gewesen.

(*Gerhard Lein SPD*: Und Sie sagen den Eltern, sie sollen bezahlen!)

Natürlich ist es eine Belastung, das ist klar, aber endlich haben die Hamburger Schulen ordentliches Unterrichtsmaterial.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Lernmittelfreiheit – das trifft auch auf andere Bereiche zu – war sozialistische Mangelwirtschaft und davon hat keiner etwas.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Sie wissen gar nicht, hinter welchen Bedingungen die Menschen in der DDR leben mussten, Sie Lümme! Eine Frechheit!)

Sie haben auch den Bereich Kindertagesstätten kritisiert. Wir haben die Rechtsansprüche ausgebaut und wir haben in den Kitas sehr viel mehr Kinder als noch vor einigen Jahren. Der Etat ist gewachsen. Wir haben in das Wachstum und in die Qualität investiert. Das ist eine gute Sache.

D Ihr Spitzenkandidat sagt, er macht alles rückgängig und will alles abschaffen, was dort eingeführt worden ist, über die Finanzierung wird wenig gesagt. Ihre Finanzierungsvorschläge sehen neue Schulden vor. Das heißt also, dass die Kinder, die heute in der Kindertagesstätte sind, morgen ihr Mittagessen mit Zins und Zinseszins zurückbezahlen. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrer Verschuldungsstrategie kann ich nur sagen, nein, für Hamburg hat sich das Sparen gelohnt. Null Neuverschuldung, die erste Million Altschulden ist getilgt

(*Michael Neumann SPD*: Das ist doch auch falsch! Das ist auch die Unwahrheit!)

und Sie stehen mit Ihren haushaltspolitischen Ideen ganz fest mit beiden Beinen auf den Wolken, aber mehr auch nicht.

Es ist wichtig, dass wir in bestimmte Bereiche investieren. Das tun wir auch. Das haben wir mit dem Schwerpunkt Bildung gemacht, wir nennen das die Bildungswende.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Wir haben das Hamburger Schulsystem klar gestärkt und das ist sehr wichtig.

(*Michael Neumann SPD*: Das ist ja fast so wie der Schwerpunkt von Herrn Nagel!)

Ihre Einwände gehen in meinen Augen an der Realität vorbei. Sie kritisieren die SAGA, die Mieterhöhungen bewegen sich aber im Rahmen der allgemeinen Mietenentwicklung. Sie können nicht immer den allgemeinen

A Lebenshaltungsindex nehmen, sondern die Erhöhungen sind durchaus im Rahmen.

Auch der Verkehr ist insgesamt teurer geworden. Das hängt aber mit den hohen Energiepreisen zusammen. So könnte man Bereich für Bereich nehmen.

(*Michael Neumann SPD:* Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden! Wer hat Sie zur Rede eingeteilt?)

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Gebühren und Abgaben in Hamburg insgesamt eher moderat gestiegen sind. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Danke, Frau Präsidentin! Ja, Herr von Frankenberg, das war eine relativ schwache Verteidigung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Irgendetwas musste gesagt werden, aber es war angesichts globaler Daten nicht eindringlich, wenn man auf das eine oder andere zerfledderte Schulbuch hinweist. Man muss dann auf der Ebene globaler Daten schon einmal versuchen zu argumentieren.

Mir ist anhand der Daten aufgefallen, die von Herrn Zuckerer und aus der SPD-Fraktion erfragt und die vom Senat gegeben worden sind, dass man, wenn man die Steigerungen addiert, die der Senat im Bereich der Bildungskosten verantwortet – Gebühren für Vorschule, Studiengebühren, Mittagessenpauschale, Schulbücher –, auf jährlich 61,8 Millionen Euro kommt, um die Bildung für Hamburgerinnen und Hamburger teurer geworden ist. Um sich eine Vorstellung von dieser Summe zu machen, nenne ich Ihnen eine andere Zahl, die auch in der Anfrage steht. Die Vermietung von einem Zehntel der Hamburger Gesamtfläche, einschließlich aller Kaimauern, bringt der Stadt Hamburg 57,4 Millionen Euro. Das heißt, die pure Verteuerung der Bildungskosten liegt um etwa 4 Millionen Euro höher, als die komplette Hafenwirtschaft für die Nutzung von einem Zehntel der Hamburger Fläche zahlt.

(*Wilfried Buss SPD:* Hört! Hört!)

Sie zahlt dafür, dass wir fast 50 Prozent unserer Investitionssumme jährlich dort investieren. Bis zum Jahr 2015 will der Wirtschaftssenator 3 Milliarden Euro hinein geben, damit die Hafenwirtschaft 57 Millionen Euro – dann vielleicht 60, 65 Millionen Euro – zahlt, also jährlich nicht einmal so viel wie zusätzlich die Bildung kostet.

Wenn ich noch alter Sozialdemokrat oder alter Linksräder wäre, würde ich sagen, dass das wirklich Klassenpolitik ist.

(Beifall bei der GAL)

Aber so drücke ich mich heute nicht mehr aus. Auch die Sozialdemokraten tun das nicht mehr, da sie mehr als wir Liebhaber dieser hohen Hafensubventionen sind.

(*Bernd Reinert CDU:* Jetzt mutieren wir zum Milchmädchen!)

Ich halte nicht so viel von der Subventionierung des Kapi-

tals. Das sieht aber der übrige Teil des Hauses anders.

C

Bei diesen Zahlen muss man sich im Klaren sein, dass im Hafen angesichts dieser wirklich guten Subventionen in den letzten Jahren beispiellose Gewinne erzielt werden. Die Reedereien boomen,

(*Olaf Ohlsen CDU:* Darüber sind wir froh!)

die deutschen Schiffahrtslinien vergrößern sich, ein Schiffahrtsfonds nach dem anderen wird aufgelegt und der Umschlag explodiert. Das ist alles wunderbar.

Wenn Sie jetzt einmal auf die Arbeitnehmereinkommen in Hamburg schauen, wie diese sich von 2000 bis 2006 entwickelt haben, dann gibt der Senat für diesen Zeitraum eine Steigerung von plus 6,6 Prozent an. Die Preissteigerung im gleichen Zeitraum lag bei plus 18,7 Prozent, die man als Verbraucherinnen und Verbraucher zu tragen hatte.

Das heißt, allein durch die allgemeine Preisentwicklung in diesen sechs Jahren gemäß den Zahlen, die ich nicht erfunden habe – der Senat hoffentlich auch nicht, sondern diese wirklich aus den Statistiken genommen hat –, gab es bei den Arbeitnehmern eine Minderung des verfügbaren Einkommens von etwa 12 Prozent. In den Portemonnaies der Hamburgerinnen und Hamburger hat also tatsächlich eine Verknappung des Geldes um circa 12 Prozent stattgefunden, wenn Sie das Realeinkommen berechnen.

(**Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** übernimmt den Vorsitz.)

Die Leute leben ja nicht davon, dass sie sich die Scheinen ansehen, sondern sie wollen von den Scheinen etwas kaufen können. Das ist trotz ihrer Lohn- und Gehaltssteigerung um 12 Prozent weniger geworden. Das natürlich im Durchschnitt, weil es unterschiedliche Bewegungen sind, denn bei dem einen ist es mehr, bei dem anderen weniger. Ich rede genauso wie der Senat von Durchschnittsgrößen.

D

Dann sehen wir gleichzeitig, dass diese Preissteigerung von 18,7 Prozent besonders von den Mietsteigerungen getrieben wird, und das nicht nur im Bereich der privaten Wohnungen, sondern auch im Bereich der öffentlich geförderten Wohnungen.

Beispielsweise stiegen die SAGA-Mieten im Jahre 2005 für nicht preisgebundene Wohnungen um 0,6 Prozent und für preisgebundene geförderte Wohnungen um 3,4 Prozent. Was lernt man daraus? Je ärmer du bist, je stärker steigt die Preisentwicklung in den letzten Jahren. Das muss man einfach so sehen, denn das ist ungefähr das Sechsfache.

Seit 2005 ist diese Diskrepanz etwas gemindert, aber es verhält sich immer noch so, dass die nicht preisgebundenen Wohnungen mit 2,5 Prozent und die preisgebundenen Wohnungen mit 4,74 Prozent gestiegen sind. Das heißt, in diesem allgemeinen Preisniveau, das für Arbeitnehmer deutlich gestiegen ist, spielt die Steigerung der vom Senat zu verantworteten Mietausgaben eine besondere Rolle.

Wenn Sie sich jetzt noch überlegen, wofür eigentlich die SAGA diese zusätzlichen Mieteinnahmen benötigt hat, dann kommen wir wieder auf die Erwähnung von Herrn Zuckerer zurück.

500 Millionen Euro sind aus der SAGA herausgezogen

A werden, weil die SAGA die GWG kaufen musste. Woher sollte die SAGA dieses Geld nehmen, wenn nicht aus den Mieten ihrer Mieterinnen und Mieter? Daher sind diese Mieten auch überdurchschnittlich gestiegen.

Jetzt dürfen Sie noch raten, wohin diese 500 Millionen Euro, die aus der SAGA gekommen sind, größtenteils gelandet sind?

(Michael Neumann SPD: Im Hafen!)

Diese 500 Millionen Euro sind in das Sonderinvestitionsprogramm geflossen, wovon über 50 Prozent in den Hafen investiert worden sind.

(Michael Neumann SPD: Gott sei Dank! – Beifall bei der GAL)

Das ist doch eine richtige großartige Umverteilungsgeschichte, die dort organisiert worden ist. Die Mieterinnen und Mieter in der SAGA finanzieren zu einem erheblichen Teil die Kaimauererweiterung im Hafen und die Subventionierung unserer Hafenpolitik. Das findet statt und nennt sich sozusagen alltagstaugliche CDU-Politik.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist sozial!)

An diesem Punkt ist mir die Zufriedenheit bei beiden großen Parteien des Hauses viel zu groß und ich bin der Meinung, dass es ein andauernder politischer Skandal ist, dass wir uns diese Subventionierung erlauben. Wenn es schon eine EU gibt, muss sie hiermit bei den großen Hafenstädten Europas endlich mal Schluss machen.

(Beifall bei der GAL)

B Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Egloff hat das Wort.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass wir in Fragen der Hafenfinanzierung zum Teil eine andere Auffassung haben als Herr Dr. Maier sie hier dargelegt hat, ist in diesem Hause allgemein bekannt.

(Jens Kerstan GAL: Das sehen wir alle so!)

Hinsichtlich der Frage Kaimauer- und Flächenmieten gebe ich Ihnen allerdings recht, dass wir zukünftig kostendeckende Mieten von den Unternehmen erhalten müssen. Das haben wir im Ausschuss mehrfach erörtert und ich glaube, dass wir alle im Hause der gleichen Meinung sind, dass, wenn gut verdient wird, die Unternehmen auch entsprechende Preise zu bezahlen haben. Aber ich gehe davon aus, dass das nicht das Problem in dieser Debatte ist.

(Beifall bei der SD und vereinzelt bei der GAL)

Ich will einmal das aufnehmen, was Herr von Frankenberg Herrn Zuckerer vorgeworfen hat. Herrn Zuckerer ist vorgehalten worden, dass seine Ausführungen eine gewisse Alltagsferne darstellen würden. Ich weiß nicht, wer hier ferner vom Alltag ist, Sie, Herr von Frankenberg, oder Herr Zuckerer. Ich glaube, wenn Herr Zuckerer kritisiert, dass Eltern im Jahr 100 Euro an Büchergeld oder bis zu 192 Euro pro Monat Vorschulgebühren zu bezahlen haben, dann sind sie sich im Alltag sehr wohl bewusst, was das für ihr Haushaltsbudget bedeutet. Und nicht wir sind diejenigen, die sich von der Realität dieser Stadt entfernt haben, sondern Sie von der CDU sind es, die sich entfernt haben.

(Beifall bei der SPD)

C

Ich glaube kaum, Herr von Frankenberg, dass eine Mutter oder ein Vater, die zweimal im Jahr 500 Euro an Studiengebühren aufzubringen haben, das als moderate Entwicklung der Gebühren in dieser Stadt ansehen, sondern sie empfinden das als einen Griff in ihre Haushaltsskasse. Alle anderen beschriebenen Preissteigerungen und die Tatsache, dass Reallöhne in der Mittelschicht seit vielen Jahren nicht mehr gewachsen sind, führt letztendlich dazu, dass bis in die Mittelschicht hinein in einer Art und Weise den Menschen in die Tasche gegriffen wird, die sozialpolitisch nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Unanständig!)

Uns in diesem Zusammenhang sozialistische Mangelwirtschaft vorzuwerfen, ist wirklich blödsinnig und zeugt nur davon, dass Sie kein Geschichtsbewusstsein haben und sich nicht damit auskennen, was auf der anderen Seite der Mauer bis 1989 los war.

(Wolfhard Ploog CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

– Wie meinen Sie denn das, werter Herr Kollege?

(Wolfhard Ploog CDU: So wie ich es gesagt habe!)

– Sind wir wieder in der Zeit, nach dem Motto: Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau? Ich habe gedacht, dass selbst die CDU das überwunden hätte. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Der platte Antikommunismus scheint bei Ihnen immer noch in den Köpfen zu stecken und die Realitäten ein bisschen zu vernebeln.

(Beifall bei der SPD)

D

Dann wird erklärt, dass die Qualität in den Kindertagesstätten erhöht worden sei. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Eltern das bestätigen können, nachdem sie haben feststellen müssen, dass die Gruppengrößen erhöht worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Dann komme ich zu Ihrer moderaten Schuldenpolitik, bei der Sie behaupten, dass Sie keine Schulden mehr aufnehmen würden. Der Kollege Zuckerer hat vor einigen Tagen nachgewiesen, wie es aussieht. Wenn in diesem Jahr 600 Millionen Euro aufgenommen, aber auf das Jahr 2006 zurückgebucht werden, dann kann ich mich auch hinstellen und sagen, dass 2007 keine Schulden aufgenommen worden sind. Aber diese Taschenspielertricks durchschauen auch die Bürger und Sie werden damit nicht durchkommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, dass auch die Mieten in dieser Stadt steigen, liegt doch daran, dass Sie eine verfehlte Wohnungsbaupolitik betreiben.

(Michael Neumann SPD: Gar keine!)

Wie viele Wohnungen werden denn noch gebaut? Das ist doch fast an zehn Fingern abzuzählen. Kehren Sie zu den Zeiten zurück, als wir Wohnungsbaupolitik in dieser Stadt betrieben haben. Von 1991 bis 2001 sind in dieser Stadt 75.000 neue Wohnungen gebaut worden. Das hat seinerzeit dazu geführt, dass wir anders als in anderen deutschen Städten, wie beispielsweise in München, keinen Wohnungsmangel hatten und die Mieten Anfang

A 2000 sogar zurückgegangen und nicht gestiegen sind, wie im Moment. Auch das ist Ausdruck Ihrer falschen unsozialen Politik in dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Kruse hat das Wort.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Egloff, Herr Zuckerer hat keinen Beweis erbracht, sondern eine Behauptung aufgestellt und das ist schon mal ein Unterschied. In einem haben Sie natürlich recht, nämlich, dass der Bürger es nur der Partei abnimmt, die wirklich Haushaltssolidierung macht und nicht, wenn wir das jetzt kurz vor den Wahlen erfunden hätten.

(*Ingo Egloff SPD*: Der Bürger hat mehr Ahnung als Sie!)

In den Debatten, die wir seit 2001 in der Haushaltspolitik geführt haben, wurde uns ständig vorgeworfen, dass die Zahlen nicht stimmen und dass wir sie nicht erreichen können. Aber alle Zahlen, die wir versprochen haben, haben wir erreicht.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Mit Taschenspieltricks!)

– Taschenspieltricks haben den Nachteil, dass sie sich enttarnen, sobald man das Rednerpult verlässt.

(*Michael Neumann SPD*: Sie enttarnen sich am Rednerpult!)

B Die Bertelsmann-Stiftung ist sicherlich eine Einrichtung, die in der Lage ist, normale Taschenspieltricks zu enttarnen, selbst wenn sie so elaboriert wie die von der CDU sind. Wir sind aber gelobt worden.

Das ist das Schöne, dass Einrichtungen, die in der Regel Ihnen oder den Grünen nahestehen uns immer loben, wie beispielsweise das Wuppertal-Institut in der Klimapolitik. Sie sagen stets, beispielsweise zu Berlin, Bremen oder zum Saarland: Schaut nach Hamburg, so wird es gemacht. Bayern fällt nicht darunter, das gebe ich zu, aber daran arbeiten wir.

Herr Egloff, Sie haben ein bisschen auf die Tonne gehauen, dass wir so platt und antikommunistisch wären. Aber was das betrifft, müssen Sie noch viel von dem Kollegen Dr. Maier lernen.

(*Ingo Egloff SPD*: Sind wir hier in der Schule?)

Schauen Sie sich einmal diese Inszenierung an. Zuerst kommt er leicht selbstironisch mit dem Klischee, dass er einmal Klassenkämpfer war. Dann ist selbst das Äußere heute wieder so richtig passend dafür, dass er Erinnerungen an Brecht und so weiter erweckt.

(*Christa Goetsch GAL*: Hochpeinlich!)

Das ist dann durchaus einmal ein Kompliment in der Analyse.

(*Gerhard Lein SPD*: Kommen Sie mal zum Thema!)

– Das werde ich schon. Ich wollte Sie erst einmal wachrütteln. Das haben wir doch geschafft.

(*Gesine Dräger SPD*: Warum haben Sie sich eigentlich gemeldet?)

Der Unterschied zu dem, was Sie früher gemacht haben, ist, dass wir weder Unternehmen nach Kassenlage verkaufen, noch Gebühren nach Haushaltsslage erhöhen, so wie es gerade benötigt wird. Wir haben jede Gebührenerhöhung mit einer Leistungsverbesserung verbunden. Warum haben wir das getan? Weil wir uns natürlich gegenüber dem Geld des Bürgers schwer verpflichtet fühlen.

Wenn Sie beispielsweise die Studiengebühren ansprechen, so werden diese Gebühren zur Qualitätsverbesserung an den Universitäten eingesetzt.

(*Gerhard Lein SPD*: Umverteilung!)

Das wird von der Mehrzahl der Studierenden begrüßt, weil diese Verbesserungen spürbar sind.

Bei jeder Gebührenerhöhung haben wir uns genau gefragt, ob sie nötig ist und wir sie auch rechtfertigen können, denn Gebührenerhöhungen sind immer unpopulär. Wir können die vorgenommenen Gebührenerhöhungen rechtfertigen.

(*Aydan Özoguz SPD*: Man kann alles rechtfertigen!)

Erinnern Sie sich noch an die Aufregung unter den CDU-Wählern, als wir die Grundsteuer erhöht haben? Sie haben sich zwar nicht bei uns beschwert, aber sie haben uns auch nicht unterstützt, was wir nicht erwarten konnten. Aber wie Sie sehen, trifft es uns alle und jeder muss seinen Beitrag leisten. Aber wir fühlen uns sehr verantwortlich dafür, was wir in Hamburg mit dem Geld der Bürger machen.

(Beifall bei der CDU)

Das war so in den letzten sechs Jahren und es bleibt auch die nächsten vier Jahre so. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Zuckerer hat das Wort.

(*Bernd Reinert CDU*: Walter, das wäre doch nicht nötig gewesen!)

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil mich einiges ärgert. Lesen Sie doch einfach mal die Vorlagen Ihres Senats.

Aus diesen Vorlagen geht hervor, dass die durchschnittliche Gebührensteigerung über alle möglichen Gebühren in dieser Stadt in der Regel pro Jahr jenseits der 2 Prozent lag, während die durchschnittliche Lebenshaltungskostensteigerung in den letzten fünf Jahren höchstens 2 Prozent betrug. Also, sämtliche Gebühren in Hamburg mit ganz geringen Ausnahmen – und das sind wirklich zu vernachlässigende Gebühren – sind stärker gestiegen, als alle anderen Preissteigerungen, die wir zu verzeichnen hatten. Das mögen Sie – wie auch immer – begründen, aber dass es Fakt ist, können Sie bitte schön nicht abstreiten. Hierüber muss man sich dann vielleicht einmal auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD)

A Hamburg ist ein Stadtstaat und dieser Stadtstaat administriert in vielfacher Weise Daseinsvorsorge sowie auch Preise und Gebühren. Wenn das in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auseinanderläuft, dann gibt es ein Problem. Über dieses Problem können wir auch sachlich diskutieren, aber wir können es nicht einfach wegleugnen, denn es existiert.

Die staatlichen Preise in diesem Stadtstaat sind bundesweit überdurchschnittlich gestiegen. Hierfür gibt es in einigen Teilen Begründungen. Aber dass sie die Bevölkerung nicht belasten, können Sie wirklich nicht behaupten.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Willfried Maier und Claudius Lieven, beide GAL)

Dann kommen wir zu etwas anderem, vielleicht zu etwas Prinzipiellerem als zu oberflächlichen Diskussionen. Die Bürger dieser Stadt sowie auch die Bürger in der Republik zahlen Steuern und sie zahlen diese Steuern zunächst einmal, um einen Rechts- und Sozialstaat zu erhalten, der ihnen staatliche Dienstleistungen liefert und der ihnen Garantien gibt. Das muss zumindest in den Kernbereichen der Politik gebührenfrei und durch Steuern finanziert sein.

(Beifall bei der SPD)

Das muss im Übrigen auch in den Kernbereichen der Daseinsvorsorge transparent und sozial verträglich sein, soweit ein Staat überhaupt noch Daseinsvorsorge betreibt. Und das ist eigentlich das Thema unserer heutigen Debatte. Ein Problem ist der Sektor Bildung, ein Kernbereich der staatlichen Daseinsvorsorge. Hierüber könnten Sie mit uns vielleicht diskutieren, ob er ein Kernbereich der Chancengerechtigkeit ist oder nicht. Wenn er das ist, dann sind dort Gebühren normalerweise nicht zulässig, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es geht nicht nur darum, dass Sie Gebühren erhoben haben, um irgendeine Um- oder Zwischenfinanzierung vorzunehmen, sondern es geht um etwas ganz anderes. Vielleicht wird es Ihnen mit einem anderen Beispiel deutlicher.

Alles, was Sie an Gebühren erheben, führt dazu, dass gewisse staatliche Dienstleistungen eine Ware geworden sind, was im Übrigen auch für eine gewisse Daseinsvorsorge in dieser Gesellschaft gilt. Das war einmal modern und nannte sich Entstaatlichung beziehungsweise weniger Staat. Aber im Bildungsbereich Gebühren zu erheben, macht Bildung zu einem Teil von Ware. Und hier sind wir als SPD entschieden dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht auch nicht nur darum, ob diese Gebühren für einige Bereiche tragbar sind und für andere vielleicht nicht. Es geht hierbei um Chancengerechtigkeit, die beeinflusst wird, weil staatliche Dienstleistungen hohe Preise erhalten und nichts anderes haben Sie gemacht. Sie haben in dieser Stadt einen Teil Daseinsvorsorge zur Ware gemacht. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt empfinden das auch gar nicht anders, als dass sie für eine Ware zu bezahlen haben, die im Übrigen, was die Qualität in den Kindertagesheimen, Vorschulen und in unseren Schulen betrifft, zum Teil richtig schlecht ist, um das mal deutlich zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

C Es ist doch eine schlichte Behauptung, dass Sie sich hier hinstellen und erklären, dass Sie die Qualität verbessert haben. Bei den Hochschulen wollen Sie die Qualität noch verbessern. Das mag sein, aber wo haben Sie denn in den letzten Jahren die Qualität in den Schulen verbessert? Jetzt, kurz vor der Wahl haben Sie etwas verbessert. Wir haben aber die höchsten Frequenzen in der Republik. Dann können Sie nicht behaupten, dass durch die Gebührenerhöhung alles besser geworden ist, wenn wir ein System haben, von dem sogar Ihr eigener schulpolitischer Sprecher der Meinung ist, dass es so nicht weitergeht. Das ist doch Quatsch.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, was der Staat in dieser Stadtgesellschaft zu verantworten hat. Er muss wissen, welches die Kernbereiche sind und er muss dafür sorgen, dass alle Bürger die gleichen Chancen erhalten, ohne hierfür zusätzliche Preise zu bezahlen.

Mit anderen Worten: Das, was Sie in den letzten vier Jahren in verschiedenen Bereichen vorgenommen haben – jetzt völlig unabhängig von der Finanzpolitik –, betrifft wirklich eine gesellschaftspolitische Frage. Und hier haben Sie sich in vielen Kernbereichen der Politik in Hamburg der sozialen Verantwortung für Daseinsvorsorge ungefähr so entledigt, wie ein Baum, bei dem im Herbst die Blätter fallen. So schnell ging das bei Ihnen und das stecken Sie sich mal hinter Ihre Ohren.

(Beifall bei der SPD)

D **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drs. 18/7076 besprochen worden ist.

Wir kommen zum Punkt 28 der Tagesordnung, Drs. 18/7303, Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", hier: "Stadthaushotel HafenCity" – Neubau eines integrativen Hotels mit dem Standort HafenCity.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010",
hier: "Stadthaushotel HafenCity"
– Neubau eines integrativen Hotels mit
dem Standort HafenCity
– Drs. 18/7303 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Roock, bitte.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag unterstützt die CDU-Fraktion den Verein Jugend hilft Jugend bei seinem Vorhaben, ein sogenanntes integratives Stadthaushotel in unserer HafenCity zu errichten.

(Dr. Monika Schaal SPD: "Unserer", was ist das denn?)

Wir haben beschlossen, aus dem Volumen des Investitionsfonds "Hamburg 2010" 1 Million Euro als Investitionszulage für den Neubau des Stadthaushotels HafenCity zur Verfügung zu stellen. Ich bin sicher, dass diese Ausgabe für den sozialen Bereich eine gute Investition ist.

A (Beifall bei der CDU)

Das Konzept des integrativen Stadthaushotels überzeugt auf der ganzen Linie. Bereits in den letzten Jahren konnten wir umfangreiche Erfahrungen mit dem Stadthaushotel in Altona sammeln, die uns in unserer Entscheidung bestärkt haben.

Im Stadthaushotel Altona werden geistig, körperlich und psychisch Behinderte sowie Drogenabhängige beschäftigt und das zweifelsfrei mit sichtbarem Erfolg.

Das Integrationskonzept ist insgesamt mit folgenden Zielen verbunden: Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor für Menschen mit Handicaps, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Anstellung finden, Eröffnung beruflicher und persönlicher Perspektiven für behinderte Menschen, Förderung der Integration und des Zusammenlebens von Behinderten und Nicht-Behinderten.

Hierbei soll durch eine insgesamt marktwirtschaftliche Orientierung die Schaffung nachhaltiger, sicherer und dauerhafter Arbeitsplätze erreicht werden, sodass das Hotel langfristig Menschen mit einem Handicap Perspektiven für die Integration und Akzeptanz ermöglicht. Es ist also eine gute Sache.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bereits erwähnt, dass die bisherigen Erfahrungen in Altona deutlich positiv sind. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind leistungsbereit und erfüllen die ihnen übertragenen Arbeiten zu aller Zufriedenheit.

B Was sich aber darüber hinaus vor allem feststellen lässt, ist, dass sich ein Hotelbetrieb ganz offensichtlich in besonderer Weise für die Beschäftigung von behinderten Menschen eignet. Hierbei führt die erforderliche barrierefreie Gestaltung für die Mitarbeiter eines Integrationshotels dazu, dass Gäste mit einem Handicap und/oder Mobilitätseinschränkungen auf besondere Weise willkommen sind.

Die heutige HafenCity als Europas größtes innerstädtisches Stadtentwicklungskonzept stellt eine Erweiterung unseres Stadtzentrums mit Hafenambiente und Wasserräumen für gemischte Nutzungsmöglichkeiten von rund 40 Prozent dar. Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung werden miteinander in Einklang gebracht. Das Nachfragepotenzial dieses Standorts ist von seiner besonderen Lage im Herzen Hamburgs und der attraktiven Nähe zur Innenstadt geprägt. Die HafenCity ist somit geradezu ideal als Standort für ein weiteres integratives Stadthaushotel geeignet. Wir haben das erkannt und unterstützen daher dieses Projekt.

(Beifall bei der CDU)

Der Verein Jugend hilft Jugend, der die Trägerschaft des Projekts übernehmen wird, hat einmal mehr ein durchdachtes Konzept vorgelegt, das aus unserer Sicht unbedingt zu fördern gilt. Vorgesehen sind ein integrativer Hotelbetrieb der Drei-Sterne-Kategorie mit circa 80 Zimmern, ein Restaurant mit circa 120 Sitzplätzen, ein Konferenz- und Festsaal sowie ein Tagungsraum. Das Hotel soll insbesondere Menschen mit Handicaps und Mobilitätseinschränkungen einen hohen Komfort bieten.

Im Rahmen eines Konzepts des sozialen Tourismus sollen neben Menschen mit Behinderungen auch ältere Menschen angesprochen werden, die nicht mehr so mobil

C sind. Darüber hinaus wird das neue Hotel ähnlich zu seinem Partner in Altona Menschen mit einem Handicap einen attraktiven Arbeitsplatz bieten. Insgesamt sollen 90 neue Arbeitsplätze entstehen, davon circa zwei Drittel für Menschen mit und ein Drittel für Menschen ohne Behinderung.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr, dass meine Fraktion beschlossen hat, dem Verein Jugend hilft Jugend bei diesem besonderen Projekt mit 1 Million Euro zu unterstützen. Es ist nicht nur ein Zeichen von gelebter Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben, sondern wird auch dazu beitragen, gerade im neuen Stadtteil HafenCity den Blick auf den Beitrag einer klugen Flächennutzungspolitik zu einer gelungenen ganzheitlichen Stadtentwicklung zu richten.

Mein Dank gilt allen Beteiligten in den Behörden der HafenCity GmbH und dem Trägerverein, dass die Gespräche und Planungen inzwischen soweit gediehen sind, dass wir den Investitionskostenzuschuss heute in der Bürgerschaft auf den Weg bringen können. Mein Dank gilt auch insbesondere dem Senat, angefangen vom Ersten Bürgermeister und allen beteiligten Fachsenatoren, die dieses Projekt in vielfältiger Weise mit vorangetrieben haben und weiterhin unterstützen werden.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam dieses großartige Projekt zu einem guten Abschluss bringen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

D **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe:** Herr Kienscherf hat das Wort.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Roock, vielen Dank, dass Sie das Konzept des Trägers noch einmal in aller Ausführlichkeit vorgelesen haben. Ich kann einleitend schon einmal feststellen, dass wir Sozialdemokraten dieses Konzept natürlich unterstützen,

(*Bernd Reinert CDU: Das genügt voll und ganz!*)

denn insbesondere das erste Konzept und das erste Hotel in Altona wurde von unseren sozialdemokratischen Bürgermeistern Henning Voscherau und Ortwin Runde unterstützt und ist ein erfolgreiches Projekt geworden.

(Beifall bei der SPD)

Daher werden wir dieses Projekt unterstützen und wir danken in diesem Zusammenhang dem Träger Jugend hilft Jugend, dass sie den langen Atem bewiesen haben, über Jahre hinweg dieses Projekt weiter zu forcieren. Daher gilt unser Dank vor allem diesen Menschen und Ihnen weniger, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen doch einmal ganz ehrlich sein, Herr Roock. Sie haben heute eine Pressekonferenz gegeben. Der Bürgermeister war anwesend und es war vorher klar, dass auch Sie dort erscheinen würden, was zwar nicht in der Presseerklärung stand, weil diese von der staatlichen Pressestelle kam. Ich denke mir, der Bürgermeister ist dort erschienen, weil es Europas größtes integratives Hotel ist. Sie haben alles schön dargestellt. Es ist auch ein tolles Projekt. Aber worauf Sie in der Pressekonferenz nur auf Nachfrage ein wenig verschämt und worauf Sie

A im Hause gar nicht eingegangen sind – und das finde ich allerdings schon ein wenig befremdlich –, ist, dass dieses Projekt letztendlich kurz vor dem Scheitern war.

Bereits 2003 – so können Sie das auch in der Zeitung nachlesen –, war der Träger soweit, ein Grundstück zu nehmen und ein entsprechendes Projekt zu entwickeln. Dann hat es sich noch vier unsägliche Jahre hingezogen, in denen auch die Schulbehörde eine ganze besondere Rolle gespielt hat, indem man dem Träger jedes Mal ein neues Grundstück präsentiert hat. Wir alle im Hause können uns noch daran erinnern, dass das erste Projekt zusammen mit dem Schulneubau in der HafenCity realisiert werden sollte. Aber die Schulbehörde und die Schulsenatorin haben versucht, den Träger über den Tisch zu ziehen. Das können Sie hier doch nicht verschweigen.

Das war der CDU-Senat, der dieses Projekt viele Jahre lang verzögert hat und jetzt müssen diese Menschen die Lasten zahlen beziehungsweise die Bürgerschaft, denn diese 1 Million Euro, die Sie heute bewilligen, ist eine Art Wiedergutmachung. Sie wissen genau, dass durch Ihre vierjährige Verzögerung wahrscheinlich Baukostensteigerungen in Höhe von 10 bis 15 Prozent entstanden sind. Das sind bei einer Gesamtsumme von 10 Millionen Euro rund 1 bis 1,5 Millionen Euro und genau diese 1 bis 1,5 Millionen Euro geben Sie nun dem Träger. Wir unterstützen das, aber das bedeutet letztendlich, dass Sie das ausgleichen, was der Senat falsch gemacht hat und das muss man den Leuten auch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

B Man muss den Leuten auch ganz deutlich sagen, dass man mit diesem Geld natürlich etwas anderes hätte machen können. Mit 1 Million Euro hätte man eine Schnellbahnhalttestelle umrüsten können. Da hätten wir auch viele barrierefreie Toiletten erstellen können. Deswegen ist dieses Projekt zwar schön und gut, aber, Herr Roock, Sie haben insbesondere das Thema Gäste angesprochen, die ein Handicap haben und die nach Hamburg kommen und Sie haben die Senioren angesprochen. Diesen Gästen in Hamburg nützt nicht nur ein barrierefreies Hotel, sondern ihnen nützt vor allen Dingen, dass die Umgebung barrierefrei ist. Das heißt auch, dass sie zum Beispiel einen barrierefreien ÖPNV haben wollen. Den haben Sie immer noch nicht und das ist ein riesiges Problem in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD – *Barbara Ahrons CDU*: Sie sollten mit Ihren Forderungen aber am Projekt bleiben!)

Deswegen kann ich Ihnen nur zurufen: Dieses Projekt ist schön, machen Sie weiter, denken Sie aber auch daran, in die Fläche zu gehen, denken Sie daran, die Schnellbahnhalttestellen entsprechend barrierefrei umzubauen, denken Sie daran, barrierefreie Toiletten in dieser Stadt zu bauen, denken Sie daran, dass behinderte Menschen unter den drastischen Kürzungen in der Eingliederungshilfe leiden. Wenn Sie an all diese Dinge denken, dann wird Hamburg ein Stück barrierefreier, ein Stück menschlicher. Wir Sozialdemokraten werden weiterhin daran arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lieven hat das Wort.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Stadthaushotel-Projekt ist ein sehr schönes Projekt, es ist ein wirklich vorbildliches Projekt für die Integration von Behinderten in den Arbeitsmarkt und den Kontakt von Behinderten und Nichtbehinderten, auch der Förderung des Tourismus in Hamburg. Endlich wird der Weg freigemacht für dieses Projekt, denn tatsächlich könnte es schon viel weiter sein. Herr Kienscherf hatte darauf hingewiesen, dass dieses sehr gute Konzept in dieser Fassung, über die wir heute diskutieren, seit 2003 vorliegt. Seit 2003 sucht der Verein ein Grundstück in der HafenCity. Er hat auch ein konkretes Grundstück im Auge gehabt, nämlich das Schulgrundstück am Sandtorpark und da hätte man tatsächlich dieses Hotel auf das Dach der Schule setzen können, anstatt Schulhofersatzflächen auf das Dach der Schule zu setzen. Aber das hat die Schulbehörde verhindert. Ein völlig unverständlicher Vorgang. Wenn man dieses Konzept, das der Verein Jugend hilft Jugend ursprünglich vorgestellt hat, umgesetzt hätte, dann hätte man wenigstens mehr Freiflächen in der HafenCity-Schule gehabt, man hätte das Hotel dort obendrauf bekommen und dann hätte der Kindergarten an dieser Schule auch mehr als eine Stunde Sonnenlicht im Hochsommer bekommen und wäre nicht – so wie jetzt – total verschattet.

Man hätte sich die Eigentumswohnungen dort sparen können, wenn der Entwurf von Kombination aus Schule und Hotel realisiert worden wäre. Aber die Finanzbehörde und die Schulbehörde wollten unbedingt Geld sparen mit einem Public-Private-Partnership-Modell. Dazu brauchte man einen privaten Investor, der Eigentumswohnungen und die Schule baut, die die Stadt dann mietet. Das war – mit Verlaub gesagt – keine wirklich gute Idee. Anstatt dass die Schule von der Stadt selber gebaut wird, aber das ist offensichtlich unmodern.

D Das PPP-Modell und das Integrationshotel gingen nicht zusammen. Dafür haben wir jetzt einen vermurksten Schulbau bekommen. Wir müssen nun quasi eine Entschädigung für den vierjährigen Planungsvorlauf für dieses Hotel bezahlen und aus anderen Töpfen 1 Million Euro ausgeben, um dieses Projekt voranzubringen. Das ist wirklich das Beispiel einer Superplanung. Kein Geld gespart, Projekt verzögert, Schule schlecht gebaut und dann versucht, das Ganze zum Wahlkampfgeschenk aufzublasen. Das ist eine traurige Bilanz für dieses Vorhaben, meine Damen und Herren.

Auch wenn das Vorgehen des Senats schlecht gewesen ist, ist das Projekt an sich gut. Wir werden dem zustimmen. Wir möchten es aber im Stadtentwicklungsausschuss noch einmal ein bisschen abklopfen, denn das, was in Ihrem Antrag zur Finanzierung, zum Planungsstand steht, ist äußerst mager. Deswegen bitten wir um Überweisung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Dirk Kienscherf* und *Doris Mandel*, beide SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Senatorin Schnieber-Jastram hat das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Stadthaushotel gibt es seit 1993. Ich kann mich nur erinnern, dass wir uns von Anfang an mit dieser Einrichtung gefreut haben, weil es eine super Einrichtung ist, die einen großen Erfolg hatte und auf große Resonanz

A gestoßen ist.

(*Petra Brinkmann SPD*: Richtig!)

Von meiner Behörde wird dieses Hotel unverändert mit 70.000 Euro jährlich gefördert, weil es sinnvoll ist, Menschen mit Behinderung hier arbeiten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist sinnvoll – und das haben wir auch immer anerkannt, auch als wir in der Opposition waren –, dass dieses Hotel weit über die Hamburger Landesgrenzen bekannt ist und immer eine Ausstrahlung gehabt hat. Es ist immer deutlich geworden, dass in Hamburg Menschen mit Behinderung in die Mitte genommen werden. Das ist, glaube ich, eine wichtige Aussage. Aber wir wissen alle, dass das Hotel mit seinen elf Zimmern viel zu klein ist, um auch größere Reisegruppen zu beherbergen. Deswegen kam der Verein Jugend hilft Jugend 2003 auf die Idee, ein größeres Hotel in der HafenCity zu betreiben. Herr Kienscherf, Sie haben sich dem ein bisschen angegeschlossen – Herr Lieven ein wenig zaghafter – und haben gemeint, für die SPD kritisieren zu müssen, dass es von der Idee bis zum heutigen Beschluss vier Jahre gebraucht habe.

(*Petra Brinkmann SPD*: Ja, das ist ja auch zu lange!)

Ich finde, das ist platteste Wahlkampfkritik, und zwar der untersten Schublade, um Ihnen das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

B Es ist auch eine Frechheit gegenüber dem Träger, eine Frechheit gegenüber der HafenCity GmbH und gegenüber allen, die sich in den vergangenen Jahren sehr deutlich darum bemüht haben, aus einer großen Idee ein handfestes Projekt werden zu lassen. Vor vier Jahren, ja noch heute, würde dieses Hotel – und das wissen Sie ganz genau – mitten in einer Baustelle stehen und in Wirklichkeit auch gar nicht betrieben werden können. Eine gute Idee erfordert immer viel sorgfältige Arbeit, damit am Ende eine gute Sache daraus wird. Meine Behörde hatte von Anfang an viel Sympathien für dieses neue Projekt Stadthaushotel in der HafenCity. Es hat das Zeug dazu, ein sozialer Leuchtturm in der HafenCity zu werden. Es signalisiert, dass behinderte Menschen mitten in unserer Gesellschaft stehen und dort auch hingehören. Wir haben daher von Anfang an eine finanzielle und auch ideelle Unterstützung zugesagt, übrigens auch ich persönlich.

(Beifall bei der CDU)

Der Trägerverein Jugend hilft Jugend hat in den vergangenen Jahren immer wieder hartnäckig und mit viel Fantasie für dieses neue Stadthaushotel in der HafenCity geworben und Partner zur Realisierung gesucht. Das Integrationsamt meiner Behörde hat 1,8 Millionen Euro für einen Investitionszuschuss bereitgestellt und ich begrüße es sehr, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion jetzt weitere Mittel in Höhe von 1 Million Euro aus dem Sonderinvestitionsprogramm für dieses Projekt beantragt. Das ist ein gutes Zeichen.

Die größte Herausforderung war, einen geeigneten Bauplatz in der HafenCity zu finden. Herr Kienscherf, dank des Engagements der HafenCity GmbH sind wir jetzt fündig und auch handelseinig geworden. In der Regel

C gehören bei solchen Dingen mehrere Leute dazu, die zufrieden sein müssen. Das Hotel wird zu der Hongkongstraße, in der Nähe zum Magdeburger Hafen und zu der neuen HafenCity Universität gebaut werden. Ich glaube, dass das ein guter Standort ist, denn gerade die Universität wird natürlich ein großer Nutzer solch eines Hotels sein können. Hier bietet sich eine ganz besondere Zusammenarbeit an.

Wie geht es weiter? Wenn der CDU-Antrag beschlossen wird, dann können wir den Startschuss für die Errichtung des Hotels geben. In zwei Jahren wollen wir dann die Eröffnung dieses Hotels feiern und bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg. Das geht nicht immer so "ruckizucki" und locker und flockig. Es muss noch am Feinkonzept gearbeitet werden. Die behinderten Arbeitnehmer müssen ausgewählt und ausgebildet werden und schließlich muss das Hotel auch noch gebaut werden.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das erste Projekt haben wir doch auch gebaut! Wir wissen doch, wovon wir reden!)

Der Ansatz des Hotels, der bereits in Altona erfolgreich erprobt wurde, besteht darin, dass die Gäste nicht in das Hotel gehen, obwohl dort Behinderte arbeiten, sondern sehr bewusst in das Hotel gehen, gerade weil dort behinderte Menschen arbeiten. Geistig behinderte Menschen sind häufig in der Lage, eine viel menschlichere und sehr familiäre Atmosphäre zu schaffen. All dieses ist in anderen Einrichtungen sehr häufig nicht der Fall.

D Ein wichtiges Element für den Erfolg solch eines Hotelprojektes ist seine Bekanntheit. Der Trägerverein – da tun Sie übrigens, Herr Kienscherf, dem Projekt mit Ihren Stellungnahmen überhaupt keinen Gefallen –

(Beifall bei der CDU)

hat frühzeitig mit einer Öffentlichkeitsarbeit für das Hotelprojekt begonnen. Nachdem die Entscheidung für den Bauplatz jetzt gefallen ist, wirbt der Verein seit einigen Tagen in unseren Citylights für das Projekt und auch für weitere Sponsoren und Unterstützer. Die Werbekampagne hat den Titel "Stadthaushotel HafenCity: Jetzt geht's los, bald haben wir den Hafen erreicht". Diesem Motto möchte ich mich anschließen. Der Zeitplan sieht vor, dass wir in zwei Jahren fertig sind. Ich bin daher sehr zuversichtlich, dass wir noch im Herbst 2009 das Stadthaushotel in der HafenCity eröffnen können. Dieses Projekt ist eine wichtige, eine lebendige Bereicherung für Hamburgs jüngsten Stadtteil.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Kienscherf hat das Wort.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, die Wortwahl, die Sie dieses Mal gewählt haben, war nun auch nicht angemessen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Na, na, na!)

Ich kann gut austeilten, aber ich kann auch gut einstecken. Aber wenn Sie hier von Frechheit reden,

(*Wolfhard Ploog CDU*: Zu Recht!)

dann müssen wir doch erst einmal sehen, wie hier die Lage ist. Die Lage ist, dass wir Sozialdemokraten das erste Projekt maßgeblich gebaut haben, dass wir letzt-

A endlich auch Ihnen gegenüber signalisiert haben, dass wir heute Ihrem Antrag auch zustimmen werden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Na also, was quaken Sie denn rum!)

Aber das ist doch das eine, Frau Senatorin. Sich jetzt, so wie Sie es gemacht haben, hinzustellen und ernsthaft zu behaupten, dass all das, was in den letzten vier Jahren gelaufen ist, ideal war und dann zu sagen, wenn jemand daran Kritik äußert, das sei eine Frechheit, nein, Frau Senatorin, da muss ich ehrlich sagen: Ist es denn nicht so gewesen, dass sich der Träger darüber beklagt hat, wie die Schulbehörde mit ihm verhandelt hat? Ist es denn nicht so gewesen, dass man dem Träger zunächst gesagt hat, plant für dieses Gebäude und er hat geplant und die Schulbehörde hat nachher eine EU-weite Ausschreibung vorgenommen, um an andere Interessenten heranzukommen?

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das wissen wir doch alle!)

Ist es denn nicht so gewesen, dass der Träger mehrfach auf die Schulbehörde zugegangen ist und gesagt hat, Leute, dieses Projekt steht langsam vor dem Scheitern?

(*Wolfhard Ploog CDU*: Nein!)

Wenn man das kritisch betrachtet und das hier auch ausdrückt und sagt, der Senat hat da in der Tat nicht das geleistet, was er eigentlich hätte leisten müssen, weil es ein super Projekt ist, dann ist das keine Frechheit, sondern berechtigte Kritik, Frau Senatorin, und die sollten Sie auch als Senatorin einstecken können. Das muss man einmal deutlich sagen.

B (*Olaf Ohlsen CDU*: Jetzt ist doch alles gesagt!)

Wir unterstützen das Projekt und unterstützen und würdigen auch die Leistung der HafenCity GmbH, die das Ganze jetzt vorangetrieben hat. Wir als Sozialdemokraten werden es auch weiterhin begleiten. Wir hätten uns nur gewünscht, dass das Projekt schon vor zwei Jahren gestanden hätte und dass man 1 Million Euro anders eingesetzt hätte, nämlich für die Menschen mit Behinderung in dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das war nix!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Roock hat das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, wenn ich Ihre Beiträge höre, dann kommt allmählich das Blut bei mir in Wallung.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das Einzige, was begrüßenswert ist, ist, dass Sie den Antrag unterstützen. Das ist aber auch das Einzige nach Ihren Redebeiträgen, denn es ist bemerkenswert, wie Sie immer wieder bei wirklich guten Projekten versuchen, Wasser in den Wein zu gießen. Das hat nichts mit konstruktiver Kritik zu tun.

(*Doris Mandel SPD*: Das stimmt doch nicht!)

Es ist schlicht und ergreifend wieder einmal nach dem Motto: Es muss doch wohl irgendwo noch ein Haar in der Suppe zu finden sein.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD*: Die Wahrheit ist zu ertragen!) C

Sie bemängeln zu Unrecht, dass alles so lange gedauert hat. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut, Herr Kienscherf. Das zeigt einmal mehr, dass Sie keine Ahnung haben oder haben wollen,

(*Petra Brinkmann SPD*: Sparen Sie sich das doch!)

welcher Zeitfaktor erforderlich ist, um bei einem Großprojekt alle Interessen unter einen Hut zu bringen.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Wir haben ein Projekt gebaut und das ging schneller!)

Wenn ich mich bemühe, dann werde ich Ihnen eine Vielzahl von Projekten in dieser Stadt unter Ihrer Regierungsverantwortung nennen können, die sehr viel länger gedauert haben als dieses Projekt.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Sparen Sie sich die Worte!)

Allein die Frage der Kosten, Größe und Lage, die mit der Bereitstellung eines Grundstücks zu klären ist, sind sorgfältig zu prüfen. Letztlich ist davon auch die Finanzierung des Gesamtprojekts abhängig. Außerdem müssen Sie, wenn Sie öffentliche Gelder bereitstellen, immer einen Abwägungsprozess mit anderen Projekten machen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was ist denn mit der Schulbehörde?)

Nein, meine Damen und Herren, das war mal wieder ein echter Kienscherf.

(*Petra Brinkmann SPD*: Und das von Herrn Roock!)

Abraham Lincoln hat einmal gesagt:

"Nur der hat das Recht auf Kritik, der von Herzen hilfreich ist."

Das kann ich bei Ihnen wirklich nur begrenzt erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir freuen uns trotzdem, dass Sie und auch die GAL dieses großartige Projekt, wenn auch unter Nörgelei, mit uns nach allen Kräften unterstützen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lieven hat das Wort.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, leider haben Sie eben überwiegend Plättitüden verbreitet.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Na, na, na!)

Das war das Thema eigentlich nicht wert. Es geht ja doch um ein großes und gutes Projekt. Ich will jetzt nicht mit Eigenlob rumkleckern, das steht mir nicht an. Klar ist, dass der Planungsprozess für dieses Projekt ziemlich schlecht gelaufen ist. Frau Senatorin, Sie scheinen da wirklich keine Ahnung gehabt zu haben.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Hören Sie auf zu nölen!)

Wenn Sie sich in der Zwischenzeit einmal aktiv eingesetzt

D

A hätten, dann hätten Sie die Schulbehörde mal ein bisschen voranschubsen können, weil die wirklich im Wege gestanden und es verhindert hat, dass eine ordentliche Lösung an einem guten Standort am Sandtorpark zustande gekommen ist. Wenn Sie sagen, da wäre jetzt noch Baustelle. An der Hongkongstraße ist mindestens noch bis 2012 Baustelle. Wenn das Hotel wirklich im Herbst 2009 eröffnet sein sollte, ist das auch mitten auf einer Baustelle. Das Argument zieht auf gar keinen Fall. Man muss einfach sehen, dass dort jetzt 1 Million Euro aus dem Sonderinvestitionsprogramm hineingegeben werden und vorher hieß es, nein, wir können das Hotel nicht auf die Schule setzen, dann verlieren wir etwas vom Grundstückswert. Das ist doch linke Tasche, rechte Tasche. Das war es wirklich nicht wert. Dann hätte man auch etwas vom Grundstückswert des Schulgrundstücks absetzen können und wäre dann mit dem Hotel vorangekommen und müsste nicht jetzt aus dem Sonderinvestitionsprogramm nachbuttern. Deswegen wollten wir das an den Ausschuss überweisen, weil ich wirklich einmal wissen möchte, ob das jetzt die teurere Variante ist, zu der wir letzten Endes durch die Blockadehaltung gekommen sind, die Sie im Senat nicht haben auflösen können.

– Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/7303 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drs. 18/7303 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf, Drs. 18/7221, Senatsmitteilung: Krankenhausplan 2010 der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Senatsmitteilung:
Krankenhausplan 2010 der Freien und
Hansestadt Hamburg
– Drs. 18/7221 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Krüger, bitte.

Harald Krüger CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kollegen! Der Krankenhausplan 2010 ist wie immer – wie auch die vorherigen Exemplare – eine große Fleißarbeit gewesen, eine halbe Telefonbuchstärke. Deshalb geht zunächst einmal mein Dank an die Mitarbeiter im Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz, die diese Daten haben zusammenstellen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei Petra Brinkmann SPD – Michael Neumann SPD: Das stimmt!)

Schön, dass wir uns in diesem Punkt einig sind.

Die Besonderheit dieses Krankenhausplanes ist aber,

dass es erstmals seit 1990, also seit 17 Jahren, gelungen ist, mit dem Krankenhausplan dieses Senats eine Grundlage zu schaffen, die eine einvernehmliche Verständigung zwischen den Krankenkassenverbänden und der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft, also den Hamburger Krankenhäusern gebildet hat. Dafür mein Dank an die Akteure, denn so viel Einvernehmen ist heute im Gesundheitsbereich leider keine Selbstverständlichkeit mehr, und insbesondere an den Senat. Der hat den Beweis geliefert, dass gesundheitliche Versorgung einen besonderen Stellenwert in dieser Stadt genießt, dass Hamburg eindeutig Gesundheitsmetropole im Norden ist.

Die hohe Qualität der Hamburger Krankenhäuser und die Gesundheitsmetropole beweisen sich auch darin, dass beispielsweise viel mehr Menschen aus Schleswig-Holstein Hamburger Krankenhäuser aufsuchen als Hamburger sich in Kliniken unseres nördlichen Nachbarlandes behandeln lassen.

Aber zum Krankenhausplan selber. Der Krankenhausplan 2010 setzt die Anpassung des Planes 2005 an veränderte Bedarfe und Versorgungskapazitäten im stationären Bereich konsequent fort. Er führt zu weiteren Ausdifferenzierungen und Spezialisierungen der Hamburger Krankenhauslandschaft und sichert die Entwicklungspotenziale und Flexibilität der Krankenhäuser angesichts der Herausforderungen, denen sich heute auch Hamburger Kliniken stellen müssen. Denken Sie nur an den Ablauf der sogenannten Konvergenzphase bei der Einführung der Fallpauschalen oder an die Schaffung des Gesundheitsfonds. Ganz wichtig ist, dass er die Grundlage für die Investitionsplanungen der nächsten Jahre zur Sicherheit der Wirtschaftlichkeit, der Innovationsfähigkeit und der Leistungsfähigkeit im Sinne der Patienten bildet. Für unsere Hamburger Bürger und Bürgerinnen sind Investitionen erforderlich, mit denen Hamburg bei den Pro-Kopf-Ausgaben auf Platz 1 aller Bundesländer liegt. 2007 sind dies 63 Euro pro Einwohner oder fast 9.800 Euro pro Bett gewesen. Das heißt insgesamt 100 Millionen Euro für die Hamburger Krankenhäuser in diesem Jahr. 2008 werden es rund 106 Millionen Euro sein, 2009 knapp 115 Millionen Euro. Das heißt, bis 2011 ist vorgesehen, 537 Millionen Euro auszugeben, die dieser Senat in die Krankenhäuser und damit in die medizinische Versorgung der Hamburgerinnen und Hamburger stecken wird. Hinzu kommen noch die Mittel für den Hochschulbau. Allein der Teil Hamburgs am Ausbau des UKE zu einer der modernsten Unikliniken Europas beläuft sich auf 90 Millionen Euro. Deutlicher kann ein Beleg für das Engagement Hamburgs als Gesundheitsmetropole nicht ausfallen.

Leistungseinschränkungen sind – und das möchte ich ganz deutlich vorwegnehmen – mit der Relation der Planbetten, die im Plan enthalten sind, nicht verbunden. Sie tragen allein der mittlerweile kürzer werdenden Verweildauer der Patienten, dem medizinischen Fortschritt, dem Ausbau der ambulanten Versorgung und nicht zuletzt der Einführung von Fallpauschalen Rechnung. Hingegen wird die teilstationäre Kapazität ausgebaut. Hamburg wird künftig 915 statt 821 Betten haben.

Ausdifferenzierung und Spezialisierung bedeuten insbesondere den Ausbau der psychiatrischen Versorgung, für die der Bedarf überall in Deutschland größer wird. Hamburg stellt damit als eines der ersten Bundesländer rechtzeitig die Weichen. Das heißt im Detail, dass zum Beispiel an der Asklepios-Klinik Wandsbek eine Psychiatrie

C

D

A mit 100 vollstationären und 20 Tagesplätzen ausgebaut wird. Wir schaffen zusätzliche, wohnortnahe Behandlungsangebote in psychiatrischen Tageskliniken. Frau Brinkmann, Sie haben gerade gestern auf die besonderen Bedarfe in Wilhelmsburg hingewiesen. Wilhelmsburg und Mümmelmannsberg sind die Standorte für diese zusätzliche psychiatrische Versorgung. Wir werden die Psychiatrie in Harburg um 26 Betten ausbauen. Am UKE entsteht mit zwölf Plätzen für Suchtmittelabhängige und psychisch kranke Kinder eine Entgiftungs- und Behandlungseinheit.

Ausdifferenzierung und Spezialisierung bedeuten auch den bedarfsgerechten Ausbau der Palliativmedizin durch entsprechende Einheiten im Marienkrankenhaus und im UKE. Die Festlegung von Qualitäts- und Strukturstandards im hochinvasiven Bereich, etwa bei der Versorgung von Schlaganfall- und Herzinfarktpatienten, Prüfaufträge ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Krüger, ich möchte Sie einmal unterbrechen. Es sind mir hier zu viele Gesprächskreise. Eine dauernde Unterhaltung im Plenarsaal hat nicht stattzufinden. Der Einzige, der hier redet, ist Herr Krüger. Wenn Sie Gesprächsgruppen führen wollen, dann bitte draußen und wenn es Anmerkungen und Fragen an den Redner gibt, können Sie sich melden.

(*Michael Neumann SPD:* Das liegt aber auch an der Spannung des Redners! Er muss sich auch ein bisschen bemühen!)

B

Harald Krüger (fortfahrend): Das liegt vielleicht daran, dass man zwar gerne gesundheitliche Entscheidungen und LBK-Entscheidungen kritisiert, aber ein Teil des Hauses den Krankenhausplan nicht liest.

(*Bernd Reinert CDU:* Ja, richtig!)

Dazu gehört eben auch, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, spätestens 2009 mit der Zwischenfortschreibung des Krankenhausplanes die Entscheidung für die Einrichtung von Perinatalzentren, also Zentren für Früh- und Neugeborene zu schaffen.

Der Krankenhausplan 2010 legt die Standorte und die Fachgebiete der Krankenhäuser fest. Er schafft somit Planungssicherheit und gerade in Zeiten veränderter Nachfragen die Möglichkeit, auf Schwankungen einzugehen, Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen, indem die Krankenhäuser im Rahmen ihrer Gesamtkapazitäten ihre Disziplin um plus/minus 10 Prozent ausbauen oder einschränken können. Für die Periode bis 2010 hat die Umsetzung des Diakonie-Klinikums in Eimsbüttel unverändert hohe Priorität, ebenso die Neuordnung der Krankenhauslandschaft im Süden Hamburgs. Hier werden wir noch den Rechtsstreit abwarten müssen, der sich aus der Entscheidung des Bundeskartellamtes zur Fusion von AK Harburg und Maria Hilf ergeben hat. Beide Krankenhäuser werden getrennt weitergeführt.

Schließlich sind im Krankenhausplan 2010 strukturelle Maßnahmen zur Sicherung der Klinikstandorte vorgesehen, zum Beispiel die Einrichtung eines Epilepsiezentrums am Krankenhaus Alsterdorf oder die Festlegung, was mit dem Betrieb Ochsenzoll des Klinikums Nord weiter geschehen wird. Hamburg schafft und sichert

C durch den Krankenhausplan 2010 hervorragende Voraussetzungen für seine Kliniken und die gesundheitliche Versorgung in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Husen GAL* – *Jörg Lühmann GAL:* Jawohl!!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Bestmann hat das Wort.

Tanja Bestmann SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, auch meinerseits noch mal einen Glückwunsch zu diesem Wahnsinnswerk. Ich hatte kurz überlegt, das mit nach vorne zu nehmen und noch einmal hochzuhalten, damit alle sehen, was Herr Krüger, Frau Husen und ich in den letzten Nächten in Fleißarbeit durchgearbeitet haben,

(*Bernd Reinert CDU:* Herr Krüger arbeitet doch nicht nachts!)

aber ich sehe davon ab und hoffe, dass Sie uns glauben, dass wir natürlich jede Seite dieses großen Werkes gelesen haben.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die Herr Krüger benannt hat, nämlich dass dieser Krankenhausplan – so wurde uns gesagt – der erste ist, der im Einvernehmen mit der Krankenhausgesellschaft und den Beteiligten erstellt wurde.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

D Das ist auch kein Wunder – wenn Sie mir die Anmerkung gestatten –, weil natürlich zwei, drei strittige Punkte, die auch in dem Plan dokumentiert sind, letztendlich nicht entschieden wurden, sondern auf 2009, auf den Zeitpunkt der Fortschreibung vertagt wurden, und weil der Krankenhausplan natürlich auch eine andere Struktur bekommen hat, dass nicht mehr die Planbetten alleine Regularium für die Größe eines Krankenhauses, für die Kapazität und letztendlich auch für die Einnahmen ist, sondern dass das heutzutage über die Budgetierung und Vertragsverhandlungen mit den Krankenhäusern läuft. Insofern hat natürlich dieser Krankenhausplan immer einen Sicherstellungsauftrag für die Gesundheit, aber es ist nicht mehr das Symbol für Größe und Leistungsfähigkeit von Krankenhäusern alleine.

Das große Ziel dieses Krankenhausplans ist natürlich noch nicht gelungen. Das liegt nicht an der Behörde, das liegt nicht an den Beteiligten, sondern das liegt an der Umstellung des Finanzierungssystems. Sie hatten sich vorgenommen, von der Planbettzahl als Richtgröße wegzukommen und das ganze Konstrukt auf eine Rahmenplanung auf Grundlage von Fallpauschalen umzustellen. Man ist dabei. Ich bin gespannt, ob und in welcher Form es gelingen wird.

Noch hat der Krankenhausplan eine Mischstruktur, die auch weiterhin interessant ist, wenn man sich anguckt, wie groß die Krankenhäuser sind und wie viel Betten sie haben.

Herr Krüger hat schon erwähnt, dass die Planbettzahlen nach unten abgesenkt worden sind. Was früher zum großen Aufschrei dieser Stadt oder auch in einzelnen Häusern geführt hat, ist heutzutage nicht mehr der Fall. Es ist eher eine Anpassung an die reale Versorgungssituation. Die Steuerung erfolgt eher über die Budgets mit

- A den Krankenhäusern und weniger über die einzelnen Betten, die noch vorhanden sind.

Sie haben sich strukturelle Vorhaben vorgenommen, die in dem Krankenhausplan dokumentiert sind: Ausbau und Dezentralisierung der psychiatrischen Versorgung, speziell auch für Kinder und Jugendliche, Ausbau der geriatrischen Versorgung und Ausbau der Palliativmedizin. Das begrüßen wir natürlich, wenngleich ich auch darauf hinweisen muss, dass wir gerade im Bereich der psychiatrischen Versorgung, vor allen Dingen auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, auch in der Vergangenheit immer einen entsprechenden Ausbau angemahnt haben und das Ganze sehr schleppend vorangegangen ist. Das ist sehr schade. Ich habe die Befürchtung, dass der Ausbau bei Weitem noch nicht reichen wird, aber wir werden sehen, was uns die Zukunft in dem Bereich noch bringen wird.

Es gibt natürlich auch Handlungsfelder, die der Krankenhausplan darlegt. Herr Krüger hat den Prüfauftrag der Perinatalzentren erwähnt. Meine Fraktion und ich halten es für richtig, dass die Behörde die Anzahl der Perinatalzentren beschränken will. Ich glaube, das ist gut. Die Krankenhäuser wollen natürlich alle Perinatalzentrum sein, weil dann die Kundschaft kommt und das einiges mit sich zieht. Ich halte es für richtig, das zu begrenzen, weil eine gute Qualität der medizinischen Versorgung nur da gewährleistet ist, wo viele Fälle behandelt werden. Das wird nur der Fall sein, wenn man diese Zentren auch begrenzt.

Was ich für wichtig halte und Ihnen gerne mit auf den Weg geben würde, ist, dass wir auch im Bereich der Perinatalzentren eine etwas bunte Trägerschaft haben. Bisher ist geplant, sie in den ehemaligen LBK-Häusern und im UKE einzurichten. Wir wissen, dass sich zumindest ein kirchliches Krankenhaus um die Existenz eines Perinatalzentrums bewirbt. Ich halte es für relativ wichtig, auch in diesem Bereich eines anzubieten, weil es Leute gibt, die Probleme während der Schwangerschaft und nach der Schwangerschaft mit dem Neugeboren haben und gerne in ein kirchliches Krankenhaus gehen, um dort die entsprechende Zuwendung zu bekommen. Das sollte auch zukünftig bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Bei der palliativmedizinischen Versorgung werden die Krankenhäuser natürlich erst reagieren können, wenn wir wissen, was im ambulanten Bereich alles passiert ist. Es gibt seit dem 1. April einen Anspruch auf eine ambulante Palliativversorgung, das heißt, die Struktur wird sich erst in den kommenden Jahren aufbauen. Ich hoffe, dass Sie das auch kritisch beäugen werden. Mir ist schon von ambulanten Hospizdiensten berichtet worden, die sich mit "tz" schreiben. Das spricht natürlich nicht sehr für die Qualität und man wird sehen müssen, was im ambulanten Sektor passiert, wenngleich wir die Auffassung ambulant vor stationär in dem Bereich teilen, aber ich bitte, das kritisch zu beobachten und entsprechend mit der Krankenhausversorgung zu reagieren.

(Harald Krüger CDU: Versprochen!)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen und das ist die Genehmigung der ambulanten Behandlung für Schwerstkranken und an seltenen Krankheiten erkrankter Patienten, die seit dem 1. April 2007 auch möglich ist. Die Genehmigung Ihrer Behörde zum Betrieb von ambulanten Pra-

men an Krankenhäusern für diese Patienten steht noch aus. Ich glaube, dass das ein sehr wichtiger Bereich ist, gerade schwerstkranken, krebskranken Patienten eine Behandlung am Krankenhaus ihres Vertrauens auch weiterhin zu ermöglichen. Ich hoffe, dass sich da einiges tun wird. Soweit möchte ich zunächst einmal mit meinen Ausführungen enden. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Husen.

Katja Husen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Krüger, auch der Enthusiasmus in Ihrer Rede hat sehr wohl gezeigt, dass unser Begehr einer Überweisung an den Gesundheitsausschuss vielleicht ganz im Sinne aller anwesenden Kollegen und Kolleginnen gewesen wäre, die nicht Mitglied im Gesundheitsausschuss sind und sich dieser Fachdebatte jetzt doch stellen müssen.

(Beifall bei Jörg Lühmann und Manuel Sarrazin, beide GAL)

Tatsächlich ist es so, dass es angesichts der hamburgweiten Übereinstimmung aller Beteiligten mit diesem Krankenhausplan nicht viel Negatives zu sagen gibt. Ich hätte im Ausschuss gerne mehr darüber gehört, wie der Ausbau der Geriatrie und der Palliativmedizin genau aussehen soll. Man findet dazu leider wenig Konkretes im Krankenhausplan. Ich hoffe ein bisschen auf die Zwischenfortschreibung 2009 in den Bereichen. Herr Krüger hatte außerdem angesprochen, dass am UKE Plätze für komorbide Kinder und Jugendliche, nämlich sowohl für psychisch als auch an Suchtmitteln erkrankte Kinder eingerichtet werden. Wir haben im Gesundheitsausschuss gehört, dass die Finanzierung für diese zwölf, im Krankenhausplan bis zu 15 Betten nicht sichergestellt ist. Ich würde sehr darum bitten, dass es da möglichst bald zu einer Sicherstellung der Finanzierung kommt, und zwar zu einer Finanzierung, die geeignet ist, diese Betten auch kinder- und jugendgerecht auszubauen. Ich hoffe sehr, dass Sie an das restliche kinder- und jugendpsychiatrische Angebot im UKE angebunden sind, denn ich habe bei diesen zwölf Betten ein bisschen die Befürchtung, dass es dazu kommen kann, dass es eventuell nicht genug komorbide Kinder gibt, die stationär am UKE betreut werden müssen. Ich würde sehr dafür plädieren, dass diese Betten dann jedenfalls auch allgemein kinder- und jugendpsychiatrisch genutzt werden können. Im Zweifelsfall können Sie dazu auch noch etwas sagen.

Ansonsten noch zwei Anmerkungen. Ich hoffe, dass Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen werden, dass das DRG-System möglichst bald aus der Konvergenzphase kommt, damit es endlich Planungssicherheit gibt und auch der Krankenhausplan in der Fortschreibung der nächsten Jahre mit dem DRG-System möglich ist, weil er dann natürlich – Frau Bestmann hatte das ausgeführt – auch wieder deutlich aussagekräftiger werden wird. Im Augenblick ist er so ein Zwischending.

Eine letzte Bemerkung als grüne Frauenpolitikerin: Es wäre sehr schön, wenn man bei Gelegenheit einen Krankenhausplan bekäme, der auch dem Genderaspekt eine bestimmte Aufmerksamkeit schenkt und sich nicht so ganz geschlechtsblind zeigt wie das der bisherige tut. – Danke schön.

C

D

A (Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Frau Senatorin Schnieber-Jastram das Wort erteile, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es ein Phänomen ist, dass so wenige anwesende Abgeordnete einen solch hohen Murmelfaktor erzielen können. Ich glaube, dass all diejenigen, die Gespräche führen wollen, das sicher vor der Tür tun können. Frau Senatorin Schnieber-Jastram hat das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei so viel Einigkeit fehlen einem die Worte. Ich will noch eines betonen. Es ist schon erstaunlich, dass es gelungen ist, diesen Krankenhausplan im Einvernehmen zu beschließen. Dafür möchte ich mich bei all denen, die beteiligt waren, die Krankenkassen, die Krankenhäuser und die privaten Krankenkassen, ganz herzlich bedanken. Das war nicht selbstverständlich, denn für alle miteinander ergaben sich schwierige Diskussionen hinsichtlich der Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich. Von hier aus Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Einvernehmen kommt natürlich auch nicht aus der Luft, sondern hat etwas damit zu tun, dass wir uns bemüht haben, immer den Dialog zu pflegen. Ich glaube, dass es gelungen ist, eine Art Grundvertrauen zu erzeugen. Das sollte man auch weiter pflegen, denn das nützt den Bürgern dieser Stadt. Es ist eines der ganz wichtigen Ziele eines Krankenhausplans, die Realität in der Krankenhausversorgung abzubilden. Ich freue mich, dass die Anzahl der Planbetten an die reale Nutzung für die Versorgung der Bevölkerung im Einvernehmen mit den Krankenhäusern angepasst werden konnte und trotz dieses rechnerischen Abbaus von 927 Betten zum Jahresende – das will ich gerne noch einmal betonen – keine Leistungseinschränkungen in den Hamburger Krankenhäusern verbunden sind. Das wird manchmal immer noch aus alten Diskussionen impliziert, aber die Fachleute wissen darüber längst Bescheid.

B

Es gibt mit dem Krankenhausplan 2010 einige wichtige neue Leistungen, für die wir mehr Kapazitäten benötigen in den Bereichen Psychiatrie, Geriatrie und Palliativmedizin. Ich glaube, dass alle Leistungen von den Rednern vor mir schon aufgezählt worden sind. Deswegen muss ich das nicht wiederholen. Ich freue mich darauf und halte es auch für wichtig, dass wir wohnnah in Wandsbek, Mümmelmannsberg und Wilhelmsburg tagesklinische Behandlungsplätze für psychiatrische Fälle einrichten. Auch das ist, glaube ich, eine wichtige Optimierung und ein weiterer wichtiger Ausbau des Versorgungsangebotes.

Ein gleichfalls wichtiger Bereich ist das Thema Herzinfarkt- und Schlaganfallversorgung. Auch hier gibt es inzwischen die sogenannten Stroke Units an bestimmten Krankenhäusern. Das heißt, jeder, der in Hamburg einen Herzinfarkt oder Schlaganfall hat, landet bei solch einer Stroke Unit, die dann entsprechend die Überlebensqualität und -fähigkeit deutlich verlängert. Auch das ist eine gute Kooperation. Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen, dass Hamburg über hochleistungsfähige Krankenhäuser verfügt, die sich zu Kompetenzzentren für die Versorgung der Metropolregion und darüber hinaus entwickelt haben. Harald Krüger hat das gesagt, rund 30

C

Prozent der Patienten kommen aus dem Umland und von außerhalb und das unterstreicht sicher die Qualität der Versorgung in Hamburg.

Ich wünsche mir, dass wir in gleicher Weise in Hamburg weiter zusammenarbeiten, so wie ich es mitbekomme im Parlament und auch außerhalb. Vielen Dank für die Beratungen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drs. 18/7221 an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 29 der Tagesordnung, Antrag der CDU-Fraktion: Scientology.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Scientology
– Drs. 18/7304 –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Martens, bitte.

D

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die wenigsten von Ihnen werden mitbekommen haben, dass Anfang November ein kleiner Artikel in der Presse darüber berichtet hat, dass die Scientology-Organisation in Spanien als Kirche anerkannt worden ist. Diese Entscheidung zeigt, wie wichtig eine Debatte über die umstrittene Psychogruppe Scientology in Deutschland, aber auch europaweit ist.

Nach ihrem Selbstverständnis bezeichnet sich die Scientology-Organisation als Religion. In der Bundesrepublik wird die Organisation hingegen vom Verfassungsschutz beobachtet. Es bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die Scientology-Organisation verfassungsfeindliche Ziele mit ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen erstrebt. Es ist dabei völlig unbedeutlich, ob diese Bestrebungen Erfolg haben oder nicht. Auch ist es dabei unerheblich, ob andere Länder, wie Spanien, die Scientology-Organisation als Kirche oder als Religionsgemeinschaft anerkennen. Die Organisation versucht, sich nach außen als unpolitische und demokratiekonforme Religionsgemeinschaft darzustellen. Tatsächliche Anhaltspunkte für politische Bestrebungen liegen jedoch vor. Sie ergeben sich vorzugsweise auch aus dem Schrifttum von Scientology. Einige Argumente möchte ich dazu aus dem Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts aus dem Jahre 2004 vortragen, wo es hauptsächlich darum geht, dass es nach wie vor als rechtmäßig anerkannt ist, dass Scientology vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Scientology betreibt Werbung, missioniert aktiv und schult vor allen Dingen seine Mitglieder, verfolgt einen Expansionskurs und bemüht sich, Einfluss in der Gesellschaft

A und im Staat zu erlangen. Die Expansion wird sogar als Frage intern von Leben und Tod verstanden. Tatsächliche Anhaltspunkte, dass die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte beseitigt oder außer Geltung gesetzt werden, ergeben sich auch daraus, dass Gegner von Scientology, sogenannte unterdrückerische Personen, als Freiwild angesehen werden. Scientology lehnt die Demokratie ab und geht davon aus, dass lediglich eine Demokratie nach scientologischen Vorstellungen eine echte Demokratie ist.

Ein weiterer Beleg für die gegen die Menschenrechte und den Rechtsstaat gerichtete Bestrebung von Scientology ist die Existenz eines weltweit tätigen organisationseigenen Geheimdienstes, das sogenannte OSA – Office of Special Affairs. Damit ist eine Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz in der Bundesrepublik rechtmäßig, so urteilt auch das Verwaltungsgericht Köln.

Die Überwachung wird seit 1997 auf Bundesebene durchgeführt. Außerdem wird die Scientology-Organisation in Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg auf Länderebene beobachtet. Durch die jüngst verstärkten Aktivitäten der Organisation in Berlin wurde auch hier im Juni 2007 die Überwachung wieder aufgenommen. Vorrangig wird also in den Bundesländern beobachtet, in denen die Scientology-Organisation mit Zentralen aktiv ist. Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, dass die anderen Bundesländer, die die Scientology-Organisation nicht beobachten, sie als ungefährlich einstufen würden. Vielmehr gibt es dort nur keine Aktivitäten der Organisation vor Ort, die Anlass für eine Beobachtung geben würden.

B Die Scientology-Organisation wurde 1954 von dem US-Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard gegründet. Es gehören ihr in der Bundesrepublik nach Schätzung circa 5.000 bis 6.000 Mitglieder an, in Hamburg schätzungsweise 750. Das ist jedoch eindeutig kein Argument dafür, dass man diese Organisation als ungefährlich einstuft. Ich warne ausdrücklich davor, das Problem Scientology in unserer Gesellschaft wegen der anscheinend geringen Mitgliederzahl zu bagatellisieren oder zu verharmlosen. Ganz im Gegenteil, denn am 8. April 2006 fand in Brüssel der sogenannte 1. Europäische Expansionsgipfel der Scientology-Organisation statt. Die Zeitung "Le Soir" veröffentlichte anschließend Interna. Demnach haben Scientology-Funktionäre propagiert, Scientology befände sich im Krieg und man müsste die Kontrolle über Belgien übernehmen. Das ist eine Kriegserklärung gegenüber der Demokratie und damit gegenüber ganz Europa.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Gefährlich ist, dass die Scientology-Organisation nicht offen an Bildungsprozessen teilnimmt, sondern in Tarnorganisationen agiert. So gibt es zahlreiche Einrichtungen, in deren Namen der Begriff Scientology überhaupt nicht vorkommt und deren Zusammenhang mit der Scientology-Bewegung für den Laien problematischerweise überhaupt nicht erkennbar ist. Beispiele dafür sind: "KVPM e.V." – Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschrechte, "Narconon" als Selbsthilfegruppe für Drogenabhängige, "Ziel" mit Angeboten für Nachhilfeunterricht für Schüler. In 2006 wurde die Organisation "Jugend für Menschenrechte" aktiv. Viele junge Menschen, auch in der Bundesrepublik, haben sich dort engagiert in dem Glauben, sich dort an etwas Gutem zu beteiligen. Scientology-Organisationen sind quasi auch in ihren einzelnen Mitgliedern Verführer der Schwachen in unserer Gesell-

schaft unter dem Deckmantel sozialer Hilfeleistungen. Deshalb ist die Hilfe für die betroffenen Opfer dieser Psychogruppe und deren Familien nach wie vor das Wichtigste. Neben der unermüdlichen Aufklärung der Öffentlichkeit ist das der wichtigste Umgang mit Scientology. Besonderen Schutz benötigen hier die Kinder, die in der Scientology-Organisation aufwachsen.

C

Die gegenwärtig in Deutschland verstärkten Aktivitäten der Scientology-Organisation haben dazu geführt, dass ihre Gefährlichkeit wieder einmal erneut kontrovers diskutiert wird. Die Verfassungsschutzämter, unter anderem auch die Hamburger "Arbeitsgruppe Scientology" haben Fakten und Beweismittel gesammelt, die einen Antrag des Verbotes nach Vereinsrecht für Scientology erfolgreich erscheinen lassen. Deshalb bitten wir seitens der CDU unseren Innensenator, Herrn Nagel, auf der im Dezember anstehenden Innenministerkonferenz ein mögliches Vereinsverbot für die Scientology-Organisation auf Bundesebene prüfen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Bitte heute an Sie: Unterstützen auch Sie Herr Nagel mit Ihrer Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lein.

D

Gerhard Lein SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 5.000 bis 6.000 Mitglieder in Deutschland und davon überproportional viele – 750 – in Hamburg, so schätzt der Hamburger Verfassungsschutzbericht die Größe der Scientologen-Organisation ein. Sechsmal so viel zur Unterwanderung unserer demokratischen Grundordnung bereite Angehörige dieser Organisation in der Stadt, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt. Es steht uns also gut an, dass wir in Hamburg besonders wachsam sind. Seit 15 Jahren haben wir auch eine Arbeitsstelle in der Innenbehörde – die Arbeitsgruppe Scientology, 1992 gegründet. Sie hat weit über Hamburg hinaus Anerkennung und Beachtung gefunden, auch für ihre individuelle Hilfestellung. Dafür, glaube ich, sollten wir in diesem Hause nicht nur von Sozialdemokraten ausdrücklich Dank sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU)

Kann denn die Scientology-Organisation in solch ablehnendem Umfeld überhaupt Einfluss gewinnen. Wenn selbst einem Schauspieler, der dieser Organisation angehört, in einem Spielfilm in Berlin der Dreh an einem historischen Ort fast verwehrt worden wäre, dann ist doch die Öffentlichkeit in einem Maße sensibilisiert, dass man denken könnte, alles sei in Ordnung. Ich glaube, wir tun aber gut daran, alles auszuloten, was den Einfluss dieser Organisation, dieses subversiven Vereins reduzieren hilft. Wie schwierig das ist, kann man jüngst wieder an den anscheinend unverfänglichen Aktivitäten dieser Leute sehen. Mit zahlreichen Vereinigungen und Organisationen versuchen sie immer wieder, Ahnungslose anzusprechen, insbesondere junge Leute. Wie unsensibel man – sicherlich unabsichtlich – damit ab und an umgeht, zeigt folgender Vorgang: Da schreibt der Amtsleiter der Behörde für Bildung und Sport, Amt für Bildung, an die Schulen und macht sie darauf aufmerksam, dass ein Warnhinweis der Landeszentrals für politische Bildung ergangen sei, eine Scientology-Organisation wolle zum

A 59. Jahrestag der Allgemeinen Menschenrechte an der Domstraße eine Veranstaltung durchführen. Soweit ausdrücklich löslich. Ich wünsche mir solche Informationen für die Schulen, aber wenn dann im Anschreiben des Briefes steht:

"(...) der Scientology Kirche"

dann ist das problematisch.

Es ist keine Kirche und wir dürfen auch nicht durch lateine Sprachwahl dafür sorgen, dass so etwas vielleicht immer stärker in Benutzung kommt. Das ist ein eingetragener Verein, der nicht das Kirchenprivileg genießt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Nun soll diesem Verein das e.V. entzogen werden. Ich glaube, das ist gut so. Zumindest sollte die Innenministerkonferenz ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz in die Wege leiten. Ich will nicht in einem Oberseminar die Vereinsgesetze zitieren, ich erspare mir das in diesem Haus. Aber ich glaube, dass es wichtig und konsequent ist, dass wir bereit sind, alles auszuloten. Wie immer kommen dann aus Übersee und vielleicht sogar aus Europa besorgte Reaktionen zu unserem Rechtsverständnis in dieser Sache. Tatsächlich genießt die Scientology-Organisation in den USA und anderswo einen Status, den sie bei uns nicht hat. In den USA gab es ein jahrzehntelanges Verfahren bis man dann das Steuerprivileg, das übrigens dann auch ganz andere Organisationen haben, wie die Kirche Satans oder andere Organisationen erreicht hat.

B Diese öffentlichen Ratschläge von Übersee können wir gut ertragen. Hier gilt deutsches Recht und deutsche Rechtsstaatlichkeit, und nicht die Selbsteinschätzung einer Organisation ist ausschlaggebend für den Status womöglich als Kirche oder als eingetragener Verein.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Schade, fast ärgerlich ist, dass die CDU dieses Thema nicht im Innenausschuss erörtern will.

(Aydan Özoguz SPD: Ja!)

Frau Martens hat zu Anfang gesagt, wie wichtig eine öffentliche Debatte ist. Der Innenausschuss ist übrigens auch öffentlich.

(Hans-Detlef Roock CDU: Aber hier ist doch auch Öffentlichkeit!)

Man könnte die Öffentlichkeit ausschließen, wenn man das will, aber im Prinzip sind Innenausschussdebatten öffentlich, jedenfalls sehe ich das so. Die Frage ist, wovor Sie eigentlich Sorge haben. Dass wir uns umbesinnen könnten? Oder dass tatsächlich mehr Abgeordnete tiefer in das Thema einsteigen und vielleicht noch einmal die Argumente Bayerns, die möglicherweise die ausschlaggebenden für diesen Vorstoß sind, hinterfragen und sich selbst ein Bild machen, was denn tragfähige Gründe sein können? Oder dass wir womöglich Scientologen als Sachverständige einladen und dann die Ausschussmitglieder umgekrempelt würden? Oder dass Ihre Pressestelle zweimal tätig sein muss? Heute und dann noch einmal nach einer Ausschusssitzung? Das ist alles leicht zu entkräften, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, die Abgeordneten der CDU, der Regierungsfaktion, sind einfach nur bequem. Ich will es mir ersparen, dieses andere Wort mit "faul" zu benutzen, weil ich mir sonst

vielleicht eine Rüge einfangen würde.

C

Wir stimmen also zu. Die Ausschusserörterung wäre allerdings angemessener gewesen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt einiges zu dem Thema Scientology gehört. Wir haben über verschiedene Aspekte geredet. Um das ganz klar vorwegzuschicken: Auch wir teilen die Sorge im Hinblick auf Gefahren, die von Scientology, insbesondere für Leute ausgehen können, die dort als Mitglieder geworben werden, die Gefahren, die dann von diesen Leuten ausgehen, wenn sie dort länger in Behandlung sind. Was man hierzu an Berichten lesen kann, ist in der Tat sehr besorgniserregend und eine große Gefahr für die Personen, die in die Fänge dieser Organisation geraten. Aus dem Grunde gibt es überhaupt nichts an dem zu deuteln, was hier über die Arbeitsgruppe Scientology gesagt wurde, die in Hamburg ihre Arbeit macht. Diese Arbeit ist sehr wichtig und ist wichtig in der Aufklärung, damit möglichst wenige Leute überhaupt erst in die Fänge dieser Organisation geraten. Sie ist noch wichtiger für Leute, die das hinter sich haben, die aussteigen wollen, ausgestiegen sind und dann möglicherweise Belästigungen durch diese Organisation oder schlimmeren Nachstellungen ausgesetzt sind. Das ist extrem wichtig. Daran gibt es nichts zu deuteln.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und der SPD)

D

Hier ist immer wieder die Frage über die Anerkennung dieser Organisation als Kirche aufgetreten, was in anderen Staaten der Fall ist, aber in Deutschland nicht der Fall ist. Das ist heute auch nicht das Thema. An dieser Stelle haben wir auch keine zwei Meinungen. Es ist heute auch nicht die Frage zu diskutieren, ob es sinnvoll, geboten und rechtmäßig ist, dass diese Organisation durch den Verfassungsschutz beobachtet wird. Sie hatten da aus einem Urteil zitiert, das genau diese Frage zum Gegenstand hatte.

Die Frage, die Sie mit dem Antrag aufgeworfen haben, ist eine andere, nämlich die des Vereinsverbots. Die Voraussetzungen für ein Vereinsverbot sind nun einmal deutlich höher gehängt als die Voraussetzungen dafür, einen Verein durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Durch den Verfassungsschutz werden eine Menge Organisationen beobachtet und bei Weitem – nicht bei allen – sind die Voraussetzungen gegeben, dass ein solches Verbot durchgeht. Es gab in den letzten Jahren eine Handvoll Verbote gegen Organisationen im rechtsextremistischen Bereich, aber bei dem Versuch, die NPD als Partei verbieten zu lassen, hingen die Hürden so hoch, dass dieses Verfahren, obwohl quasi alle Verfassungsorgane daran mitgewirkt haben, letztlich gescheitert ist. Man kann natürlich auch sagen, vielleicht weil sie alle mitgewirkt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Aber die Anforderungen an ein Vereinsverbot sind letztlich die gleichen wie bei einem Parteiverbot und es reicht nicht aus, dass tatsächliche Anhaltspunkte für eine entsprechende verfassungsfeindliche Bestrebung vorlie-

A gen, sondern es muss auch nachgewiesen werden können, dass diese Bestrebungen tatsächlich vorhanden sind.

Jetzt haben wir diesen Aufschlag gehabt, Herr Nagel hat gesagt, man müsse diese Organisation sofort verbieten, wir müssen ran an das Thema. Dann haben eine Menge Innenminister in der Bundesrepublik gesagt, dass sie davon eher abraten würden. Deswegen werden wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen. Er ist nämlich entweder unnütz oder sogar schädlich. Man möge sich einmal vorstellen, die Polizei hätte irgendeinen Straftäter im Auge und würde glauben, na, der hat doch bestimmt irgendein dickes Ding am Laufen. Dann würde er erst einmal eine Pressekonferenz machen und würde sagen, wir werden demnächst einmal anfangen, eine Hausdurchsuchung zu machen und dann gucken wir vielleicht auch mal auf seine Konten, ob da irgendetwas gewesen ist und ab nächster Woche machen wir noch eine Telefonüberwachung.

So professionell ist Ihr Vorgehen in dieser Angelegenheit, dass Sie, bevor der Bundesinnenminister das entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, hier eine öffentliche Diskussion starten. Es bedarf keines Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft, damit der Bundesinnenminister eine Prüfung durchführt, die klärt, ob Voraussetzungen für ein Verbot vorliegen. Ich gehe davon aus, dass der Bundesinnenminister das machen wird. Er wird von Ihrer Grundeinstellung sicherlich nicht abweichen. Wenn er zu dem Ergebnis kommt, dass tatsächlich die Voraussetzungen für ein Verbot vorliegen, dann wird er das Verbot aussprechen; es braucht weder die Hamburger Bürgerschaft noch die Innenministerkonferenz.

(Beifall bei der GAL)

Langwierige Diskussionen behindern eher ein derartiges Ermittlungsverfahren. Deswegen kann ein solcher Beschluss, ein solcher politischer Vorgang, sogar schädlich sein, wenn am Ende der Debatte, die Sie öffentlich über das Verbot führen, anstatt über die konkreten Gefahren und die konkreten Abwehrmaßnahmen zu reden, nach der Innenministerkonferenz kleinlaut herauskommt, das werden wir wohl nicht hinbekommen. Da wird sich Scientology natürlich die Hände reiben und das als Persilschein werten. Dieses Vorgehen ist im Kampf gegen Scientology unprofessionell und deswegen sollte man sich auf das konzentrieren, was wirklich wichtig ist: Aufklärung und Hilfe für Aussteiger.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Einen Gesichtspunkt möchte ich doch noch einbringen.

Wir alle halten Scientology wahrscheinlich für eine widerwärtige Psychosekte

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Schöne Formulierung!)

und sind besorgt angesichts einer Praktik, die darauf hinausläuft, Individuen die Autonomie und die Freiheit ihrer Entscheidung zu nehmen, sie in Hierarchien, in Kollektive einzubauen, ihren Willen zu winden und ins Widerwärtige zu drehen. Das empfinde ich ganz genauso und hier spricht jemand, der Erfahrung mit Sekten hat.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Oha!)

C

Warum sind wir aber das einzige Land in der westlichen Welt, das glaubt, den Verein deswegen verbieten zu müssen? Ist das nicht eher ein Ausfluss deutschen Paternalismus? Sie können den Willen der Menschen zur Mündigkeit und zur Freiheit nicht von Staats wegen sicherstellen, sondern jede und jeder Einzelne muss das für sich tun. Darum hilft meiner Auffassung nach kein Verbot. Ich teile alle Argumente, die gebracht worden sind und die Till Steffen jetzt noch einmal in Bezug auf die Frage verstärkt hat, dass es vielleicht gar nicht so sinnvoll ist, ein Verbot ins Auge zu fassen. Aber jenseits der Verfahrensfragen: Fühlen wir uns denn als Republik durch diese Psychosekte wirklich gefährdet? Das wäre doch komisch. Eben wurde auf die USA verwiesen. Dieser riesige Staat, der – sozusagen als letzter Garant – in der Weltgeschichte mehrfach als Verteidiger der Freiheit aufgetreten ist, ist von Sekten gegründet worden, die mit der Mayflower gelandet sind. Deshalb haben die Amerikaner ein anderes Verhältnis dazu und ein Vertrauen in ihr freiheitliches Empfinden. Das sollten wir auch an den Tag legen und alle Überlegungen für ein Verbot vom Tisch nehmen, wohl aber bei jeder sich uns bietenden Gelegenheit dem Quatsch entgegentreten. Das ist aber eine Aufgabe für jeden von uns und keine Aufgabe für staatliche Organe. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

D

Viviane Spethmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das, was die GAL heute ab liefert, ist schon ein bisschen erstaunlich. Ich habe gedacht, hier sitzt die FDP. Ich glaube nicht, dass das, was Sie hier vertreten haben, auf der Grundlinie der GAL oder der Grünen auf Bundesebene liegt. Wenn Sie so bei der Frage des Verbots der NPD argumentieren, dann graust es mich.

Herr Maier, Sie haben ein Freiheitsdenken an den Tag gelegt, das ich als Mitglied einer freiheitsliebenden Partei so nicht akzeptieren kann. Das ist für mich kein Kaninchenzüchter- oder ein Kleingartenverein, das ist eine kriminelle Vereinigung mit ganz anderen Machenschaften.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sie waren beide sehr spitzfindig. Die GAL und die Grünen sind sonst immer die öffentlichen Bedenkenträger und die öffentlichen Akklamatorien irgendwelcher Probleme. Mahnmale und Ähnliches wollen Sie immer gern haben, aber in dieser Frage wollen Sie noch nicht einmal einen Antrag stellen. Das ist merkwürdig und das passt nicht in Ihre normale Linie.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Doch das passt!)

Einen Punkt möchte ich hier noch erwähnen. Denken Sie an die Opfer, die in die Fänge dieser Sekte geraten sind, und ihre Familienangehörigen. Es gerät nicht der "normale" Mensch hinein, sondern Menschen mit gewissen Abhängigkeitsbestrebungen oder anderen Problemen. Denken Sie an die und denken Sie daran, welche Mühe es macht, denen zu helfen. Gehen Sie nicht von der Freiheit aus, sondern helfen Sie denen.

A (Beifall bei der CDU und bei Dr. Andreas Dressel
SPD – Dr. Willfried Maier GAL: Das ist unerträglich!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lein.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Lieber Herr Maier, ich musste mich doch noch einmal melden. Der Grund sind nicht Ihre Ausführungen über die Frage deutscher Mentalität und des Vereinsverbots – Sie sprechen auch noch über das Parteiverbot, das Sie aber im Augenblick gar nicht meinen, wir reden konkret nur über das Vereinsverbot –, aber dann sagen Sie etwas zu Sekten und da bin ich doch hellhörig geworden. Sie scheinen ein Bild zu haben, dass alles, was nicht Staatskirche ist, Sekte ist. Die Mayflower-Leute würden sich im Grabe umdrehen, wenn Sie die mit Sekten wie der Psychosekte in einen Topf werfen würden. Damit tun Sie einer Reihe von Religionen überhaupt keinen Gefallen. Das ist auch keine tiefgehende Psychologie.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir es auch in der Frage des NPD-Verbots – damals sogar noch im Senat und in der gesamten Fraktion – für falsch gehalten haben, diesen Verbotsantrag zu verfolgen, obwohl wir entschiedene Bekämpfer von faschistischen Parteien sind. Wir glauben aber nicht, dass ein Parteienverbot dafür eine geeignete Maßnahme ist. Die bundesdeutsche Verfassung lässt uns die Möglichkeit frei zu beurteilen, ob wir so etwas machen wollen oder nicht.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Aber sie kennt die Möglichkeit!)

Es besteht keinerlei Zwang, sondern es besteht für Regierungen die Möglichkeit, dies aufgrund von Anträgen zu tun. Es ist eine Frage der Klugheit und eine Frage der Beurteilung einer Situation. Ich frage mich in dieser Situation, wie wir es erreichen können, das Gefühl und die Verantwortung für die Freiheit der Person und für die Freiheit der persönlichen Entscheidung innerhalb unserer Republik, innerhalb unserer Gesellschaft, so stark wie möglich zu machen. Wir werden das nicht durch einen ständigen staatlichen Paternalismus erreichen. Das habe ich gemeint, als ich auf die USA verwiesen habe, die diesen Gesichtspunkt immer schon klar im Kopf hatten. Sie ließen selbst die verrücktesten Sekten auftreten, weil sie einmal erfahren hatten, was es bedeutet, sich gegenüber einer Staatskirche selbstständig machen zu müssen. Das war der Ursprung. Auch wir haben in unserer Religionsgeschichte viel Hin und Her gehabt in der Frage, wer ist Sekte und wer nicht. Dieser Frage kann man entgehen und sagen, das entscheidet jede einzelne Person für sich.

(*Karen Koop CDU:* Das ist doch keine freie Entscheidung. Das ist doch Gehirnwäsche!)

Wir treten dafür ein, dass jeder seine Freiheit wahrnimmt und das muss ihm nicht vom Staat her vorgeschrieben werden. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kai Voet van Vormizeele. C

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Maier, wir alle schätzen Ihre rhetorischen Fähigkeiten und auch Ihre manchmal sehr zielgängigen Gedanken. Aber in dieser Frage darf man das so nicht stehen lassen.

Sie haben eben zum zweiten Male versucht, Scientology mit Religionsfreiheit und mit der Abgrenzung und dem Vergleich zu Religionen zu begründen. Es geht mir nicht um eine Sekte, ich würde doch auch niemals darüber nachdenken, ob wir der Mafia ein "e.V." geben würden. Genau darüber reden wir letztendlich.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Nein, darüber reden wir nicht!)

Wir reden über eine kriminelle Vereinigung, die versucht, sich in irgendeiner Art und Weise einzuschleichen. Das hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun, auch nicht mit irgendeiner staatlichen Bevormundung. Es geht darum, ob wir als Staat unsere Fürsorgepflicht, die wir Menschen gegenüber haben, in diesem Fall mehr im Rahmen des Strafrechts ausnutzen. Darum geht es hier momentan.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es kann und darf nicht angehen, lieber Kollege Maier, dass wir hier nur den geringsten Verdacht lassen. In der nächsten Woche käme beispielsweise die Camorra, die Mafia, und sagt, prima, wir machen einen "e.V.", es kann jeder selbst entscheiden, ob er einer solchen kriminellen Vereinigung beitreten möchte oder nicht. Nein, genau das wollen wir nicht. Hier geht es nicht um Freiheitsrechte, hier geht es um die Abwehr einer kriminellen Vereinigung. Genau das müssen wir betreiben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Wenn das der Fall wäre, dann wäre es den staatlichen Behörden wenigstens in einem einzelnen Fall schon einmal gelungen, eine Straftat – organisiert durch diese Organisation – nachzuweisen. Ich habe gar nichts dagegen, dass Sie das Strafrecht gegen Straftaten anwenden. Tun Sie es doch. Aber nur den Verdacht gegen die Organisation als solche zu erheben, die auch ich widerlich finde und hasse, wegen ihrer Einflussmöglichkeit auf Individuen, ist nicht in Ordnung. Ich bin auf Ihrer Seite, soweit Sie die Straftaten im Einzelnen nachweisen. Aber das tun Sie nicht. Daher ist die Analogie falsch. Auch die Amerikaner sind entschieden dafür, die Mafia und die Camorra zu bekämpfen. Natürlich, dafür bin ich auch.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde die Schieflage der Debatte bemerkenswert, weil es über das Thema "Kriminelle Vereinigung" hinausgeht. Sie haben es in Ihrem Antrag ausgeführt. Scientology wird nicht beobachtet, weil es kriminelle Bestrebungen gibt, sondern weil es verfas-

A sungsfeindliche Bestrebungen gibt. Nur das ist an der Stelle die Berechtigung, warum man sagen kann, diese Organisation wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Das heißt, wir haben elementar die Erkenntnis, dass Scientology die Scientologisierung der Gesellschaft betreiben will. Das geht über die Frage von kriminellen Machenschaften hinaus. Dann wird es auch ein Thema für die Frage eines Vereinsverbots.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – *Nebahat Güclü GAL*: Ist das ein Straftatbestand?)

Deswegen ist der Antrag auch etwas vorsichtiger formuliert. Er fordert nicht, Verbot heute, hier und jetzt, sondern es geht darum, in einem vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren Anhaltspunkte dafür zu sammeln, ob die Gründe für ein Vereinsverbot reichen. Genau mit dieser Maßgabe sagen wir als SPD-Fraktion, auch in der Tradition der Scientology-Bekämpfung, die wir in Hamburg über Jahre haben – das haben Sozialdemokraten an der Stelle mit aufgebaut –, ja, Hamburg ist in diesem Punkt Vorreiter, aber wir können das Ende des Ergebnisses dieser Prüfung nicht vorwegnehmen. Das wird die Innenministerkonferenz zeigen. Wir werden sehen, ob Sie in der Innenministerkonferenz eine Mehrheit dafür zustande bekommen. Dann können wir in der Bürgerschaft auch wieder darüber reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

B Wer einer Überweisung der Drs. 18/7304 an den Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehr ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer den CDU-Antrag aus der Drs. 18/7304 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30, dem gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion, Drs. 18/7305: Am Votum von 365.133 Hamburgerinnen und Hamburger nicht vorbeigehen: "Hamburg stärkt den Volksentscheid – Mehr Demokratie".

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:]

Am Votum von 365.133 Hamburgerinnen und Hamburger nicht vorbeigehen: "Hamburg stärkt den Volksentscheid – Mehr Demokratie"
– Drs. 18/7305 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Dressel, bitte.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige werden sich wahrscheinlich fragen: Die hundertste Debatte über Volksentscheide, muss das denn sein? So einfach kann man es sich nicht machen, dass wir bei dem Thema jetzt quasi die Akten zumachen und die Diskussion einstellen. Ich kann verstehen, dass daran das Interesse bei der CDU ziemlich

C groß sein dürfte. Ich will aber versuchen, mich dem Thema anders zu nähern, damit wir aus diesen politischen Schützengräben herauskommen, denn nach dem 14. Oktober dürfte sich der Pulverdampf ein bisschen verzogen haben.

Eingangs eine kleine Rückblende. Wie war es 1998? Es gab einen Volksentscheid über "Mehr direkte Demokratie" in Hamburg. Das Volksbegehren war seinerzeit erfolgreich, dann gab es den Volksentscheid parallel zur Bundestagswahl. Der hatte teilweise Erfolg und in Hamburg wurden Bürgerentscheide eingeführt. In einer anderen Frage hatte er keinen Erfolg, nämlich bei der Frage der Verfassungsänderung. Aber es gab sehr schnell – es lohnt sich immer wieder, in die Parlamentstagebücher hineinzugucken – einen Konsens zwischen den damaligen drei Fraktionen, die in der Bürgerschaft vertreten waren – CDU, SPD und GAL –, diesen Volksentscheid nicht leerlaufen zu lassen, weil das Votum der Menschen eindeutig gewesen ist, und zwar auch hinsichtlich der Verfassungsänderung.

Ole von Beust hat damals gesagt – das muss man sich auch noch einmal auf der Zunge zergehen lassen –, alle Parteien wären gut beraten, auf die Initiative zuzugehen. Noch ein weiteres Zitat aus der Bürgerschaft vom geschätzten Kollegen Kruse, der jetzt nicht mehr bei Ihnen ist:

"Wir können unseren Bürgerinnen und Bürgern also mit sehr viel Vertrauen entgegentreten, in die Gesetzgebung und die wichtigen politischen Vorgänge hinein zu entscheiden. Das ist das Spannende."

D Heute fragt man sich natürlich, wo Ihr Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger geblieben ist? Ihr Vertrauen ist, so wie Sie sich gegenüber Volksentscheiden verhalten, offensichtlich weg, genauso wie das Vertrauen der Menschen in Sie bei diesem Thema.

(Beifall bei Michael Neumann SPD und vereinzelter Beifall bei der GAL)

Es gibt nur noch Misstrauen. Deshalb wollten wir Ihnen heute abseits des politischen Schlagabtauschs, den wir uns geliefert haben, einen Konsens anbieten. Wir sollten zu dem bewährten Brauch zurückkommen, dass wir wie bereits 2001, als wir über das Thema geredet haben, sagen, Grundfragen der Demokratie müssen im Konsens mit allen drei Fraktionen entschieden werden.

Sie können heute nicht so tun, als wäre am 14. Oktober nicht irgendetwas gewesen. Fast 76 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger haben gesagt, wir wollen mehr Verbindlichkeit, wir wollen mehr direkte Demokratie. Daran können Sie nicht vorbeigehen. Deshalb hat Ihr Bürgermeister gesagt, in Teilfragen, bei der Frage der Verbindlichkeit, würde er vielleicht mit sich reden lassen. Es stellt sich die Frage, ob das ein Scheinzugeständnis war, das Sie jetzt vor der Bürgerschaftswahl geben, um das Thema tot zu bekommen, oder ob das ein ernst gemeintes Zugeständnis war.

Deshalb legen wir Ihnen heute einen gemeinsamen Antrag vor, mit dem Sie ein bisschen à la carte umgehen können. Das heißt, es ist klar, dass Sie bei dem Thema der Quoren nicht bereit sind, einen Millimeter weiterzugehen, aber vielleicht bei der Verbindlichkeit, wenn der Bürgermeister sagt, darüber lasse er mit sich reden. Das können Sie auf der Grundlage dieses Antrags, der zwei-

A geteilt ist, einerseits die Verbindlichkeit, andererseits die Quoren. Wir bitten Sie zu sagen, wir gehen jedenfalls in den Teilfragen, wie Sie es angekündigt haben, darauf ein.

Bei allen Differenzen müssen wir sagen, dass sich 30 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger insgesamt deutlich hierfür ausgesprochen haben. Sie sollten an der Stelle auch im eigenen Interesse gucken, dieses nicht als Wahlkampfgeplänkel verkommen zu lassen. Wir wollen wieder dahin zurück, wo wir 2001 in der Frage der Demokratie miteinander aufgehört haben. Grundfragen der Demokratie erfordern den Konsens der Demokraten. Das war früher so und dahin möchten wir gern wieder mit Ihnen zurück. Deshalb sollten wir wenigstens dieses Thema im Verfassungsausschuss miteinander weiterbewegen. Das erwarten die Hamburgerinnen und Hamburger von uns. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kai Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kollegen! Wenn es noch eines beredten Beispiels bedurfte hätte, dass wir am 24. Februar des nächsten Jahres Bürgerschaftswahlen haben, dann hat es eben der Kollege Dressel eindeutig gebracht. Es geht weder der SPD noch der GAL darum, irgendeine Art von Gemeinsamkeit zu erzeugen und irgendeine Art von inhaltlichem Vorantreiben zu bringen. Sie wollen versuchen, weil es Ihnen an restlichen Wahlkampfthemen mangelt, ein Thema in den Wahlkampf hineinzu drängen, das nicht hineingehört.

B

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt für mich festzustellen, dass wir einen Volksentscheid gehabt haben. Wir haben uns in dieser Stadt vier Wochen lang kräftig darüber gestritten. Es gibt eine klare Entscheidung, dieser Volksentscheid war nicht erfolgreich. Wir haben sowohl als CDU-Partei als auch als CDU-Fraktion gesagt, dass wir, wenn sich der Pulverdampf ein bisschen gelegt hat – wie Herr Dressel es eben formuliert hat –, allesamt wieder ein bisschen zum normalen Alltag in dieser Stadt zurückkehren sollten und alle Seiten aufeinander zugehen müssen, um miteinander zu reden. Diese Kommunikation muss stattfinden. Wer meint, diese gemeinsame Kommunikation jetzt mit Wahlkampf ersetzen zu können, der täuscht sich ganz kräftig. Wir werden diesem nicht Vorschub leisten. Wenn Sie meinen, Sie können hier die, wie Sie selbst sagten, einhundertste Debatte zum selben Thema führen, dann tun Sie es, aber tun Sie es gern ohne uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

(Olaf Böttger CDU: Jetzt kommt der 10-Millionen-Müller!)

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Vormizeele, so wie Sie eben geredet haben, macht es deutlich, dass Sie vor dem Thema Angst haben. Herr Dressel hat hier überhaupt keine Wahlkampfrede gehalten. Er hat versucht, ein strittiges Thema – das Verhältnis von direkter und parlamentarischer Demokratie –, über das wir im Parlament leiden-

C schaftlich und mit den Menschen draußen in der Stadt über eine ganze Zeit lang diskutiert haben, jetzt ins Parlament zurückzuholen, nachdem das Volk abgestimmt hat. Über 365.000 Menschen haben mit Ja gestimmt. So viele Wählerstimmen haben Sie in dieser Stadt selten bekommen, meine Damen und Herren von der CDU, das ist eine beachtliche Zahl. Wir glauben als Parlamentarier, dass man das nicht übergehen darf.

Was heißt hier, wir ziehen das Thema in den Wahlkampf? Dieser Volksentscheid, wenn wir uns erinnern, sollte eigentlich bei der Bürgerschaftswahl stattfinden. So hatten es sich die Initiatoren gedacht, so sah es das Gesetz vor, mit einer Trichterwirkung und allen Regeln. Sie haben den Termin vorgezogen. Wir möchten den Streit jetzt nicht noch einmal nachvollziehen, warum das alles so gewesen ist. Wir wissen, es war knapp und deswegen hat der Volksentscheid vor der Wahl stattgefunden.

Vor dem Hintergrund, wie die Debatte gelaufen ist, müssen wir aufnehmen, dass es in dieser Stadt das Bedürfnis gibt, dass eine Volksabstimmung, die in dieser Stadt stattfindet, auch gelten soll. Diese Debatte ist weit über irgendwelche parteilichen Lager hinaus geführt worden. Sie wissen genau, dass unter allen Stimmen natürlich nicht nur Wählerinnen und Wähler von SPD und Grünen sind und dass das überhaupt nichts mit der Parteifarbe zu tun hat. Die Menschen sind im 21. Jahrhundert – im Gegensatz zu der Zeit kurz nach dem Krieg – sehr wohl in der Lage, einen Teil des Gemeinwesens mitzubestimmen. Sie können sich genauso wie die Parlamentarier über einen Sachverhalt ein Bild machen.

D Der Begriff der Überdemokratisierung, der vom Ersten Bürgermeister genannt wurde, ist ein Misstrauensantrag gegen die Menschen in dieser Stadt. Das wurde auch so verstanden. Aber nun haben wir das Votum vorliegen. Sie haben das Hohelied des Parlamentarismus durch die Stadt gesungen. Nun ist das Parlament wieder am Zuge wie 1998, als ebenfalls ganz knapp eine Volksabstimmung zur Verfassungsänderung an den Hürden gescheitert ist. Auch da haben sich alle Fraktionen in diesem Hause zusammengefunden und einen vernünftigen Kompromiss im Sinne der Bürger ausgehandelt. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass Sie unser Angebot nicht einfach vom Tisch wischen mit dem Hinweis, es sei Wahlkampf. Natürlich bewegt das Thema die Menschen, ebenso die Frage, wie sich in Zukunft eine Partei bei Volksentscheiden verhält. Das ist für die Menschen wichtig bei der Frage, wen sie wählen sollen. Warum nicht, was ist daran illegitim? Das habe ich nicht verstanden, Herr Voet van Vormizeele.

Wir wollen es ermöglichen, einen parlamentarischen Kompromiss zu finden und das Thema nicht in weitere Debatten in den Wahlkampf hineinzuziehen. Das ist der Grund, warum SPD und Grüne diesen Antrag gestellt haben, denn die Menschen draußen haben genug diskutiert. Die Fronten sind klar, es gab eine Abstimmung. Unsere Aufgabe als Abgeordnete ist es jetzt, diese Stimme im Parlament zu nutzen und zu sehen, was unter den drei Fraktionen möglich ist. Es ist sehr bedauerlich, dass Sie sich verweigern. Ich hätte mir gewünscht, dass wir den Antrag an den Verfassungsausschuss überweisen. Ich bin mir sicher, wenn wir ernsthaft miteinander gesprochen hätten, hätten wir einen Weg gefunden, einen Teil des Volkswillens auch in der Verfassung zu verankern. Dass Sie nicht einmal darüber reden wollen, ist bedauerlich. Die Menschen fühlen sich von Ihnen

A verkannt. Sie sind keine Kinder mehr, sie wissen, sie können etwas entscheiden. Auch wenn Sie die Debatte hier verweigern, werden Sie, Herr Voet van Vormizeele und die Kollegen von der CDU, das Thema nicht vom Tisch bekommen. Dieses Thema bleibt natürlich weiter auf der Tagesordnung, weil es Gott sei Dank immer wieder neue Volksentscheide geben wird. Es wird sich immer wieder die Frage stellen, wie sich die Mehrheit in dieser Bürgerschaft bei diesem Volksentscheid verhält, der in der Stadt strittig ist. Deswegen hätten wir es gut gefunden, wir würden jetzt eine parlamentarische Lösung finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, anders herum wird ein Schuh daraus. Dieser Antrag ist Ihre letzte Chance, dieses Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

(Lachen bei der CDU)

Wo bleibt denn Ihr sonst immer so großer Spürsinn für Stimmungen in der Stadt? Sie hätten hier die Möglichkeit, genau wie Herr Müller gesagt hat, das Thema mit in den Verfassungsausschuss zu nehmen und zu sagen, der Bürgermeister hat gesagt, wir wollen einmal darüber reden. Das ist an der Stelle nicht passiert. Es ist ein Angebot, deshalb haben wir es Ihnen bewusst à la carte serviert, darauf einzugehen. Das wollen Sie nicht und so bleibt für uns nur die Erkenntnis, Sie wollen keinen Konsens und Sie wollen kein Signal in die Stadt geben, wie Sie das Thema verstanden haben. Damit ist die Frontenlage für den 24. Februar klar, dass es auf der einen Seite des Hauses zwei Parteien gibt, die klar zu Volksentscheiden und zur Verbindlichkeit stehen, und dass auf der Seite des Hauses eine Partei ist, die Volksentscheide missachtet hat und offensichtlich auch weiter missachten will. Das werden wir den Hamburgerinnen und Hamburgern erklären und dann können die am 24. Februar ihre Entscheidung treffen. Insofern ist der 24. Februar ein Volksentscheid darüber, wie weiter mit dieser direkten Demokratie in dieser Stadt verfahren werden soll. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die GAL-Faktion hat eine ziffernweise Abstimmung des Gesetzentwurfs beantragt.

Wer Ziffer 1 des Gesetzentwurfs aus Drs. 18/7305 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 2 des Gesetzentwurfs aus Drs. 18/7305 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 3 des Gesetzentwurfs annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist mit Mehrheit abge-

lehnt.

C Wer Ziffer 4 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 4 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 37 der Tagesordnung, dem gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Faktion, Drs. 18/7323: Keine Benotung in Integrationsklassen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Keine Benotung in Integrationsklassen

– Drs. 18/7323 (Neufassung) –]

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7405 ein Antrag der CDU-Faktion vor.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Schulversuch "Moderne Kompetenzmessung und -beschreibung"
– Drs. 18/7405 –]

Beide Drucksachen möchte die GAL-Faktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch, bitte.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute endlich über die sensible Frage, wie Integration in der Schule gelingen kann und wie Kinder mit und ohne Behinderungen am besten gemeinsam unterrichtet werden und lernen können. Egal, wie die Debatten stattgefunden haben, so ist bei all dem Ärger in den letzten Monaten soviel Druck entstanden, dass Sie heute, meine Damen und Herren von der CDU, einen Zusatzantrag eingebracht haben, den wir noch diskutieren werden. Ich will erst einmal abwarten, wie Sie ihn begründen und im Vorwege nur grundsätzlich über die Frage der Integration in der Schule sprechen.

D Es geht natürlich um die Noten, aber es geht auch darum, wie der Alltag in den Schulen – der Unterricht, die Leistungsbewertung und alles, was dazu gehört – grundsätzlich gestaltet werden kann, damit es für die Kinder keine Stigmatisierung und Ausgrenzung bedeutet. Dann schaue ich mir das Zitat des Pressesprechers noch einmal an, der sagte – Zitat –:

"Gleichmacherei trägt nicht zur Integration bei. Eltern haben das Recht zu wissen, ob ihr Kind die Bildungsstandards erfüllt."

Die Schulbehörde behauptet damit sinngemäß, dass die Neuregelung mit unterschiedlichen Zeugnissen die Integration sogar fördere. Da wird die Idee von der Pädagogik der Integration auf den Kopf gestellt, denn woher nehmen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Belege, dass damit Integration gefördert werde, zumal jahrelange Erfahrungen an den Schulen etwas anderes zeigen.

Auch der Integrationsexperte, Professor Schuck, geht in dieselbe Richtung und sagt ganz deutlich, dass eine einheitliche Leistungsbewertung in der Integrationsklasse keine Gleichmacherei sei, sondern das Recht aller Kinder verwirklicht werde, für ihren eigenen Entwicklungsprozess förderliche Rückmeldungen zu bekommen. Es geht also nicht um Verwischen von Unterschieden und nicht um Gleichmacherei, sondern um Anerkennung ohne Stigma-

A tisierung und Ausgrenzung.

(Beifall bei der GAL)

Das haben natürlich auch die Schulen, die Kolleginnen und Kollegen und die Eltern verdient,

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

die über Jahre für Integrationsklassen ohne Noten und Berichtszeugnisse gekämpft haben, und eigentlich ist klar, an bewährter Praxis festzuhalten, wie übrigens auch im europäischen Ausland. Insofern ist es natürlich verwunderlich, wenn die Schulsenatorin sagt – ich zitiere –:

"Ich kenne auch Eltern mit behinderten und nicht behinderten Kindern im Freundeskreis. Diese Kinder lernen von Anfang an, mit ihrer Verschiedenheit zu leben."

So ein Denken muss einen im Grunde genommen traurig machen, denn was ist das für ein Menschenbild und aus welchem Jahrhundert stammen die pädagogischen Vorstellungen. Das hat auch sofort zu einem offenen Brief der "Landesarbeitsgemeinschaft Eltern für Integration" an Frau Dinges-Dierig geführt. Die empörten Eltern schreiben nämlich – Zitat –:

"Eine solche Aussage zeigt nicht nur, dass Sie [die Senatorin] hinter dem aktuellen Stand der internationalen pädagogischen Diskussion weit zurückliegen. Sie widerspricht vor allem auch dem Artikel 3 des Grundgesetzes und dem darin enthaltenen Gleichstellungsgebot. Diese Äußerung bedeutet eine klare Diskriminierung der betroffenen Kinder und Eltern."

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Glocke)

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Goetsch, ich möchte Sie einmal unterbrechen. Meine Damen und Herren in der Loge! Es ist Ihnen nicht gestattet zu klatschen. Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, da ich sonst die Sitzung unterbrechen müsste und das wäre nicht so schön. – Vielen Dank.

Christa Goetsch (fortfahrend): Man kann natürlich verstehen, dass bei dem Thema viel Herzblut fließt und es berechtigte Emotionen gibt.

Heute ist von der CDU ein Zusatzantrag eingebracht worden und da sieht man, wie schnell man ein Schulgesetz ändern kann, wenn man will. Die Frage ist, ob es tatsächlich Abhilfe für die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer bei der drohenden Notengebung in Integrationsklassen schaffen wird; das werden wir gleich im Detail noch von Herrn Heinemann hören. Der Antrag scheint auf jeden Fall die Tür für die Abschaffung von Noten an allen Hamburger Schulen aufzumachen. Es ist ein spannender Moment, wenn Sie bei Ihrer sonst anderen Ideologie jetzt einen wie auch immer gearbeiteten Quantensprung machen. Ein Drittel bis die Hälfte der Grundschulen und wahrscheinlich eine erkleckliche Zahl der weiterführenden Schulen wollen ganz schnell Versuchsschule werden, was ich gut verstehen kann. Es gibt schon einige Versuchsschulen, die mit Kompetenzrastern arbeiten, nicht nur im allgemeinbildenden Bereich, zum Beispiel die Max-Brauer-Schule, sondern Kompetenzraster werden auch in Berufsfachschulen

C erprobt. Ich hoffe und gehe davon aus, dass alle Schulen sich auf den Versuchsschulweg begeben, damit sie sich von diesem schrecklichen Zwang zur Notengebung und der Stigmatisierung befreien können.

Die Frage ist nur – da bin ich sehr skeptisch und gespannt auf Ihren Beitrag –, wie man in den laufenden Integrationsklassen des dritten Schuljahres jetzt damit umgeht. Ich kann mir noch nicht genau vorstellen, wie dieser halbe Sprung, über den wir in Ziffer 2 jetzt abstimmen werden, nur im Halbjahr von Zeugnissen abzusehen, genau aussehen soll. Da wird nur der halbe Sprung gemacht und dazu erwarte ich von Ihnen eine klare Antwort, Herr Heinemann.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich freue mich, dass wir heute endlich über dieses Thema reden dürfen; letztes Mal fand die Debatte ja nicht statt.

(**Gesine Dräger** SPD: Sie haben sich nicht gemeldet!)

Ich möchte daran erinnern, dass wir bereits im Frühjahr 2006 in vier Ausschusssitzungen samt Anhörungen im Schulausschuss über das Schulreformgesetz beraten haben.

(**Christa Goetsch** GAL: Das ist Schnee von gestern!)

D

Die Bildungsbehörde hat in einer sehr aufwendigen Synopse, wie man sie sonst normalerweise bei Gesetzesänderungen nicht kennt, alle rechtlichen Änderungen dargestellt und wir sind alle Paragrafen nacheinander durchgegangen. Ich möchte nur daran erinnern, auch wenn ich weiß, dass Sie es nicht gerne hören, dass die Opposition sich nicht einmal gegen die heute debattierten Änderungen ausgesprochen hat. Sie haben im Schulausschuss zwei Änderungsanträge vorgelegt, aber zum relevanten Paragrafen 44 kam kein Änderungsantrag von Ihnen, Herr Buss. Haben Sie da nicht aufgepasst, Herr Buss und Frau Goetsch?

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das Schulreformgesetz zweimal ausführlich im Parlament debattiert. Herr Buss erwähnte zwar immerhin kurz das Thema Noten und meinte, generell sei er der Meinung, dass das die Schulen für die Klassen 3 und 4 selber entscheiden sollten. Er sagte aber kein Wort zu den behinderten Schülern, kein Wort zu den I-Klassen.

Frau Goetsch, auch Ihnen war es nicht wichtig genug, Sie haben das Thema gar nicht erst erwähnt. Jetzt in der Vorwahlzeit haben Sie plötzlich Ihre Meinung geändert oder sind einfach sehr laut aufgewacht. "Schlamperei in der Schulbehörde" haben Sie getitelt und sich aufgeregt – ich zitiere –:

"Wie jetzt bekannt wurde, hat die Schulbehörde Anfang der Woche die Grundschulen mit Integrationsklassen angewiesen, ab sofort in den 3. und 4. Klassen Notenzeugnisse einzuführen."

Es ist natürlich absolut unmöglich, dass die Schulbehörde die Schulen auffordert, das Schulgesetz einzuhalten; das

A finde ich auch.

(*Wilfried Buss SPD: Ja, warum wohl?*)

Es kam aber noch besser, ich zitiere aus Ihrer Pressemitteilung, Frau Goetsch.

"Die GAL-Fraktionsvorsitzende Christa Goetsch reagiert darauf mit scharfer Kritik: 'Es ist eine maßlose Schlamperei, dass die Schulbehörde schlichtweg vergessen hat, eine Ausnahmeverordnung für Integrationsklassen zu erlassen.'"

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Christa Goetsch GAL: Das ist Ihre Aufgabe!*)

Liebe Frau Goetsch, wenn hier einer maßlos geschlampert hat, dann waren Sie das. Es ist doch unglaublich, dass jemand Schulsektorin werden will, die noch nicht einmal Gesetze lesen kann. Denn hätten Sie das gekonnt, Frau Goetsch, dann hätten Sie auch feststellen müssen, dass die Bildungsbehörde gar keine Ausnahmeverordnung erlassen darf; das haben wir hier so beschlossen. Von daher konnte es die Bildungsbehörde nie vorgehabt haben und man kann es ihr auch nicht als Schlamperei vorwerfen, eine solche Ausnahmeverordnung nicht erlassen zu haben.

Wir hatten Ihnen das im Ausschuss erklärt und Sie haben dann vor zwei Monaten einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes eingebracht, damals zunächst von der SPD, in dem die Peinlichkeiten weiter gingen. Der eingereichte Antrag, Herr Buss, war inhaltlich und rechtlich falsch und hätte auch noch katastrophale Folgen gehabt. Inhaltlich war er falsch, weil Sie die integrativen Regelklassen von der Benotung ausnehmen wollten, obwohl diese ohnehin von der Benotung ausgenommen sind; da gab es also gar keinen Regelungsbedarf. Rechtlich war er falsch, weil Sie die integrativen Regelklassen ins Schulgesetz hineinschreiben wollten, obwohl das bekanntermaßen bei einem Schulversuch nicht geht. Und Ihr Gesetzesentwurf hätte katastrophale Folgen gehabt, weil er dazu geführt hätte, dass alle Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen und alle Kinder mit Förderbedarf in Regelklassen plötzlich zwangsweise hätten benotet werden müssen. Ihr vorgelegter Antrag war eigentlich das Gegenteil von dem, was Sie bezeichnen wollten.

Die GAL hat das Gott sei Dank noch rechtzeitig gemerkt und einen Tag vor der Septembersitzung flatterte uns eine Neufassung ins Haus. Aber auch da haben Sie es in gemeinsamer Anstrengung leider nicht geschafft, ...

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

– das möchten Sie nicht hören, Herr Buss, das verstehen ich, aber es ist leider die Historie –, einen einwandfreien Antrag zu formulieren. Von daher haben wir ihn abgelehnt.

Gerne hätte ich das mit Ihnen im September diskutiert, aber Sie waren nicht da, Herr Buss.

(*Michael Neumann SPD: Oh, oh, Sie hätten sich ja zu Wort melden können! – Wilfried Buss SPD: Ja, ja, ja!*)

Anstatt nun heute mit einer korrigierten Neufassung zur Änderung des Schulgesetzes zu kommen – die hätten Sie heute vorlegen können, das wäre auch richtig gewesen –, hatten Sie einen juristisch sehr originellen Einfall. Die Bürgerschaft möge beschließen, dass der Senat doch bitte ein Gesetz nicht anwende. Ich habe immer gedacht,

unsere Aufgabe im Parlament sei es, Gesetze zu machen und dann den Senat zu kontrollieren, dass er sie auch einhält. So haben mir das zumindest meine sozialdemokratischen Politiklehrer einmal erklärt, Herr Piske zum Beispiel, Sie kennen ihn sicherlich.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Oh Gott, den hastest du als Lehrer! – Michael Neumann SPD: Gesamtschule bestimmt!*)

– Der hat mir das erklärt –. Wir machen die Gesetze und kontrollieren, dass der Senat sie einhält und fordern den Senat nicht auf, Gesetze nicht einzuhalten; das halte ich für geradezu absurd.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir zum eigentlichen Punkt, wie wir inhaltlich mit der Frage umgehen. Manche von Ihnen behaupten ja, unterschiedliche Zeugnisse würden die Integration zerstören. Ich habe viele Gespräche mit Eltern geführt und die machen sich zum Beispiel sehr viele Sorgen über Klassenreisen zum Surfen, über gemeinsame Crossläufe, die aus ihrer Sicht die Integration zerstören, wenn ihre Kinder am Rand stehen und nicht mitmachen können. Es zerstört die Integration nachhaltig – das kann ich mir auch sehr lebhaft vorstellen –, wenn Kinder bei gemeinsamen Erlebnissen nicht mitmachen können.

Bei den Zeugnissen wird auch gerne etwas Falsches behauptet. Da steht zum Beispiel auf einer Homepage, wir würden den Eltern der nicht behinderten Kinder die differenzierten Lernentwicklungsberichte vorenthalten; das ist natürlich Unsinn. Wir haben die Lernentwicklungsberichte nicht abgeschafft, sondern sie in den Klassen 3 und 4 um Noten ergänzt. Diese Noten können, auch das wird gerne falsch dargestellt, von den Schulen selbstverständlich auch den behinderten Schülerinnen und Schülern gegeben werden, sodass es dann gar nicht zu Unterschieden kommen würde, und das ist in vielen Bereichen auch möglich. Aber es gibt selbstverständlich Fälle, in denen eine Notenvergabe im individuellen Fall nicht sinnvoll ist oder wo sie nicht in allen Fächern sinnvoll und möglich ist.

Die Frage der Integration, der wir uns heute stellen, scheitert daran jedenfalls nicht. So wurden etwa in den Integrationsklassen der weiterführenden Schulen in Hamburg in der Vergangenheit durchaus Noten gegeben. Ich habe auf der Homepage der Gesamtschule Eppendorf dazu eine interessante Begründung gefunden:

"Eine Leistungsbewertung in einer Integrationsklasse [muss] auf das entsprechende Kind bezogen sein. Das erfordert individuell formulierte Rückmeldungen bei Klassenarbeiten und in Berichtszeugnissen. Doch in einer Gesellschaft, in der der Leistungsgedanke heute wieder stärker in den Mittelpunkt rückt, ist das eine Gradwanderung zwischen verschiedenen wichtigen Prinzipien. Daher haben wir an der GSE uns dafür entschieden, in der 5. und 6. Klasse klare Berichtszeugnisse zu erteilen, ab Klasse 7 aber Notenzeugnisse auszugeben. Für Kinder mit Förderstatus können wir aber bis zum Schluss Berichtszeugnisse ohne Noten erteilen."

Herr Buss, über den Zeitpunkt für Notenzeugnisse in Integrationsklassen kann man gerne unterschiedlicher Meinung sein, weil man bei dieser Gratwanderung, die dort beschrieben wurde, unterschiedliche Schwerpunkte

A setzt. Aber Notenzeugnisse stehen offensichtlich nicht im Gegensatz zum Integrationsgedanken, denn sonst dürfte man auch in den Klassen 7 und 8 keine Noten geben, auch nicht an der Gesamtschule in Eppendorf.

Ich bin der Meinung – und das ist der Grund, warum wir immer für Noten plädiert haben –, dass Noten auch zur Einordnung von Lernentwicklungsberichten sehr hilfreich sein können, gerade auch für Eltern, die der deutschen Sprache oder auch nur der deutschen Zeugnissprache nicht so mächtig sind, damit sie die Berichte der Lehrer entsprechend einordnen können.

Das gilt natürlich um so mehr, als Sie, die Sie immer für mehr Berichtszeugnisse und gegen Noten plädiert haben, in Hamburg niemals irgendeine Qualitätsoffensive gestartet und dafür gesorgt haben, dass Hamburgs Lehrer irgendwann einmal einheitlich nach Standards ausgebildet werden, wie man eigentlich Lernentwicklungsberichte schreibt. Von daher haben wir eine unglaublich heterogene Qualität, was die Lernentwicklungsberichte in Hamburg anbelangt, und das ist natürlich eines der Probleme.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem wissen wir, obwohl wir Noten als notwendige Ergänzung zu den Lernentwicklungsberichten haben wollen, dass natürlich auch die Noten ihre Schwächen haben neben ihren Stärken. Deshalb liegt die Zukunft in einer anderen Form von Leistungsbeschreibung, in der genauen Messung oder Darstellung von Kompetenzen; diese Entwicklung beobachten wir bundesweit. Mit der Einführung von Bildungsstandards durch die Kultusministerkonferenz werden erreichte Kompetenzen künftig der zentrale Bezugspunkt von Leistungseinschätzungen. In den Schulen sind hierzu Kompetenzraster zu entwickeln, die für Eltern, Lehrer und Schüler transparent machen, welche Kompetenzen zu erwerben sind, welche Kompetenzen ein Kind bereits erworben hat und was die nächsten Kompetenzen sind, die ein Kind erwerben kann.

In Hamburg haben sich einige Schulen schon auf diesen Weg gemacht, ein sehr mühevoller Weg, der mit hohem Engagement und im Moment noch mit viel Suchen verbunden ist, der überall in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt. Ich habe aber den Eindruck, dass in Hamburg in vielen Schulen und gerade auch in den Schulen mit Integrationsklassen eine hohe Bereitschaft besteht, über Kompetenzraster zu innovativen Formen der Leistungseinschätzung zu kommen. So weit waren wir vor zwei, drei Jahren noch nicht, aber auch die bundesdeutsche Diskussion ist weiter gegangen. Wir haben in Hamburg inzwischen erste Erfahrungen gemacht, aber wir hätten unter normalen Gesichtspunkten dieses Thema heute noch nicht gestartet. Dieses Thema hätte aus meiner Sicht stattdessen mit etwas mehr Vorlauf in der nächsten Legislaturperiode gestartet werden sollen. Aber aufgrund der Wünsche der Eltern und der Schulen haben wir uns entschieden, schon jetzt mit Schulversuchen zu Kompetenzrastern zu starten, was natürlich für die Schulen mit einem entsprechenden Aufwand verbunden ist, weil diese entsprechend entwickelt werden müssen.

Wir wollen daher den Senat heute bitten, einen solchen Schulversuch zu starten, der es Schulen auf freiwilliger Basis und unter wissenschaftlicher Begleitung ermöglicht, statt auf Noten auf innovative Formen der Kompetenzmessung und der Kompetenzbeschreibung zu setzen. Es ist klar, dass diese Kompetenzbeschreibungen so gestaltet sein müssen, dass sie eine Entscheidung über die

weitere Schullaufbahn begründen. Es ist kein Zurück zum Larifari, sondern es sind klare Rückmeldungen, viel klarere, als sie heute durch Noten gemacht werden können, und damit können wir in Hamburg auch Vorreiter für Deutschland werden.

C

Trotzdem wollen wir bei dieser Gelegenheit den Schulen noch an einer weiteren Stelle größere Freiheiten einräumen. Sie wissen, dass wir im Jahr 2006 den Schulen bereits die Möglichkeit gegeben haben, in der Sekundarstufe I Halbjahreszeugnisse durch Zielklärungsgespräche, durch Lernentwicklungsberichte und durch Lernvereinbarungen mit Schülern und Eltern zu ersetzen. Wir haben das in der Grundschule nicht gemacht, weil es für die Klassen 1 und 2 kein Thema ist und wir in Klasse 4 diese Halbjahreszeugnisse mit Noten für die weitere Schullaufbahn für sehr relevant halten. Aber in Klasse 3 besteht natürlich dieser Zusammenhang nicht und von daher wollen wir in Klasse 3 diese zusätzliche Freiheit einräumen.

Man sieht, dass die Diskussion um Notenzeugnisse und Lernentwicklungsberichte eigentlich eine Diskussion der Vergangenheit ist. Sie wird sich spätestens dann erledigt haben, wenn wir auf dem noch vor uns liegenden Weg zu Kompetenzmessungen und -beschreibungen ein deutliches Stück vorangekommen sind. Ich stehe in engem Kontakt mit der Elternkammer, auch mit dem Vorsitzenden der Elternkammer zu diesem Thema. Die sehen auch, dass dieser Schritt, den wir heute gehen, ein Schritt in die richtige Richtung ist.

D

Die Diskussion um die Frage, ob man wirklich Leistung will, ob man auch zu Leistung steht, werde ich Ihnen hingegen nie ersparen und die werden wir immer wieder mit Ihnen führen. Ich fand es in der gesamten Debatte rund um Integrationsklassen sehr kontraproduktiv, wenn mich Briefe erreichen, in denen wenig zum Thema Integration gesagt wird, aber gegen das "ideologisch festgefahrenen Leistungsdenken" der Bildungsbehörde gewettert wird oder wenn es heißt, Zensuren seien Quatsch und das sei alles Unsinn.

(Thomas Böwer SPD: Das ist auch Quatsch!)

Das hat nichts mehr mit Sorge um eine bestmögliche Integration von Kindern zu tun, sondern ist genau der Rückfall in eine kuschelpädagogische Rhetorik, die wir in Hamburg über Jahrzehnte gehabt haben und die uns genau dahin gebracht hat, wo Sie uns 2001 die Schulen hinterlassen haben. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, ich bleibe ganz bewusst nicht bei Ihrem Stil und weiß auch, dass es Ihnen schwerfällt, sich in einer fachlichen Debatte zu all den Punkten zu bekennen, auch wenn es Ihnen heute, das will ich anerkennen, gelungen ist, diskutable Argumente für Ihren Zusatzantrag vorzubringen.

(Harald Krüger CDU: Sehr großzügig!)

Herr Heinemann, es macht sich immer gut, grinsend auf dem Podium zu stehen und zu wissen, dass man den gesamten Sachverstand der Behörde hinter sich hat und jederzeit auf irgendwelche Schulrechtler zurückgreifen

A kann, die sagen, da und da ist ein Kinken in der entsprechenden Vorlage. Wenn man in der Sache wirklich ein Interesse an einer Änderung des Schulgesetzes hat, dann ist es doch kein Problem, einen Antrag der Opposition, der in der Sache zwar richtig, in einigen Punkten aber für die Schulrechtler diskutabel ist,

(*Bernd Reinert CDU: Indiskutabel war das!*
– *Robert Heinemann CDU: Unsinnig!*)

an den Schulausschuss zu überweisen, Herr Reinert, und es entsprechend zu korrigieren. Dann kommt es aus dem Ausschuss zurück und es erfolgt bei einer Gesetzesänderung normalerweise eine Lesung im Parlament.

Das eigentliche Thema ist in der Tat, warum plötzlich in den Integrationsklassen Noten erteilt werden sollen. Diejenigen, die schon länger dabei sind, wissen, dass es seit 1984, also seit fast 25 Jahren, zahlreiche Elterninitiativen gegeben hat, die erreicht haben, dass behinderte Kinder nicht mehr an einer SonderSchule eingeschult werden, sondern zumindest ihre Grundschulzeit gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in einer Grundschule ihrer Region absolvieren können. Das ist ein großer Fortschritt und Hamburg ist bundesweit dafür gelobt worden, dass man unter der SPD-Regierung diese Möglichkeit eingeräumt hat.

(Beifall bei der SPD)

In der weiteren Arbeit dieser Integrationsklassen, wie sie dann genannt wurden, führte die allgemeine Diskussion über die Zensierung zu der Erkenntnis, dass eine erfolgreiche integrative Arbeit nur dann möglich ist, wenn man die notwendige Beurteilung der schulischen Leistung nicht in Noten, sondern in Berichtszeugnissen vornimmt.

B Seit über 20 Jahren wird nun so verfahren und Hamburg wurde wiederum bundesweit als Beispiel genommen, diesen neuen Weg so zu gehen. Niemand von den Eltern ist gezwungen, sein Kind in einer Integrationsklasse anzumelden. Deshalb war es auch, Herr Heinemann, unter den Eltern dieser Klassen immer ein Konsens, dass das Prinzip der Berichtszeugnisse einen wesentlichen Gesichtspunkt der wirklichen Integrationspädagogik ausmacht. Niemand wird ausgegrenzt, alle Kinder sind als Menschen gleichwertig und deshalb bekommen alle ein in der Form gleiches Zeugnis, das selbstverständlich aber in der Beschreibung der individuellen Leistungen höchst unterschiedlich ausfällt. Das ist der wahre Kern von Integrationspädagogik.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

Nun kam Herr Heinemann und wollte dieses seit über 20 Jahren bewährte Prinzip der Integrationspädagogik aus – Herr Heinemann, ich sage es so deutlich, wie es ist – ideologischen Gründen abschaffen. Sie wollten aus Prinzip eine Leistungsbewertung durch Noten durchsetzen, obwohl Sie wissen, wie wenig objektiv eine Notenvergabe sein kann; das haben Sie gerade noch einmal dargestellt und ich habe es als Lehrer selbst erlebt. Sie wollen aus Prinzip, dass in Integrationsklassen unterschiedliche Zeugnisse ausgegeben werden, eines mit Noten für die nicht behinderten Kinder und ein Berichtszeugnis für die behinderten Kinder. Sie beschämen damit die behinderten Kinder, indem Sie ihnen durch diese unterschiedlichen Zeugnisse eindringlich vor Augen führen: du bist behindert, du bist anders. So kann es doch nicht gehen, denn damit, meine Damen und Herren von der CDU, untergraben Sie aufs Deutlichste den Integrationsgedan-

ken, Sie führen ihn ad absurdum.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit dieser geplanten Vorgehensweise machen Sie alle Arbeit zugunsten der Eingliederung Behindter in der Schule zunichte. Dies hat schließlich auch dazu geführt, dass sogar die Bundesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen Ihr Vorgehen scharf kritisiert hat.

(*Robert Heinemann CDU: Welcher Partei gehört sie an?*)

– Das ist doch völlig egal.

(*Heiterkeit bei der CDU – Bernd Reinert CDU: Das ist wie bei Kaiser Wilhelm! Sie kennen nur Deutsche!*)

– Wenn Maria Böhmer etwas sagt, ist das dann nur für die einen gültig oder wie? Das kann doch nicht wahr sein. Eine gewisse Objektivität gilt doch wohl noch für die Bundesbeauftragte für Integration.

Wir als SPD stehen an der Seite der vielen Eltern mit Kindern in Integrationsklassen, die diese Protestbriefe an den Bürgermeister geschrieben haben. Wir unterstützen diese Eltern dabei, die Volkspetition auf den Weg zu bringen, damit es ein für allemal zu Ende ist, mit einem CDU-Antrag wieder Noten einführen zu wollen. Das ist für uns eine klare Sache, wir werden sie darin unterstützen. Auch durch diesen Zusatzantrag sehe ich noch lange nicht das Ende der Geschichte gekommen, denn, Herr Heinemann, wir trauen Ihnen in dieser ganzen Geschichte nicht so ohne Weiteres und Ihre Aussagen haben das auch noch nicht so klar gemacht.

D

Jetzt zu unserem Antrag. Warum haben wir dieses Moratorium gestellt, das Ihnen natürlich nicht passt? Ganz einfach: Ihre eigene Behörde hat seit einem Jahr das geänderte Schulgesetz doch selbst nicht angewandt. Sie wollten bis in die höchsten Ränge der Behörde gar nicht, dass dieses wirklich so angewendet wird. Während der damaligen Beratung sind uns Signale gesendet worden, es würde eine entsprechende Rechtsverordnung kommen und man möge es nach Möglichkeit nicht zur Kritik machen. Tatsache ist doch, dass ein ganzes Schuljahr lang in allen Integrationsklassen Hamburgs keine Notenzeugnisse ausgegeben worden sind, weil alle Schulaufsichten sich darauf berufen haben, dass es eine entsprechende Regelung gibt und man so weitermachen könne wie bisher. Dann kam diese Gerichtsgeschichte und mit einem Mal ist es allen wie Schuppen von den Augen gefallen, oh Gott, wir haben das leider verpennt. Mitten im Schuljahr sollten plötzlich die Integrationsklassen die Pferde wechseln und das ist ein Verfahren, das nicht geht. Sie können nicht mitten im Schuljahr solche Klassen mit so etwas belasten und deswegen ist ein Moratorium in dieser Frage genau der richtige Weg, wenn man schon nicht das Schulgesetz ändern will, was Sie ja abgelehnt haben.

Deswegen wollen wir wenigstens bis über die Wahl hinaus ein Moratorium und dann kann man über eine Schulgesetzmänderung in einer neuen Regierung neu verhandeln, dann macht es auch Sinn.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Thomas Böwer und Michael Neumann, beide SPD: Bravo! Bravo!*)

Jetzt zu Ihrem Antrag, Herr Heinemann. Erst einmal stelle

A ich für die Sozialdemokraten fest, dass dies eine eindeutige 180-Grad-Kehre zu der dargestellten Vorgeschichte ist. Gestern waren Sie für Noten, heute sind Sie für Kompetenzraster.

(*Thomas Böwer SPD: Und morgen für Würfel!*)

Immerhin hat der Druck insoweit gewirkt, als das Nachdenken über diese neue Form der Bewertung endlich auch bei Ihnen schneller vorangegangen ist. Damit kehren Sie in der Tat zu europäischem Standard zurück, was innovative Schuldidaktik und Schulmethodik angeht. Dies wird schon in den Berufsschulen angewandt, die auf europäischer Ebene zusammenarbeiten, da hat es seinen Platz und das muss man nur noch über die KMK einbringen. Die entsprechenden Anträge liegen zum Teil bereits vor, aber die Schulminister wollen es zum Teil gar nicht.

Aber Hamburg geht anscheinend in dieser Frage den richtigen Weg und da werden wir Ihnen auch folgen. Aber wird es tatsächlich so sein, dass alle Integrationsklassen noch eine Genehmigung im Elverfahren bekommen werden, sodass sie zum Halbjahr auf Notenzeugnisse verzichten können, wenn Sie diesen Antrag stellen? Dazu haben Sie in dieser Debatte nichts gesagt.

Ich muss noch einmal ganz deutlich sagen, dass es insgesamt keinen richtigen Sinn macht. Eigentlich müsste man im Schulausschuss noch einmal genauer beraten, wie das gedacht ist, wie die Rechtsverordnung darüber sein soll, wie das mit dem Schulversuch vor sich gehen soll. Sie würden jetzt normalerweise sagen, das ist ein Schnellschuss, Herr Buss, das ist alles noch gar nicht ausgegoren, aber das gilt dann komischerweise nicht für Sie. Die Schulen brauchen klare Handlungsrahmen, die sie in dieser Frage nicht geliefert bekommen, und trotzdem müssen sie sich darauf verlassen. Sie wollen sie jetzt kündern, indem Sie sagen, lasst euren Widerstand sein, wir haben eine entsprechende Änderung, ihr könnt ja Schulversuch werden. Ob das wirklich jede Schule werden kann und unter welchen Bedingungen, haben Sie in Ihrem Beitrag nicht klar gesagt.

Von daher sind wir dafür, dieses hier zu beschließen, Herr Heinemann, aber nachträglich an den Schulausschuss zu überweisen, damit wir Klarheit in der Sache bekommen. Es macht auch Sinn, darüber zu beraten, damit die Schulen Bescheid wissen, wie es anschließend gemacht werden soll; das gehört sich einfach so.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD: Große Rede!*)

Letzter Punkt. Sie haben wieder einmal versucht, Lehrer, die über Jahrzehnte Berichtszeugnisse schreiben, zu diffamieren nach dem Motto, die haben gar keine Ahnung, worüber sie eigentlich schreiben beziehungsweise es ist alles so diffus, dass damit kein Mensch etwas anfangen kann. Herr Heinemann, man mag über Lehrer und ihre Qualität streiten, aber eines ist doch wohl klar: Wer so lange Berichtszeugnisse vergibt und das unter Schulleitungen, die das verantworten müssen – die machen doch auch nicht irgendeinen Larifari-Job –, der achtet natürlich darauf, dass das selbstverständlich ertens versetzungsrelevante Aussagen sind und zweitens auf den Unterrichtsinhalten basiert. Es wird auch dezidiert gesagt, ob das gut erfüllt ist oder weniger gut. Alles das, Herr Heinemann, haben Sie zu akzeptieren, und tun Sie nicht so, als sei Berichtszeugnisse schreiben ein Freizeitspaß. Dagegen werden wir uns als Sozialdemokraten immer wieder wehren.

(Beifall bei der SPD)

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass wir heute einmal diese Polemik weglassen und wir über die Situation der Schulen und Kinder reden, die wirklich brenzlig ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Heinemann, ich bin weiß Gott kein Kind von Traurigkeit und haue auch gern einmal drauf. Aber durch Ihren Auftritt sind wir jetzt an einem Punkt angelangt, der doch große Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Entzerrung, die durch Ihren Antrag eingetreten ist, aufkommen lässt.

Wenn Sie jetzt noch einmal dieses Beispiel von der Behörde und dem Schulgesetz bringen. Ich bitte Sie, das ist nun nicht per se die Aufgabe und Sie haben sich hier wie ein Oberlehrer aufgespielt. Ich bin der Meinung, dass das für die ganz konkreten Fragen und in der Sache nichts bringt. Wir haben jetzt November und Ende Januar gibt es die Zeugnisse. Durch den Druck und den Ärger sind Sie in Zugzwang gekommen und wollten das vom Tisch haben. Insofern haben Sie jetzt ein bisschen die Luft herausgenommen. Aber die Lösung für die dritten Klassen ist meines Erachtens überhaupt nicht klar. Wir werden dem Punkt 2 nicht zustimmen.

Abschließend möchte ich eine grundsätzliche Anmerkung machen. Ich habe in Ihrer Rede nicht feststellen können, dass Sie das Grundsätzliche begriffen haben. Sie sind immer noch einer traditionellen Notengebung verhaftet, die sich auf ein sozialnormorientiertes Bezugssystem bezieht. Das hat mit den Erkenntnissen moderner Pädagogik, geschweige mit Erkenntnissen der Sonderpädagogik, überhaupt nichts zu tun. Sie wissen anscheinend nicht, wie man sich heutzutage – Gott sei Dank – einer entwicklungsorientierten Diagnostik anschließen kann, die eine andere Beurteilung vornimmt. Diese Erkenntnisse der modernen Pädagogik scheinen bei Ihnen nicht anzukommen.

D

Bei der modernen Pädagogik wird das Kind in seiner Entwicklung zuerst einmal mit der eigenen Person verglichen und danach gibt es Rückmeldungen aufgrund von entwicklungspsychologischem und pädagogischem Wissen auf die Niveaustufen der einzelnen Fächer. So muss es laufen und nicht anders. Alles andere ist irgendwie ein Mäntelchen von Integration, was Sie dort hineinhängen.

Ich hätte es für gut befunden, wenn wir grundsätzlich noch einmal im Schulausschuss diese Thematik fundiert weiter diskutiert hätten. Aber so wie ich das sehe, wollen Sie den Antrag nicht überweisen. Das ist schade. Insofern müssen wir hoffen, dass trotzdem für die Eltern und vor allem für die Kolleginnen und Kollegen sowie letztendlich für die Kinder eine Lösung gefunden wird. Der zweite Punkt mit den dritten Klassen ist nur der halbe Sprung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/7323, Neufas-

A sung, und 18/7405 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum CDU-Antrag aus Drs. 18/7405. Diesen möchte die GAL-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 des CDU-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zu Ziffer 2 des CDU-Antrags und zu dem darin aufgeführten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes.

Wer möchte Absatz 1 des Gesetzentwurfs beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Absatz 2 des Gesetzentwurfs beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei ganz vielen Enthaltungen so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei vielen Enthaltungen in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wer möchte den gemeinsamen Antrag von SPD und GAL aus Drs. 18/7323, Neufassung, annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 17 der Tagesordnung, Drs. 18/7266, Bericht des Verfassungsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Jüdischen Gemeinde in Hamburg und zur Änderung des Gesetzes über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen.

**[Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 18/6491:
Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Jüdischen Gemeinde in Hamburg und zur Änderung des Gesetzes über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen
(Senatsantrag)
– Drs. 18/7266 –]**

Hier wird einvernehmlich auf eine Debatte verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abgeordnete Andreas Wankum hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Wer möchte der Empfehlung des Verfassungsausschusses folgen und das Gesetz zum Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Jüdischen

Gemeinde in Hamburg und zur Änderung des Gesetzes über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen aus Drs. 18/6491 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen der GAL in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung, Drs. 18/7280 bis 18/7282, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs. 18/7280 –]

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs. 18/7281 –]

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs. 18/7282 –]

Ich beginne mit dem Bericht 18/7280.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 677/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig. Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Nun kommen wir zum Bericht 18/7281.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 436/07 abgegeben hat?

– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 692/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Schließlich kommen wir zum Bericht 18/7282.

Zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 20/07 in Bezug auf das Anliegen "Einrichtung einer Tempo-30-Zone" abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Einga-

C

D

A berausschuss zu der Eingabe 20/07 in Bezug auf das Anliegen "Absehen von der Straßenverbreiterung um 0,5 Meter" abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingaberausschuss zu der Eingabe 620/07 und 623/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Von der Ziffer 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie in einer Neufassung erhalten. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungen unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung, Drs. 18/7163, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Kontrolle und Instandhaltung Hamburger Brücken.

B

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Kontrolle und Instandhaltung Hamburger Brücken – Drs. 18/7163 –]

Wird hierzu Besprechung beantragt? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drs. 18/7163, ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung, Drs. 18/7164, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Nagels Wortbruch bei unserer Feuerwehr – zulasten der Feuerwehrleute, zulasten der Sicherheit.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Nagels Wortbruch bei unserer Feuerwehr – zulasten der Feuerwehrleute, zulasten der Sicherheit – Drs. 18/7164 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wer stimmt einer Überweisung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zum Punkt 7 der Tagesordnung, Drs. 18/7165, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Bestandsaufnahme des Stadtteils Billstedt.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Bestandsaufnahme des Stadtteils Billstedt – Drs. 18/7165 –]

C

Wird hierzu Besprechung beantragt? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drs. 18/7165, ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 11 der Tagesordnung, Drs. 18/7250, Unterrichtung durch den Präsidenten: Akzeptanz für Ahndungen von Ordnungswidrigkeiten bei Verschmutzungen im öffentlichen Raum.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Akzeptanz für Ahndungen von Ord- nungswidrigkeiten bei Verschmutzun- gen im öffentlichen Raum – Drs. 18/5968 – – Drs. 18/7250 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. — Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begeht wird. – Frau Dr. Schaal, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie hätten dem Überweisungsbegehr zustimmen können, dann hätten Sie sich das hier erspart.

(Michael Neumann SPD: Strafe muss sein!)

D

Das Interesse des Senats an dem Thema Sauberkeit hat offenbar so sehr nachgelassen, dass er es noch nicht einmal für nötig hält, einem Ersuchen der Mehrheitsfraktion mit einer anständigen Drucksache zu antworten.

(Zuruf von Barbara Ahrns CDU)

Da benutzt der Senator den Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft – mit Verlaub gesagt – als Briefträger, um der CDU ausrichten zu lassen: "So wie ihr das wollt, wollen wir das aber nicht." Das ist eine richtige Klatsche an die Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt in der Tat Probleme. Der Senat lässt beispielsweise am Jungfernstieg putzen und schrubben, aber vor Ort in den Stadtteilen gibt es nach wie vor Probleme. Ich berichte mal aus meinen Kleinen Anfragen.

Das erste Beispiel sind Frau Ahrns' Kinderspielplätze. In den Bezirken werden durch die Drucksache "Klar Schiff Hamburg" zwar Extra-Mittel angewiesen, um 36 öffentliche Kinderspielplätze in Ordnung zu bringen, aber das ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir haben über 700 Spielplätze, für deren Pflege der Senat die Mittel zusammengestrichen hat, um dann hinterher Manna austeil zu können, damit ein paar Plätze gereinigt werden und der Rest darf weiter verrotten.

*Siehe Anlage Seite 5011

A Das zweite Beispiel sind die öffentlichen Toiletten. Das ist ein unangenehmes Thema, nicht wahr? Der Senat röhmt sich in Monatsabständen mit den steigenden Touristenzahlen und er will noch mehr Besucher nach Hamburg holen. Aber der Senat ist offensichtlich weder willens noch in der Lage, den nötigsten Bedürfnissen unserer Gäste zu entsprechen.

In Hamburg gibt es 170 öffentliche Toiletten und nur 65 davon sind behindertengerecht ausgestattet. Das ist noch nicht einmal die Hälfte. Ich finde, das ist für eine Weltstadt beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerschaft hat vor fast genau einem Jahr, und zwar am 16. November 2006, vom Senat einstimmig eine Bedarfsanalyse für öffentliche Toiletten verlangt. Hierbei sollte auch die Frage der Barrierefreiheit beachtet werden. Nichts ist passiert. Da es zuviel Arbeit verursacht, will der Senat das erst in der nächsten Periode angehen. Kunststück, vor neuen Klos lässt sich weder ein Senator noch ein Bürgermeister gern fotografieren, im Innern sicher auch nicht. Aber unsere 7 Millionen Gäste benötigen diese Toiletten.

Und dann die Hundehäufen. Das ist auch ein beliebtes Thema. Mit großem Pomp haben wir gemeinsam ein Hundegesetz verabschiedet...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte ein bisschen für Ruhe sorgen. Es ist hier so laut.

B **Dr. Monika Schaal** (fortfahrend): ... und mit großem Pomp wurde ein Bußgeldkatalog präsentiert, um den Hundehaltern deutlich zu machen, dass sie die Hinterlassenschaften ihrer besten Freunde aufnehmen sollen.

Dann kann der Senat noch nicht einmal Auskunft darüber geben, wie viele Ordnungswidrigkeiten in dieser Angelegenheit angefallen sind. Was nutzt es denn, wenn BUDNI oder die Stadtreinigung die Gassi-Beutel sponsieren, wenn es keine Abfallbehälter gibt, um sie dort zu entsorgen, und die Beutel dann zum Teil in der Botanik landen. Es wäre angebracht, dass der Senator mit der Hundelobby ein Gespräch darüber führt, wo noch Bedarf an zusätzlichen Abfallbehältern besteht.

(Harald Krüger CDU: Wo leben Sie eigentlich?)

Auch was das Fütterungsverbot für Tauben betrifft, weiß der Senat nichts zu berichten. Eine Erfassung der Taubenpopulation findet auch nicht statt. Die letzte Bestandserhebung ist zehn Jahre alt.

Wozu erlässt der Senat eigentlich solche Verordnungen, wenn er sich überhaupt nicht darum kümmert, was sie bewirken?

Dann habe ich noch ein Beispiel, was auch in der Drucksache enthalten ist. Bei der Hotline der Stadtreinigung gehen immer mehr Beschwerden ein. Der Senat erklärt hierzu, dass das auf die gute Werbung zurückzuführen ist. Man kann aber auch sagen, dass der Senat offensichtlich nicht mehr das richtige Interesse an dem Thema Sauberkeit hat.

Wir müssen uns aber nicht streiten, sondern Sie können einen ordentlichen Bericht über die Umsetzung des

C Handlungskonzepts "Sauberkeit der Stadt" der Bürgerschaft zur Erörterung vorlegen. Das möge der Herr Senator Nagel vielleicht einmal beim Senat bestellen, damit wir insgesamt sehen können, wo bei diesem Thema Licht und Schatten sind, denn so, wie Sie das Thema jetzt abfrühstückten, kommt der Eindruck auf, dass Sie überhaupt kein Interesse haben und auch keine öffentliche Diskussion an dem Thema aufkommen lassen wollen. Sie werden wohl Ihre Gründe haben. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Schaal, das war total am Thema vorbei.

(Michael Neumann SPD: Wegweisend!)

Sie haben den Antrag gar nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich durchgelesen haben, was die CDU-Fraktion gefordert hat – ich zitiere:

"Der Senat ersucht wird, die Konzepte und Aktionen zur Sauberkeit durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise Plakatkampagnen, zu unterstützen, die auch die Verantwortung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger für die Sauberkeit und die entsprechenden Ordnungswidrigkeitentatbestände thematisiert."

D –, dann hat das weder etwas mit Hundehäufen noch etwas mit Toiletten zu tun. Sie haben total am Thema vorbeigesprochen, liebe Frau Dr. Schaal.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auch keine Lust, die kostbare Zeit hier jetzt noch weiter in Anspruch zu nehmen,

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Na, dann hören Sie doch auf!)

da der Antrag der CDU-Fraktion mit dieser Unterrichtung vollkommen ausreichend beantwortet ist. Wir sehen, dass die Sauberkeit in unserer Stadt beim Senat in guten Händen ist. Solche Wortmeldungen, wie Sie sie hier soeben abgeliefert haben, sind verzichtbar. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Irgendwie waren diese Debatte und auch der Antrag ein richtiger "Hesse".

(Michael Neumann SPD: Kreisverkehr!)

Es ist ganz kleines Anliegen, ein Nanoanliegen möchte ich fast sagen. Der Senat möge dafür sorgen, mit einer großen Kampagne die Aufmerksamkeit für die geltende Rechtslage noch stärker herauszuarbeiten, also wirklich ein ziemlich dolles Anliegen, ein ganz großer Antrag und eine noch größere Debatte. Aber herausgekommen ist ein ziemlich kleines Ergebnis, denn die Antwort des Senats war im Prinzip Folgende: "Liebe CDU, machen wir

- A irgendwie schon. Wo ist das Problem?" Dem kann ich mich eigentlich nur anschließen. – Danke.
 (Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 12 der Tagesordnung, Drs. 18/7269, Unterrichtung durch den Präsidenten: Erweiterung des Angebotes zur Bekämpfung von Kriminalität und Prostitution bei Minderjährigen.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Erweiterung des Angebotes zur Bekämpfung von Kriminalität und Prostitution bei Minderjährigen (Drs. 18/858) – Drs. 18/7269 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu? — Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 14 der Tagesordnung, Drs. 18/7273, Unterrichtung durch den Präsidenten: Suchtberatung für Empfänger des Arbeitslosengeldes II.

B **[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:**

Suchtberatung für Empfänger des Arbeitslosengeldes II (Drs. 18/5272) – Drs. 18/7273 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu? — Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 18 der Tagesordnung, Drs. 18/7267, Bericht des Sozialausschusses: Bestattungsvorsorge nicht für Pflegekosten auflösen!

[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 18/6403:

Bestattungsvorsorge nicht für Pflegekosten auflösen! (GAL-Antrag) – Drs. 18/7267 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7403 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Sterbegeldversicherungen zum Schonvermögen zählen! – Drs. 18/7403 –]

C Über diesen Antrag lasse ich zuerst abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Nun zum Bericht des Sozialausschusses aus Drs. 18/7267. Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Dann kommen wir zum Punkt 21 der Tagesordnung, Drs. 18/7276, Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses: Ein Tideelbmanagement zur dauerhaften Sicherung der seeschiffstiefen Zufahrt zum Hamburger Hafen.

[Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses über die Drucksache 18/6207:

Ein Tideelbmanagement zur dauerhaften Sicherung der seeschiffstiefen Zufahrt zum Hamburger Hafen (Senatsantrag) – Drs. 18/7276 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einvernehmlich bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir kommen zum Punkt 23 der Tagesordnung, Drs. 18/7284, Bericht des Haushaltsausschusses: Anpassung der Einzelpläne 1.2-1.8 an die neue Organisationsstruktur der Bezirksamter ab Haushaltsjahr 2008 sowie weitere haushaltsneutrale Veränderungen.

D **[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/7048:**

Anpassung der Epl. 1.2-1.8 an die neue Organisationsstruktur der Bezirksamter ab Haushaltsjahr 2008 sowie weitere haushaltsneutrale Veränderungen (Senatsantrag) – Drs. 18/7284 –]

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Punkt 24 der Tagesordnung, Drs. 18/7302, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/6978:

A **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (Senatsantrag)**
– Drs. 18/7302 –]

Wer möchte der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses folgen und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren aus Drs. 18/6978 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte darüber hinaus der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

B

Wir kommen zum Punkt 26 der Tagesordnung, Drs. 18/7311, Bericht des Kulturausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes.

**[Bericht des Kulturausschusses über die Drucksache 18/7225:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes (Senatsantrag)**
– Drs. 18/7311 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Fünfte Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes aus Drs. 18/7225 mit der vom Ausschuss empfohlenen Änderung beschließen? – Gegenprobe. — Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Punkt 31 der Tagesordnung, Drs. 18/7306, Antrag der CDU-Fraktion: Ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierte Haushaltssteuerung in der Haushaltsbewirtschaftung.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierte Haushaltssteuerung in der Haushaltsbewirtschaftung**
– Drs. 18/7306 –]

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zum Punkt 32 der Tagesordnung, Drs. 18/7307, Antrag der CDU-Fraktion: Erreichbarkeit der Hamburger Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrestes auf Hahnöfersand mit öffentlichen Verkehrsmitteln optimieren.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Erreichbarkeit der Hamburger Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrestes auf Hahnöfersand mit öffentlichen Verkehrsmitteln optimieren**
– Drs. 18/7307 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen.

Wer stimmt einer Überweisung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer stimmt dem CDU-Antrag aus Drs. 18/7307 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

C

Wir kommen zum Punkt 33 der Tagesordnung, Drs. 18/7308, Antrag der CDU-Fraktion: Änderung des Hamburgischen Beamten gesetzes.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Änderung des Hamburgischen Beamten gesetzes**
– Drs. 18/7308 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/7404 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Sicherstellung angemessener Bearbeitungszeiten für Beihilfe-Anträge**
– Drs. 18/7404 –]

Die SPD-Fraktion möchte beide Anträge an den Haushaltsausschuss überweisen. Die CDU-Fraktion hat eine Überweisung beider Drucksachen an den Rechtsausschuss beantragt.

Wer möchte nun die Drs. 18/7308 und 18/7404 an den Haushaltsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der beiden Drucksachen an den Rechtsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

D

Schluss: 19.53 Uhr

A

C

B

D

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Michael Fuchs, Lutz Kretschmann-Johannsen und Berndt Röder.

Anlage

N E U F A S S U N G

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 21. November 2007

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	7272	Perspektive 50plus: Das erfolgreiche Programm fortsetzen (Drs.18/6295)
15	7310	Bewerbung um die Judo-Weltmeisterschaft 2011 (Drs. 18/6291)
19	7268	Bericht des Sportausschusses
20	7275	Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz
22	7283	Bericht des Haushaltsausschusses
27	7299	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
4	7154	Allein mit Kind – Welche Chancen haben Alleinerziehende in Hamburg?	CDU	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss (f.) und Wirtschaftsausschuss
39	7325 Neuf.	Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	GAL	Rechtsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
25	7314	Stadtentwicklungsausschuss	Fortführung des erfolgreichen Bürgerbeteiligungsverfahrens in Wilhelmsburg
26 a	7337	Kulturausschuss	Gesamtkonzept für "Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945 in Hamburg" und Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes